

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für Raumordnung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Raumordnung zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretvorentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETALEN TEILS DES
GESETZBUCHES ÜBER DIE RÄUMLICHE ENTWICKLUNG**

INHALTSANGABE

Mit diesem Dekretentwurf soll der dekretale Teil des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung abgeändert werden, um die Bestimmungen nach der Zuständigkeitsübertragung der Raumordnung auf die Gegebenheiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzupassen.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Bemerkungen zum Gutachten des Beirats für Raumordnung	4
Kommentar zu den Artikeln	7
Vorentwurf	30

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Am 1. Januar 2020 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgrund von Artikel 139 der Verfassung von der Wallonischen Region die Ausübung der Zuständigkeit Raumordnung im Sinne von Artikel 6 §1 Nummer I des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen übernommen.

Dieser gesetzliche Rahmen war für den Bedarf, die Fläche und Bevölkerung der gesamten Wallonie aufgestellt und wurde in einem ersten Schritt mit dem Programmdekret 2019 vom 12. Dezember 2019 insbesondere administrativ auf die Strukturen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angepasst. Es ist aber auch eine inhaltliche Anpassung bzw. ein Zuschnitt auf die Belange und den Maßstab der Deutschsprachigen Gemeinschaft vonnöten.

Um die Gesetzgebung in dieser Hinsicht anzupassen, wurde sich für einen Dreiphasenprozess entschieden:

- Phase 1: schnell und effizient über Erlass
- Phase 2: erste Weichenstellung im dekretalen Teil
- Phase 3: globale Reform der Raumordnungsgesetzgebung

Der vorliegende Dekretvorentwurf ist in der Phase 2 angesiedelt. Diese sieht Abänderungen des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung vor, die „systemkonform“ durchgeführt werden können, ohne die Makroüberlegungen in der Phase 3 zu beeinträchtigen oder vorwegzunehmen.

Da es sich bei Phase 3 um grundlegende Fragen der raumordnerischen Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft handeln wird, wurde hierzu ein externer Projektbegleiter aus Fachplanern und Kommunikationsspezialisten beauftragt, den gesamten Erarbeitungsprozess der Phase 3 durchzuführen.

Da das Ergebnis der Phase 3 jedoch voraussichtlich erst in mehreren Jahren vorliegen wird, ist es notwendig, in der Zwischenzeit den dekretalen Teil des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung anzupassen, um bereits jetzt schon einen Mehrwert der Übertragung in ersten Punkten herbeizuführen. Die Bestimmungen des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung werden weiter auf die Gegebenheiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugeschnitten. Es werden vereinfachte Verfahren eingeführt. Und somit wird für die kontinuierliche Gewährleistung des öffentlichen Dienstes und eine größtmögliche Rechtssicherheit für die Bürger, Unternehmen und Verwaltungen gesorgt. Zudem wurden sprachliche Korrekturen sowie terminologische Anpassungen vorgenommen, die zum besseren Verständnis der Gesetzgebung in deutscher Sprache beitragen sollen.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES BEIRATS FÜR RAUMORDNUNG

- Allgemeine Anmerkungen und Hinweise zur Terminologie

Die Anmerkungen und Hinweise bzgl. der Terminologie, sowie die Anmerkungen zu Passagen, die nicht Gegenstand von Abänderungen im begutachteten Entwurf sind, werden zur Kenntnis für die Phase 3 genommen, die sich mit der globalen Reform der Raumordnungsgesetzgebung beschäftigt. Demnach werden diese Anmerkungen nicht in den Bestimmungen dieses Abänderungsdekrets eingebracht.

Die Formulierung „As-built Plan“ ist generell bekannt und verständlich und wird der Einführung einer neuen Formulierung vorgezogen.

Die Bemerkung, die sich auf die Terminologische Abänderung „Bescheid über die Vollständigkeit“ bezieht, wurde in den Text integriert.

- Buch I: Allgemeine Bestimmungen

Zu der Besetzung der Beschwerdekommision muss angemerkt werden, dass bereits Fachleute Mitglieder sind (Jurist, Architekt und Stadtplaner). Die Beschwerdekommision soll mit Beschwerden im Rahmen von Genehmigungsanträgen oder Anträgen auf Städtebaubescheinigungen betraut sein werden. Für besondere Akten hat die Kommission die Möglichkeit von Fall zu Fall und hinsichtlich der konkreten Umstände weitere Fachleute in einem spezifischen Gebiet hinzuzuziehen, wie zum Beispiel dem Bereich Landschaft, wenn dieser Bereich betroffen ist. Es besteht aber keine Notwendigkeit, im Hinblick auf den generellen Inhalt der Beschwerden, die Besetzung allgemein aufzustocken.

Die aktuelle Besetzung steht der Gewährleistung einer neutralen Bewertung zur Verbesserung architektonischer Qualitäten nicht entgegen. Die Anmerkung diesbezüglich wird jedoch zur Kenntnis für die Überlegungen im Rahmen der Phase 3 der Reform genommen.

- Buch II: Planung (Schemen und Sektorenpläne)

In den Artikeln D.II.25bis, D.II.55, D.II.57 wurden keine inhaltlichen Abänderungen vorgenommen, die in der Stellungnahme konkret diskutiert wurden. Die Anmerkungen zu Passagen, die nicht Gegenstand von Abänderungen im begutachteten Entwurf sind, werden zur Kenntnis für die Überlegungen im Rahmen der Phase 3 genommen.

Die Anmerkung zu Artikel D.II.57.3 wurde teilweise im Text umgesetzt. Die Notwendigkeit einer aussagekräftigen Visualisierung des städtebaulichen Projekts wird im Inhalt der Akte für ein Areal für städtische Flurbereinigung ergänzt. Der neu zu gestaltenden Standort (der nunmehr als „Sanierungsstandort“ bezeichnet wird) basiert hingegen nicht auf einem städtebaulichen Projekt.

- Buch III: Leitfäden für den Städtebau (regional und kommunal)

Die Bemerkungen betreffen nicht direkt Abänderungen des begutachteten Entwurfs. Sie werden als Anregungen für die Phase 3, die sich mit der globalen Reform der Raumordnungsgesetzgebung beschäftigt, aufgenommen.

- Buch IV: Verfahren

In Artikel D.IV.9 und Artikel D.IV.13 wird die Kumulation der Bedingungen im Text betont und somit wird auf diese Anmerkung eingegangen. In den Artikeln D.IV.42 und D.IV.54 §3 handelt es sich nicht um kumulative Bedingungen. Der Text wurde angepasst, um den Unterschied hervorzuheben.

Artikel D.IV.54 betrifft städtebauliche Auflagen. Der heute geltende Ausschluss von finanziellen Zahlungen wird im vorliegenden Dekretentwurf nicht in Frage gestellt. Die Anregung wird für die Überlegungen im Rahmen der Phase 3 aufgenommen.

Die Anmerkung zu Artikel D.IV.60 in Bezug auf die finanziellen Garantien wurde übernommen. Die finanziellen Garantien werden zu einer Pflicht.

Die Anmerkung zu dem Verfahren der Beschwerdekommision (Artikel D.IV.66) wurde ebenfalls in Bezug auf Buch I vorgebracht. Es wird auf den obigen Kommentar verwiesen.

Um die Transparenz der Bekanntmachung zu stärken, wurde der Text dahingehend angepasst, dass den Anschlägen ggf. eine 3D-Visualisierung hinzugefügt wird.

Der Anmerkung in Bezug auf die Schaffung von gemeinsamen Kontrollbehörden wird bereits Rechnung getragen. Der Dekretentwurf sieht vor, dass die Regierung die zuständige Behörde ist für die Erstellung der Konformitätserklärung, für die Durchführung der Regularisierungsprüfung, für den Vorschlag von Vergleichen, sowie für die Forderung von Verwaltungsmaßnahmen oder administrativen Geldbußen.

Es wird auch der Anmerkung Folge geleistet und im Text hinzugefügt, dass Fotos vom fertigen Bau verlangt werden und den As-built Plänen beigelegt werden müssen.

Die Anmerkung zu Artikel D.IV.73 ist nicht durchführbar, da die Überprüfung des Datums der Wohnsitzanmeldung sich auf personenbezogene Daten basiert, auf die eine Raumordnungsbehörde keinen Zugriff hat. Das Referenzdatum der Fertigstellung der Arbeiten ist hingegen praktikabel für die Prüfung durch den zuständigen Dienst.

In Bezug auf die Anmerkung zu Artikel D.IV.73.2 ist es schwierig, eine negative Liste aufzustellen. Die Konformitätserklärung wird durch die Regierung zentralisiert. Es scheint sinnvoller, der Regierung die Entscheidung auf Basis der konkreten Umstände zu überlassen. Bei Abänderungen, die durch das Kollegium auferlegte Bedingungen betreffen, ist vorgesehen, dass das Gutachten des Kollegiums erneut eingeholt werden muss.

Die Anmerkung zu den Projekttreffen führte zu der Anpassung der Zahlen: Einzelhandel 2.500 m², Büroflächen 1.500 m² und 50 Wohneinheiten.

- Buch V: Operative Raumordnung und operativer Städtebau

Die Bemerkung des Beirats ist nachvollziehbar. Die Textentwürfe, die die Anpassungen im Infrastrukturdekret in Bezug auf die Subventionen vornehmen, liegen außerhalb seines Kompetenzbereiches. Der Einwand ist somit zur Kenntnis zu nehmen. Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass die Subventionen nicht abgeschafft, sondern parallel in den Rahmen des bestehenden Infrastrukturdekrets integriert werden sollen, um die finanziellen Bestimmungen innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem globalen Text zu vereinen.

- Buch VII: Verstöße und Strafmaßnahmen

Die Bemerkung des Beirats bzgl. des Artikels D.VII.1bis wird zur Kenntnis genommen. Das Buch VII enthält eine Materie, die sehr komplex und durch juristische Verfahren geprägt ist. Städtebauliche Vergehen sind strafrechtliche Vergehen. Eine Vereinfachung des Textes gegenüber dem heute geltenden wird durch die vorgeschlagene Umformulierung erzielt. Die Bürger werden sich selbstverständlich an die zuständigen Behörden richten können, um bei Verständnisschwierigkeiten Informationen zu erhalten.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel sieht eine Anpassung gemäß Buch V vor und schafft den generellen Begriff der „operativen Raumordnung“ ab, da für diese Instrumente in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgrund des Infrastrukturplans kein Bedarf besteht und nicht angepasst erscheinen. Die planerischen Instrumente (das Areal für einen neu zu gestaltenden Standort und das Areal für eine städtische Flurbereinigung) werden als Instrumente der Raumplanung explizit genannt und bleiben ohne die finanziellen Aspekte erhalten.

Artikel 2

Dieser Artikel legt eine Frist von 30 Tagen nach Erhalt der Anfrage zur Abgabe eines Gutachtens des Beirats fest. Zudem wird eine Verlängerung der Frist von 15 Tagen vorgesehen, wenn diese zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft. Es werden ebenfalls die Folgen einer Abgabe oder Nichtabgabe erläutert.

Artikel 3

Dieser Artikel hebt die Delegation an die Regierung die Modalitäten für die weitere Arbeitsweise des Beirats zu bestimmen auf, da diese Delegation nicht notwendig ist.

Artikel 4

Dieser Artikel passt den Titel des Abschnitts 2 an und ersetzt die beratende Kommission für Beschwerden durch die Beschwerdekommision.

Artikel 5

Dieser Artikel legt die Zuständigkeit sowie den Sitz der Beschwerdekommision fest.

Artikel 6

Dieser Artikel sieht vor, dass die Beschwerdekommision aus einem Rechtswissenschaftler, der den Vorsitz übernimmt, einem Architekten und einem Stadtplaner besteht. Wenn der Denkmalschutz betroffen ist, wird ein viertes Mitglied hinzugezogen. Die Mitglieder werden von der Regierung bestellt und die Mandatszeit beträgt höchstens fünf Jahre und ist erneuerbar.

Artikel 7

Dieser Artikel legt die Bestätigung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Beschwerdekommision fest. Zudem wird ein Rahmen für die Arbeitsweise geschaffen und das Anwesenheitsquorum sowie die Beschlussfassung mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder werden festgelegt. Es wird vorgesehen, dass Fachleute zu den Sitzungen eingeladen werden können.

Artikel 8

Dieser Artikel schafft die Grundlage des Anrechts auf Anwesenheitsgelder und Fahrtenentschädigungen für den Vorsitzenden und die Mitglieder der Beschwerdekommision.

Artikel 9

Dieser Artikel fügt in Buch I das Kapitel V.1 „Fonds für die Nachhaltigkeit“ ein.

Artikel 10

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel D.I.12.1 ein. Es wird ein Fonds für die Nachhaltigkeit geschaffen. Zudem legt dieser Artikel die Einnahmen und Ausgaben des Fonds fest.

Artikel 11

Dieser Artikel schafft eine Übergangsbestimmung für die laufenden Beschwerdeverfahren.

Artikel 12

Dieser Artikel sieht vor, dass die Überschrift des Buches angepasst wird, da Instrumente aus Buch V (das Areal für einen neu zu gestaltenden Standort und das Areal für eine städtische Flurbereinigung) mit in dieses Buch integriert werden.

Artikel 13

Dieser Artikel fügt eine Präzisierung ein um zu verdeutlichen, dass wenn manche Gemeinderäte das plurikommunale Entwicklungsschema nicht angenommen haben, dieses jedoch durch andere Gemeinderäte angenommen wurde, die Möglichkeit für die Regierung unter bestimmten Voraussetzungen besteht den Beschluss des Gemeinderats zu billigen. Zudem wird durch die Aufhebung der Begrenzung der Anwendbarkeit des Verfahrens erreicht, manche Verfahren zu korrigieren ohne dass das ganze Verfahren wieder von Anfang durchgeführt werden muss.

Artikel 14

Dieser Artikel fügt eine Präzisierung in Hinsicht auf die Anwendung der Bestimmungen zur Regelung der Ausarbeitung eines plurikommunalen Entwicklungsschemas auf dessen Revision ein.

Artikel 15

Dieser Artikel nimmt mehrere sprachliche Anpassungen vor. Zudem wird durch die Aufhebung der Begrenzung der Anwendbarkeit des Verfahrens erreicht, manche Verfahren zu korrigieren ohne dass das ganze Verfahren wieder von Anfang durchgeführt werden muss.

Artikel 16

Dieser Artikel nimmt mehrere sprachliche Anpassungen und Vereinfachungen vor.

Artikel 17

Dieser Artikel schafft den „Sektorenplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ durch die Koordinierung der im deutschen Sprachgebiet geltenden Sektorenpläne.

Artikel 18

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 19

Dieser Artikel sieht eine Anpassung gemäß Buch V vor.

Artikel 20

Dieser Artikel nimmt Anpassungen in den auf die Revision des Sektorenplans anwendbaren Grundsätzen in Bezug auf die Einführung des Fonds für die Nachhaltigkeit vor. Die Zahlung eines Ausgleichsbetrags zugunsten des Fonds für die Nachhaltigkeit wird eingefügt.

Artikel 21

Durch diesen Artikel soll eine Koordinierung mit Buch VIII zum besseren Verständnis des Ablaufs der Verfahrensetappen geschaffen werden.

Artikel 22

Dieser Artikel nimmt eine sprachliche Anpassung vor. Zudem soll durch diesen Artikel eine Koordinierung mit Buch VIII zum besseren Verständnis des Ablaufs der Verfahrensetappen geschaffen werden.

Artikel 23

Dieser Artikel nimmt eine sprachliche Anpassung vor. Zudem soll durch diesen Artikel eine Koordinierung mit Buch VIII zum besseren Verständnis des Ablaufs der Verfahrensetappen geschaffen werden.

Artikel 24

Dieser Artikel passt mehrere Verweise an. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 25

Dieser Artikel passt mehrere Verweise an. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 26

Dieser Artikel nimmt sprachliche und terminologische Anpassungen vor. „Empfangsbestätigung“ wird zu „Bescheid über die formelle Vollständigkeit“. Das Wort „Informationsversammlung“ wird im gesamten Text durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt um eine Vereinheitlichung zu schaffen.

Artikel 27

Dieser Artikel soll die Unklarheiten bezüglich der 50 Meter Tiefe der „linearen Zone“ dadurch beenden, dass für die Festlegung der Ausmaße der Gebiete die Messungen auf Basis der grafischen Vorschriften ausschlaggebend sind. Zudem verdeutlicht dieser Artikel ebenfalls die Handhabung des Abgrenzungsstriches zwischen einem bebaubaren Gebiet und einem nicht bebaubaren Gebiet. Die Breite des Abgrenzungsstriches eines verstädterbaren Gebietes auf dem Sektorenplan gilt als diesem Gebiet zugehörend. Die Außengrenze des verstädterbaren Gebietes wird durch die Außengrenze des Striches materialisiert.

Artikel 28

Dieser Artikel fügt den Titel „Areale“ ein. Das Buch V wird abgeschafft. Verschiedene Instrumente sind für die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht angepasst und erübrigen sich. Die Subventionen aus Buch V sind Größtenteils vom Infrastrukturdekret abgedeckt oder können in dieses übertragen werden. Die bleibenden Instrumente (das Areal für einen neu zu gestaltenden Standort und das Areal für eine städtische Flurbereinigung) werden als Instrumente der Raumplanung in das Buch II Titel II.1 übertragen.

Artikel 29

Dieser Artikel fügt in Buch II Titel II.1 das Kapitel I „Allgemeines“ ein.

Artikel 30

Dieser Artikel übernimmt den bestehenden Text aus Buch V (Artikel D.V.1 für den neu zu gestaltenden Standort und Artikel D.V.9 für das Areal für eine städtische Flurbereinigung) und legt die Definitionen für die verschiedenen Begriffe fest. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 31

Dieser Artikel fügt das Kapitel II „Verfahren“ ein. Dieses Kapitel beinhaltet die Vorschriften bezüglich des Verfahrens für das Areal für einen neu zu gestaltenden Standort und das Areal für eine städtische Flurbereinigung. Es wird ein gemeinsames Verfahren vorgesehen, welches aber spezifische Vorschriften je nach Areal beinhaltet.

Artikel 32

Dieser Artikel fügt in Buch II Titel II.1 Kapitel II den Abschnitt 1 „Initiativrecht und Vorschlag“ ein.

Artikel 33

Dieser Artikel übernimmt den bestehenden Text aus Buch V (Artikel D.V.2 §1 und Artikel D.V.10) und legt das Initiativrecht fest. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 34

Dieser Artikel legt den Inhalt der Akte fest. Der Inhalt der Akte unterscheidet zwischen einem neu zu gestaltendem Standort und einem Areal für städtische Flurbereinigung. Zudem sieht dieser Artikel die Anpassung an die Notwendigkeit eines Umweltverträglichkeitsberichts vor. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 35

Dieser Artikel fügt in Buch II Titel II.1 Kapitel II den Abschnitt 2 „Verfahren“ ein.

Artikel 36

Dieser Artikel übernimmt den bestehenden Text aus Buch V (Artikel D.V.2 §§3-7 und Artikel D.V.11) und legt die Prozedur für Stellungnahmen sowie für die öffentliche Untersuchung fest. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 37

Dieser Artikel übernimmt den bestehenden Text aus Buch V (Artikel D.V.2 §8). Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 38

Dieser Artikel übernimmt den bestehenden Text aus Buch V (Artikel D.V.2 §9 und 10). Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 39

Dieser Artikel fügt in Buch II Titel II.1 das Kapitel III „Besondere Bestimmungen für Sanierungsstandorte“ ein.

Artikel 40

Dieser Artikel übernimmt den bestehenden Text aus Buch V (Artikel D.V.3) und legt die Grundlage für Ermittlungen sowie die Befugnisse der beauftragten Bediensteten fest. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 41

Dieser Artikel legt fest, dass sofern die Regierung es nicht ausdrücklich ausschließt, der Erlass zur endgültigen Festlegung eines Areals für einen neu zu gestaltenden Standort als Städtebaugenehmigung für die Durchführung der Handlungen und Arbeiten zur Sanierung und Renovierung des Standorts gilt. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 42

Dieser Artikel übernimmt den bestehenden Text aus Buch V (Artikel D.V.4) und beinhaltet die Bestimmung zu Veräußerungen.

Artikel 43

Dieser Artikel übernimmt den bestehenden Text aus Buch V (Artikel D.V.5) und beinhaltet die Bestimmung zur Erhaltung der Schönheit der Landschaften. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 44

Dieser Artikel fügt in Buch II Titel III das Kapitel V „Areale“ ein.

Artikel 45

Dieser Artikel schafft die Übergangsbestimmung für Sanierungsstandorte.

Artikel 46

Dieser Artikel schafft die Übergangsbestimmung für städtische Flurbereinigungen.

Artikel 47

Dieser Artikel bestätigt die Möglichkeit regionale Leitfäden auf spezifische Themen zu beschränken.

Artikel 48

Dieser Artikel bestätigt die Möglichkeit kommunale Leitfäden auf spezifische Themen zu beschränken.

Artikel 49

Dieser Artikel schafft die Möglichkeit, dass die Regierung dem Gemeinderat einen Vorschlag für einen kommunalen Leitfaden für den Städtebau unterbreitet. Damit kann die Regierung die Initiative ergreifen und unterstützend vorarbeiten.

Artikel 50

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler. Das Wort „Städtebaugenehmigungen“ wird durch das Wort „Genehmigungen“ ersetzt.

Artikel 51

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor. Im gesamten Text wird „Verstädterungsgenehmigung“ zu „Erschließungsgenehmigung“.

Die Teilungsgenehmigung wird eingeführt. Unter bestimmten Umständen wird anstelle der Verstädterungsgenehmigungen nun eine Teilungsgenehmigung erforderlich, was zu einer Vereinfachung des Verfahrens führt, wenn die erschließungstechnischen Voraussetzungen nachgewiesen sind, weil nur die Teilung Genehmigungsgegenstand wird, aber keine städtebaulichen Vorschriften erforderlich sind. Dies führt zur Schaffung von mehr sogenannten „freien Grundstücken“. Es wird keine neue Genehmigungspflicht eingeführt; sie gilt für die Gebiete, in denen heute eine Verstädterungsgenehmigung notwendig ist.

Zudem wird die Einführung einer vierten Spalte in der Nomenklatur vorgesehen. Zweck ist, dass Arbeiten und Handlungen, die kumulative Einwirkungen haben können erst zu Arbeiten mit begrenzten Auswirkungen werden sollen, wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft diesbezüglich einen regionalen Leitfaden erstellt hat. Die Gemeinden werden dann die Genehmigungen ohne Gutachten der Regierung erteilen können, sofern dieser Leitfaden berücksichtigt wird.

Dieser Artikel korrigiert ebenfalls einen Übersetzungsfehler.

Artikel 52

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor und die Teilungsgenehmigung wird eingeführt.

Artikel 53

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung, sowie mehrere sprachliche Anpassungen vor. Das Nutzungspfandrecht wird gestrichen, da es diese Rechtsform nicht mehr gibt. Zudem wird durch das Einfügen des Satzes „Der in Absatz 1 genannte Beschluss kann vor dem Einreichen des Antrags, im Laufe des Verfahrens oder gleichzeitig mit der Entscheidung der Behörde über den Erschließungsgenehmigungsantrag erfolgen.“ eine Anpassung an die Rechtsprechung vorgenommen. Dieser Artikel stellt außerdem klar, dass eine Teilungsgenehmigung nur dann gefordert ist, wenn der Antrag schon im Anwendungsbereich einer Erschließungsgenehmigung ist und sieht die Bedingungen für das vereinfachte Verfahren einer Teilungsgenehmigung vor.

Artikel 54

Dieser Artikel nimmt mehrere terminologische Abänderungen, Anpassungen gemäß Buch V, sowie die Anpassung mehrerer Verweise vor. Zudem wird eine Erklärung in Hinsicht auf die Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten eingefügt. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 55

Dieser Artikel nimmt mehrere sprachliche Anpassungen vor. Zudem wird präzisiert, dass der durch den Bürgermeister angeordnete Abriss im Rahmen der allgemeinen Verwaltungspolizei stattfindet. Es wird ebenfalls hinzugefügt, dass Handlungen und Arbeiten, die ausdrücklich von einer Genehmigungspflicht befreit wurden, nicht unter Genehmigungspflicht gestellt werden können.

Artikel 56

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler und nimmt terminologische Abänderungen vor.

Artikel 57

Dieser Artikel nimmt mehrere sprachliche Anpassungen vor.

Artikel 58

Dieser Artikel schafft die Möglichkeit, dass es auch bei privaten Vorhaben möglich ist, legal bestehende Gebäude in eine angrenzende Zone zu erweitern, zu der sie nicht konform sind. Bisher galt dies nur für Erweiterungszwecke zu touristischen und wirtschaftlichen Zwecken.

Artikel 59

Dieser Artikel fügt den letzten Absatz von Artikel D.IV.6 ein (Umstrukturierung). Zudem werden mehrere sprachliche Anpassungen vorgenommen. Des Weiteren wird hinzugefügt, dass die in dem betreffenden Artikel aufgeführte Ausnahme im Hinblick auf den Schutz der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen anwendbar ist.

Artikel 60

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler. Zudem wird hinzugefügt, dass die Bedingungen in Artikel D.IV.9 Absatz 1 kumulativ erfüllt sein müssen.

Artikel 61

Dieser Artikel schafft die Ausnahmemöglichkeit zur kohärenten Nachverdichtung innerhalb von Verdichtungsgunstbereichen und legt die Bedingungen fest.

Artikel 62

Dieser Artikel ersetzt das Wort „Erschließung“ durch das Wort „Verwertung“.

Artikel 63

Dieser Artikel schafft die Ausnahmemöglichkeit für Gewerbegebiete und legt die Bedingungen fest. Es wird die Möglichkeit geschaffen, die im Sektorenplan angegebenen Industriegebiete auch durch gemischtes Gewerbe belegen zu können und vice versa. Zweck ist es die vorhandenen Gelände in bestehenden Gebieten so weit wie möglich nutzen zu können.

Artikel 64

Dieser Artikel nimmt eine sprachliche Anpassung vor.

Artikel 65

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler.

Artikel 66

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler. Zudem wird hinzugefügt, dass die Bedingungen in Artikel D.IV.13 kumulativ erfüllt sein müssen.

Artikel 67

Dieser Artikel nimmt mehrere terminologische Abänderungen, sowie eine Umstrukturierung vor.

Artikel 68

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler.

Artikel 69

Dieser Artikel sieht mehrere sprachliche Anpassungen, sowie eine Anpassung gemäß Buch V vor. Zudem wird eine Anpassung an Buch VII eingefügt und der Artikel sieht vor, dass Vergleichsvorschläge und Regularisierungsprüfungen nach Protokollerstellung zentral durch die Regierung durchgeführt werden.

Artikel 70

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 3 an.

Artikel 71

Dieser Artikel legt per Verweis die Zuständigkeiten der neuen Beschwerdekommision fest.

Artikel 72

Dieser Artikel nimmt mehrere terminologische Abänderungen vor sowie eine Anpassung an die Teilungsgenehmigung.

Artikel 73

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 74

Dieser Artikel nimmt mehrere terminologische Abänderungen vor.

Artikel 75

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 76

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung und eine sprachliche Anpassung vor.

Artikel 77

Dieser Artikel sieht vor, dass das Protokoll des Projekttreffens eine gewisse Verbindlichkeit erhält und begrenzt dessen Gültigkeit auf zwei Jahre ab dem Datum des Treffens. Zudem wird die Bedingung der Anzahl Wohnungen sowie die Bedingung der Bürofläche, die zu der Verbindlichkeit des Treffens führen, auf die Maßstäbe der Deutschsprachigen Gemeinschaft angepasst. Der Artikel legt fest, dass eine Fristverlängerung von 15 Tagen vorgesehen ist, wenn das Treffen zwischen den 16. Juli und 15. August oder zwischen den 24. Dezember und 1. Januar fällt. Außerdem besteht die Möglichkeit das Projekttreffen per Videokonferenz abzuhalten.

Artikel 78

Dieser Artikel sieht vor, dass das Protokoll des Projekttreffens eine Verbindlichkeit hat. Der Artikel legt fest, dass eine Fristverlängerung von 15 Tagen vorgesehen ist, wenn das Treffen zwischen den 16. Juli und 15. August oder zwischen den 24. Dezember und 1. Januar fällt.

Artikel 79

Dieser Artikel nimmt terminologische Abänderungen vor. „Empfangsschein“ wird im gesamten Text durch „Hinterlegungsbescheid“ ersetzt.

Artikel 80

Dieser Artikel nimmt terminologische Abänderungen vor. „Empfangsbestätigung“ wird im gesamten Text durch „Bescheid über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt. Zudem werden sprachliche Anpassungen vorgenommen.

Artikel 81

Dieser Artikel nimmt terminologische Abänderungen vor.

Artikel 82

Dieser Artikel nimmt eine sprachliche Anpassung vor.

Artikel 83

Dieser Artikel nimmt terminologische Abänderungen und sprachliche Anpassungen vor.

Artikel 84

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 85

Dieser Artikel nimmt eine sprachliche Anpassung vor und streicht eine Wiederholung im Text.

Artikel 86

Dieser Artikel passt das Verfahren zur Änderung des Genehmigungsantrags während des Verfahrens an. Es wird vorgesehen, dass der Versand des Einverständnisses die Fristen aussetzt und diese erst wieder beginnen, wenn die abgeänderten Dokumente eingereicht sind.

Artikel 87

Dieser Artikel hebt einen bestehenden Artikel auf und passt somit das Verfahren zur Änderung des Genehmigungsantrags während des Verfahrens an. Aktuell müssen die abgeänderten Pläne vor Ablauf der Frist bestätigt werden damit es zu einer neuen Frist kommt. Dies ist oft unmöglich und wenig praktikabel.

Artikel 88

Dieser Artikel fügt in Buch IV Titel II Kapitel VI den Abschnitt 4 „Aussetzung des Verfahrens zur Nachbesserung des Genehmigungsantrags“ ein.

Artikel 89

Dieser Artikel fügt das Verfahren zur Aussetzung des Verfahrens zur Nachbesserung des Genehmigungsantrags ein. Vor ihrem Beschluss kann die zuständige Behörde das Verfahren für maximal 30 Tage aussetzen, um beim Antragsteller zusätzliche Informationen, die für ihren Beschluss notwendig sind, oder Nachbesserungen der Antragsdokumente anzufordern. Dies betrifft kleine Anpassungen, technische Präzisierungen oder Fragen, die bei der Bearbeitung auftreten.

Artikel 90

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 91

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel VII an und korrigiert somit einen Übersetzungsfehler.

Artikel 92

Dieser Artikel nimmt terminologische Abänderungen vor. Zudem wird eine Anpassung der Frist von 115 Tagen vorgesehen, die sich jetzt auf alle restlichen Fälle bezieht, die nicht in die Fristen von 30 oder 75 Tagen fallen.

Artikel 93

Dieser Artikel sieht vor, dass die Zuständigkeit nicht mehr bei der Regierung liegt, sondern der Beschwerdekommision übertragen wird. Es wird eine unabhängige Beschwerdekommision eingerichtet, die Entscheidungsbefugnis hat.

Artikel 94

Dieser Artikel korrigiert Übersetzungsfehler und nimmt terminologische Abänderungen vor. Zudem wird für den Beschluss der Regierung über die Teilungsgenehmigung eine Frist von 60 Tagen vorgesehen.

Artikel 95

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 96

Dieser Artikel führt das Prinzip von sozialen Auflagen ein. Es wird den Behörden die Möglichkeit gegeben, bei Städtebauanträgen den Antragstellern Auflagen aufzuerlegen wie Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaft des öffentlichen Dienstes über eine gewisse Dauer zur Verfügung zu stellen; Wohnungen zu einem Höchstpreis an eine Wohnungsbaugesellschaft zu verkaufen oder kostenlos abzutreten; Wohnungen zu einem Höchstpreis an Personen zu verkaufen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll, die aber nicht als sozial-schwach eingestuft werden. Es wird eine Delegation an die Regierung vorgesehen, um die Modalitäten der Auflagen zu bestimmen. Dieses Prinzip gilt ebenfalls für Lose/Bauland.

Artikel 97

Dieser Artikel führt eine Präzisierung ein. Das Wort „Erschließung“ wird durch die Wortfolge „technischen Erschließung“ ersetzt.

Artikel 98

Dieser Artikel führt eine Präzisierung ein. Das Wort „erschließen“ wird durch die Wortfolge „technisch erschließen“ ersetzt.

Artikel 99

Dieser Artikel führt ein, dass die Behörde eine Garantie verlangen muss, damit der Pflicht As-Built Pläne zu hinterlegen nachgekommen wird. Zudem wird ein Zusatz eingeführt, der zur Objektivität der Garantien beitragen soll.

Artikel 100

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler und nimmt eine terminologische Abänderung vor. Zudem wird eingeführt, dass die Zuständigkeit die Aussetzung aufzuheben

oder die Genehmigung für nichtig zu erklären nicht mehr von der Regierung ausgeübt wird, sondern der Beschwerdekommision übertragen wird.

Artikel 101

Dieser Artikel sieht vor, dass die Beschwerde nicht mehr der Regierung, sondern direkt der Beschwerdekommision zugestellt wird. Zudem wird dem Antragsteller durch das Beifügen zu der Beschwerde von Abänderungsplänen erlaubt, auf die Gründe der Verweigerung zu reagieren. §3 wird aufgehoben, da Beschwerdeverfahren, die aus Gründen der Zeitnot begonnen und nicht aus inhaltlichen Gründen verhindert werden sollen.

Artikel 102

Dieser Artikel sieht vor, dass die Beschwerde nicht mehr der Regierung, sondern direkt der Beschwerdekommision zugestellt wird.

Artikel 103

Dieser Artikel sieht vor, dass die Beschwerde nicht mehr der Regierung, sondern direkt der Beschwerdekommision zugestellt wird. Es wird vorgesehen, dass die Beschwerdekommision externe Gutachten von einer Fachperson einholen kann. Der Autor des Gutachtens kann zur Anhörung eingeladen werden. Dieser Artikel nimmt zudem terminologische Abänderungen vor. Zudem kann die Beschwerdekommision die Stellungnahme der Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen ersuchen, deren Konsultation sie als zweckmäßig erachtet.

Artikel 104

Dieser Artikel sieht vor, dass die Zuständigkeit über Beschwerden zu entscheiden nicht mehr bei der Regierung liegt, sondern der Beschwerdekommision übertragen wird. Es wird eine unabhängige Beschwerdekommision eingerichtet, die Entscheidungsbefugnis hat. Zudem wird vorgesehen, dass die eingeräumte Frist von 95 Tagen vom 16. Juli bis zum 15. August und vom 24. Dezember bis zum 1. Januar ausgesetzt wird.

Artikel 105

Dieser Artikel sieht vor, dass die Zuständigkeiten der Regierung an die Beschwerdekommision übertragen werden.

Artikel 106

Dieser Artikel sieht eine andere Strukturierung vor und die Verweise werden angepasst. Zudem wird ein Zusatz in Hinsicht auf die Teilungsgenehmigung eingefügt und es wird vorgesehen, dass ein Foto als Beweis des Anschlags der zuständigen Behörde zukommen gelassen werden muss.

Artikel 107

Dieser Artikel führt die Möglichkeit der Protokollierung durch einen Landmesser ein in Bezug auf die Kennzeichnung der Einpflanzung des Baus.

Artikel 108

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 4 an.

Artikel 109

Dieser Artikel führt die Pflicht ein, As-Built Pläne einzureichen. Zudem legt der Artikel die Dokumente fest, die eingereicht werden müssen.

Artikel 110

Dieser Artikel führt die Konformitätserklärung sowie das Verfahren ein. Die Konformitätskontrolle ist bei der Regierung zentralisiert.

Artikel 111

Dieser Artikel fügt in Buch IV Titel II Kapitel X den Abschnitt 4.1 „Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten“ ein.

Artikel 112

Dieser Artikel führt das vereinfachte Verfahren ein, wenn Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, aber vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten notwendig sind. Die Fälle, in denen dieses Verfahren Anwendung findet, sowie die Fristen werden festgelegt. Zudem wird die Einbindung der Denkmalbehörde vorgesehen, wenn die Abänderungen ein geschütztes Gut betreffen.

Artikel 113

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 114

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 115

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 116

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 117

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 118

Dieser Artikel nimmt sprachliche Anpassungen vor.

Artikel 119

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch IV Titel III Kapitel III Abschnitt 1 an und nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 120

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 121

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 122

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 123

Dieser Artikel ist in der Praxis schwierig umsetzbar und wird deswegen aufgehoben.

Artikel 124

Dieser Artikel streicht in Artikel D.IV.89 einen Fall, in dem eine Genehmigung ausgesetzt werden kann.

Artikel 125

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch IV Titel III Kapitel V an.

Artikel 126

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 127

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch IV Titel III Kapitel VIII an.

Artikel 128

Dieser Artikel nimmt terminologische Abänderungen vor.

Artikel 129

Dieser Artikel nimmt terminologische Abänderungen vor.

Artikel 130

Dieser Artikel nimmt terminologische Abänderungen vor.

Artikel 131

Dieser Artikel verdeutlicht, dass die Vorschriften aufgehoben werden können, nicht aber der Teilungsplan.

Artikel 132

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung und eine sprachliche Anpassung vor. Zudem wird eine Anpassung gemäß Buch V vorgenommen. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 133

Dieser Artikel vervollständigt die Auflistung der Genehmigungen oder Beschlüsse. Das Nutzungspfandrecht wird gestrichen, da es diese Rechtsform nicht mehr gibt.

Artikel 134

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 135

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 136

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch IV Titel V Kapitel III an und nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 137

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 138 bis 155

Diese Bestimmungen führen ein Dringlichkeitsverfahren ein zur Erteilung einer Städtebaugenehmigung für Handlungen und Arbeiten zum Wiederaufbau von Gebäuden und Bauten in von anerkannten Naturkatastrophen im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 26. Mai 2016 über die Wiedergutmachung bestimmter Schäden, die durch allgemeine Naturkatastrophen entstanden sind, betroffenen Gebieten.

Die Handlungen und Arbeiten, die Gegenstand des Dringlichkeitsverfahrens werden können, sind aufgelistet. Diese Liste ist jedoch nicht abschließend und kann durch die Regierung erweitert werden.

Die Städtebaugenehmigung wird von der Regierung ausgestellt. Zudem legt der neue Titel VII.1 die Bestimmungen zu dem Antrag und dem Verfahren fest. Die Bestimmungen der Titel I bis VII des Buches IV sind grundsätzlich anwendbar, sofern die Bestimmungen für das Dringlichkeitsverfahren hiervon nicht abweichen.

Artikel 156

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor

Artikel 157

Dieser Artikel passt den Verweis auf den beauftragten Beamten an, den es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht mehr gibt.

Artikel 158

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung bzw. Zusatz vor in Hinsicht auf die Verstärkungsgenehmigung oder Erschließungsgenehmigung.

Artikel 159

Dieser Artikel hebt das Buch V auf. Verschiedene Instrumente sind für die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht angepasst und erübrigen sich. Die Subventionen aus Buch V sind Großteils vom Infrastrukturdekret abgedeckt oder können in dieses übertragen werden. Die bleibenden Instrumente (das Areal für einen neu zu gestaltenden Standort und das Areal für eine städtische Flurbereinigung) werden als Instrumente der Raumplanung in das Buch II Titel II.1 übertragen.

Artikel 160

Dieser Artikel sieht mehrere Anpassungen gemäß Buch V vor. Zudem wird eine Präzisierung zu dem Dekret vom 11. März 1999 eingefügt. Schlussendlich wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 161

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor. Im gesamten Text wird „Verstädterungsgenehmigung“ zu „Erschließungsgenehmigung“.

Artikel 162

Dieser Artikel sieht mehrere Anpassungen gemäß Buch V vor. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 163

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 164

Dieser Artikel führt eine Übergangsbestimmung ein.

Artikel 165

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 166

Dieser Artikel nimmt mehrere terminologische Abänderungen vor.

Artikel 167

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 168

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 169

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 170

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 171

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor. Zudem wird ein Verweis angepasst.

Artikel 172

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 173

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 174

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 175

Dieser Artikel vervollständigt die Liste der Verstöße mit dem Hinzufügen des Regularisierungsbeschlusses in Punkt 1, dem Nichteinreichen von As Built Plänen oder des Erstellens von As Built Plänen, die dem gebauten Zustand nicht entsprechen. §2 und §2/1 wurden an eine andere Stelle in Buch VII versetzt.

Artikel 176

Dieser Artikel vereinfacht das aktuelle System indem nur noch die Konformitätsvermutung bestehen bleibt (automatisch regularisiert) und nicht mehr auf Daten verwiesen wird, sondern auf die Dauer der Arbeiten (30, 20, 10 Jahre). Absatz 1 sieht das Prinzip vor: nach 30 Jahren ab Fertigstellung der Arbeiten gibt es eine generelle Amnestie, unabhängig von der Zweckbestimmung (im Sektorenplan) des betroffenen Gebietes (schwere Vergehen). Dies ist das Prinzip der Konformitätsvermutung. Absatz 2 sieht die Ausnahme vor und listet Handlungen und Arbeiten auf, die keinesfalls unter Amnestie fallen können. Die Frist von 30 Jahren ist auf 20 Jahre verringert, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt sind und bezieht sich auf Handlungen und Arbeiten, die konform zum Sektorenplan sind (mittelschwere Vergehen). Die Frist ist auf 10 Jahre verringert, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt sind (leichte Vergehen).

Da es für die Behörde unmöglich ist zu überprüfen, wann die Fertigstellung der Arbeiten und Handlungen stattgefunden hat, wird ausdrücklich erwähnt, dass die Beweislast der Erfüllung der Bedingungen der Amnestie beim Zuwiderhandelnden liegt.

Artikel 177

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 178

Dieser Artikel streicht einen Verweis und fügt ein, dass die Mahnung die Auflistung der beanstandeten Verstöße mit Hinweis auf die anzuwendenden Vorschriften enthält. Sie enthält zudem den Verweis auf die Dienststellen, die nähere Auskünfte erteilen können.

Artikel 179

Dieser Artikel sieht vor, dass das Gemeindegremium über die Einsendung des Feststellungsprotokoll generell informiert wird und nicht nur wenn eine Beschwerde eingereicht werden könnte. Das Nutzungspfandrecht wird gestrichen, da es diese Rechtsform nicht mehr gibt.

Artikel 180

Dieser Artikel fügt in Buch VII Kapitel III den Abschnitt 6 „Rechtsfolgen“ ein.

Artikel 181

Dieser Artikel sieht vor, dass nach Protokollerstellung jeder Antrag, der sich auf Handlungen oder Arbeiten bezieht, für die ein Feststellungsprotokoll übermittelt wurde, und der nicht im Rahmen einer Regularisierungsprüfung eingereicht wurde, für unzulässig erklärt wird.

Artikel 182

Dieser Artikel sieht vor, dass keine Beschlagnahme der Maschinen möglich ist. Es soll den Bauherren oder Bauunternehmern erlaubt sein, ihre Maschinen und/oder Materialien während des Baustopps anderwärtig benutzen zu können.

Artikel 183

Dieser Artikel sieht vor, dass das Nutzungspfandrecht gestrichen wird, da es diese Rechtsform nicht mehr gibt.

Artikel 184

Dieser Artikel sieht die ergänzenden Maßnahmen vor und vermerkt explizit die Ausnahme der Beschlagnahme der Baumaschinen und Baumaterialien.

Artikel 185

Dieser Artikel nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 186

Dieser Artikel nimmt terminologische Abänderungen vor. Zudem wird durch das Einfügen von „für jeden Verstoß einzeln oder kombiniert“ die Möglichkeit vorgesehen, Maßnahmen zu kombinieren. Die Möglichkeit der Kompensationsmaßnahmen wird ebenfalls hinzugefügt. Es wird ein Verweis eingefügt, dass die Zahlung der Geldsumme an den Fonds für Nachhaltigkeit ergeht.

Artikel 187

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch VII Kapitel VI „Außergerichtliche Maßnahmen nach Protokollerstellung“ an.

Artikel 188

Dieser Artikel passt die Frist an. Der Prokurator des Königs hat 60 Tage nach Empfang des Feststellungsprotokolls die Absicht zu bekunden den Zuwiderhandelnden zu verfolgen. Absatz 2 sieht die außergerichtlichen Maßnahmen vor, die der Regierung zur Verfügung stehen.

Artikel 189

Dieser Artikel sieht eine Vereinfachung des Textes vor und nimmt sprachliche Anpassungen vor. Zudem werden Verweise angepasst.

Artikel 190

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch VII Kapitel VI Abschnitt 3 „Regularisierungsprüfung und Vergleich“ an.

Artikel 191

Dieser Artikel hebt den bestehenden Unterabschnitt 1 von Buch VII Kapitel VI Abschnitt 3 auf.

Artikel 192

Dieser Artikel sieht das Verfahren zur Prüfung, ob eine Regularisierung möglich ist oder nicht (Regularisierungsprüfung) vor. Das Bearbeitungsverfahren bleibt unverändert. Zuständig ist aber die Regierung, dies wurde somit zentralisiert. Damit werden die eventuell notwendigen oder nützlichen Gutachten gesichert. Der Vorteil ist, dass dieses Verfahren vermeidet, dass nach Vergleich noch Regularisierungsanträge eingereicht werden müssen. Der Beschluss über den Antrag auf Regularisierungsprüfung stellt fest ob die Handlungen und Arbeiten:

- unverändert nachträglich genehmigt werden können, d.h. die Regularisierung erfolgt durch Zahlung des Vergleichsbetrags.
- mittels Durchführung von Abänderungsarbeiten nachträglich genehmigt werden können, d.h. die Regularisierung erfolgt durch die Zahlung des Vergleichs und zudem müssen die Arbeiten getätigt werden wofür eine Kontrolle vorgesehen ist.
- nicht genehmigt werden können, d.h. die Regierung fordert Verwaltungsmaßnahmen oder Kompensationsmaßnahmen und ggfls. eine administrative Geldbuße. Es besteht die Möglichkeit Maßnahmen zu kombinieren.

Der Betrag der Geldsumme darf pro Verstoß nicht unter 250 Euro oder über 25.000 Euro liegen. Hiervon abweichend ist die Vergleichssumme bei Verstößen für Bodenreliefabänderungen nicht in der Höhe begrenzt.

Es wird ein Verweis eingefügt, dass die Zahlung des Vergleichsbetrags, der an die Deutschsprachige Gemeinschaft erfolgt, zugunsten des Fonds für Nachhaltigkeit ist.

Artikel 193

Dieser Artikel fügt in Buch VII Kapitel VI den Abschnitt 4 „Verwaltungsmaßnahmen“ ein.

Artikel 194

Dieser Artikel sieht vor, dass die Verwaltung die Möglichkeit hat, außergerichtlich Verwaltungsmaßnahmen zu fordern. Die möglichen Maßnahmen können einzeln oder

kombiniert angeordnet werden und sind in dem Artikel aufgelistet. Zudem sieht der Artikel das Verfahren vor.

Artikel 195

Dieser Artikel hebt den bestehenden Unterabschnitt 2 von Buch VII Kapitel VI Abschnitt 3 auf.

Artikel 196

Dieser Artikel fügt in Buch VII Kapitel VI den Abschnitt 5 „Kompensationsmaßnahmen“ ein.

Artikel 197

Dieser Artikel sieht vor, dass im Falle der Unmöglichkeit von Regularisierung und Verwaltungsmaßnahmen, die Regierung Kompensationsmaßnahmen fordern kann (z.B. Pflanzungen, Abriss strittiger Bauwerke, unwesentliche Änderung des Bodenreliefs,...). Das Verfahren wird ebenfalls festgelegt. Die Einbeziehung der Denkmalschutzbehörde ist in gewissen Fällen ebenfalls vorgesehen.

Artikel 198

Dieser Artikel fügt in Buch VII Kapitel VI den Abschnitt 6 „Administrative Geldbußen“ ein.

Artikel 199

Dieser Artikel sieht vor, dass die festgestellten Verstöße mittels administrativer Geldbußen verfolgt werden können. Eine administrative Geldbuße ist nicht möglich bei Strafverfolgung oder Vergleich. Die administrative Geldbuße beträgt mindestens 250 Euro und höchstens 100.000 Euro. Bei der Festlegung des Betrages spielen beispielsweise folgende Kriterien eine Rolle: Schwere der begangenen Taten, ob es sich um einen Wiederholungsfall handelt, Auswirkungen auf die Umwelt und das Allgemeinwohl, etc. Zudem sieht der Artikel das Verfahren vor.

Es wird ein Verweis eingefügt, dass die Zahlung der administrativen Geldbuße zugunsten des Fonds für Nachhaltigkeit eingezogen wird.

Artikel 200

Dieser Artikel sieht vor, dass die Regierung die Personen bestellt, die diese administrativen Geldbußen eintreiben. Zudem werden die Befugnisse dieser Personen aufgelistet.

Artikel 201

Dieser Artikel legt die Verjährungsfrist für administrative Geldbußen auf 5 Jahre fest und sieht die Möglichkeit der Unterbrechung vor.

Artikel 202

Dieser Artikel nimmt mehrere sprachliche Anpassungen vor und fügt ein, dass vor dem Zivilgericht ebenfalls für jeden Verstoß einzeln oder kombiniert die aufgelisteten Maßnahmen gefordert werden können. Unter dem dritten Punkt wird ein Zusatz eingefügt, dass die Zahlung der Geldsumme zugunsten des Fonds für Nachhaltigkeit erfolgt.

Artikel 203

Dieser Artikel fügt eine Übergangsbestimmung ein für die Protokolle, die dem Prokurator des Königs vor dem 1. Oktober 2022 notifiziert wurden.

Artikel 204

Dieser Artikel sieht Anpassungen der Verweise und eine Anpassung gemäß Buch V vor. Zudem wird eine terminologische Abänderung vorgenommen. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 205

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler.

Artikel 206

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler.

Artikel 207

Dieser Artikel sieht sprachliche Anpassungen vor. Der Text spricht von Informationsveranstaltung oder Informationsversammlung. Um dies zu vereinheitlichen wird nur noch von Informationsveranstaltung gesprochen.

Artikel 208

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler, nimmt sprachliche Anpassungen und terminologische Abänderung vor. Zudem wird die Möglichkeit geschaffen der Behörde zu erlauben die Durchführung des Anschlags zu überprüfen. Dies soll zur besseren Information der Bevölkerung dienen.

Zudem wird bestimmt, dass bei Projektankündigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 die Bekanntmachung eine 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts enthalten muss. Bei Projektankündigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2 enthält die Bekanntmachung eine Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung und ggf. den grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets.

Artikel 209

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler. Zudem wird bezüglich der Bekanntmachung einer öffentlichen Untersuchung hinzugefügt, dass folgende Angaben ebenfalls enthalten sein müssen:

- bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 eine 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts;
- bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2 eine Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung und ggf. den grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets.

Artikel 210

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler und nimmt eine terminologische Abänderung vor.

Artikel 211

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler.

Artikel 212

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler.

Artikel 213

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler. Zudem wird eine Präzisierung in Bezug auf die Informationsveranstaltung eingefügt.

Artikel 214

Dieser Artikel korrigiert einen Übersetzungsfehler und nimmt eine terminologische Anpassung vor.

Artikel 215

Dieser Artikel sieht eine Anpassung gemäß Buch V vor. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standtort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 216

Dieser Artikel sieht eine Anpassung gemäß Buch V vor. Zudem wird der Begriff „neu zu gestaltender Standtort“ durch „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Artikel 217

Dieser Artikel passt die Überschrift von Buch VIII Titel I Kapitel VI an, da die in Artikel D.VIII.5 erwähnte vorherige Informationsveranstaltung für die Revision von Sektorenplänen nicht nur während der Corona-Krise digital möglich sein soll, sondern diese Möglichkeit auch darüber hinaus bestehen bleiben soll und im Allgemeinen beibehalten werden soll. Das führt zur Vereinfachung des Verfahrens.

Artikel 218

Dieser Artikel sieht vor, dass die zeitliche Begrenzung der Möglichkeit die Informationsveranstaltung per Video zu führen aufgehoben wird.

Artikel 219

Dieser Artikel sieht die Anpassung an die Praxis vor, da die Dokumente allgemein bei der Gemeinde zugänglich sind, ohne Fristbegrenzung.

Artikel 220

Der Artikel sieht die Anpassung an die Rechtsprechung vor, da die Rechtsprechung, die für die Areale für die städtische Flurbereinigung gilt, auf die neu zu gestaltenden Standorte übertragbar ist.

Artikel 221

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des Dekrets fest. Die Bestimmungen bezüglich der neuen Beschwerdekommision sollen versetzt in Kraft treten können, um der Regierung zu erlauben, qualifizierte und geeignete Personen zu finden. Sobald die Beschwerdekommision eingesetzt werden kann, werden auch die entsprechenden Artikel in Kraft treten können. Der Regierung wird hierfür höchstens ein Jahr eingeräumt.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung

Artikel 1 – In Artikel D.I.1 §2 Absatz 2 Nummer 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung wird die Wortfolge „für operative Maßnahmen“ durch die Wortfolge „für einen Sanierungsstandort oder für eine städtische Flurbereinigung“ ersetzt.

Art. 2 – In Artikel D.I.4 §1 Absatz 4 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Satz eingefügt:

„Der Beirat gibt das Gutachten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt der Anfrage ab. Diese Frist wird von Rechts wegen um 15 Tage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft. Nach Ablauf dieser Frist kann die Regierung den Entwurf ohne das Gutachten verabschieden. Gibt der Beirat sein Gutachten innerhalb der Frist zu einem Dekretvorentwurf ab, hinterlegt die Regierung dieses zusammen mit dem Dekretentwurf im Parlament.“

Art. 3 – Artikel D.I.5.1 §2 Absatz 3 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird aufgehoben.

Art. 4 – Die Überschrift von Buch I Einziger Titel Kapitel III Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 2 – Beschwerdekommision“

Art. 5 – Artikel D.I.6 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.I.6 – Die Beschwerdekommision ist dafür zuständig, über die Beschwerden gegen die Beschlüsse des Gemeindegremiums oder der Regierung, die in erster Instanz gefasst wurden, zu den Anträgen auf eine Städtebaugenehmigung, Erschließungsgenehmigung, Teilungsgenehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2 zu befinden. Sie befindet ebenfalls über die Aussetzungsbeschlüsse, die die Regierung in Anwendung von Artikel D.IV.62 fasst, sowie über die Beschlüsse der Regierung zu Anträgen auf Regularisierungsprüfung gemäß Artikel D.VII.18 §2.“

Die Beschwerdekommision hat ihren Sitz in Eupen.“

Art. 6 – In Buch I Einziger Titel Kapitel III Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.I.6.1 eingefügt:

„Art. D.I.6.1 – Die Beschwerdekommision besteht aus den folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:

1. ein Rechtswissenschaftler, der den Vorsitz übernimmt;
2. ein Architekt;
3. ein Stadtplaner;
4. eine Fachperson im Bereich Denkmalschutz, wenn die Beschwerde ein in Artikel D.IV.14.1 oder D.IV.14.2 genanntes Gut betrifft.

Der Vorsitzende und die Mitglieder der Beschwerdekommision werden von der Regierung bestellt.

Die Mandatszeit des Vorsitzenden und der Mitglieder beträgt höchstens fünf Jahre und ist erneuerbar.“

Art. 7 – In denselben Abschnitt desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.I.6.2 eingefügt:

„Art. D.I.6.2 - §1 - Die Beschwerdekommision übt ihre Befugnisse auf unabhängige und unparteiische Weise aus. Bei der Bearbeitung der Beschwerden ist sie nicht an Weisungen gebunden.

§2 - Die Beschwerdekommision tritt spätestens zwei Monate nach der Bestellung ihrer Mitglieder zu einer ersten Sitzung zusammen.

Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt die Beschwerdekommision sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise der Beschwerdekommision.

Die Regierung kann weitere Modalitäten für die Arbeitsweise der Beschwerdekommision bestimmen.

§3 - Die Entscheidungen der Beschwerdekommision werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Die Beschwerdekommision ist beschlussfähig, wenn der Vorsitzende und wenigstens ein anderes Mitglied anwesend sind.

§4 - Die Beschwerdekommision kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben und insbesondere in dem in Artikel D.IV.66 Absatz 3 erwähnten Fall weitere Fachleute zu den Sitzungen einladen. Sie nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.

§5 - Die Sekretariatsaufgaben der Beschwerdekommision werden vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft wahrgenommen.“

Art. 8 – In denselben Abschnitt desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.I.6.3 eingefügt:

„Art. D.I.6.3 - Der Vorsitzende und die Mitglieder der Beschwerdekommision sowie die Fachleute, die in Anwendung von Artikel D.I.6.2 §4 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.“

Art. 9 – In Buch I Einziger Titel desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel V.1, das den Artikel D.I.12.1 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL V.1 – FONDS FÜR DIE NACHHALTIGKEIT“

Art. 10 – In Buch I Einziger Titel Kapitel V.1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.I.12.1 eingefügt:

„Art. D.I.12.1 - §1 – Es wird ein Fonds für die Nachhaltigkeit geschaffen. Der Fonds entspricht einem Haushaltsfonds gemäß Artikel 56 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Fonds bezweckt die Bildung und Verwaltung von finanziellen Rücklagen mit der Absicht, Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu realisieren oder zu unterstützen.

§2 – Die Einnahmen des Fonds setzen sich zusammen aus:

1. Einnahmen, die als finanzieller Gegenwert zusätzlich zu oder als Ersatz für raumplanerische oder alternative Ausgleichmaßnahmen bei Revisionen des Sektorenplans gemäß Artikel D.II.45 §§3 bis 5 gefordert werden;

2. Einnahmen aus den Vergleichsbeträgen, die gemäß Artikel D.VII.18 an die

Deutschsprachige Gemeinschaft gezahlt werden;

3. Einnahmen aus den administrativen Geldbußen, die gemäß Artikel D.VII.21 an die Deutschsprachige Gemeinschaft gezahlt werden;

4. Einnahmen aus den Zahlungen von Geldsummen, die repräsentativ sind für den durch den Verstoß erzielten Mehrwert des Gutes, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß den Artikeln D.VII.13 und D.VII.22 zugesprochen werden;

5. der im Einnahmenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Erfüllung der Aufgaben des Fonds als zweckbestimmte Einnahmen vorgesehene Teil der Globaldotation;

6. Einnahmen aus Schenkungen oder Legaten.

§3 – Die Ausgaben können Entschädigungen, Zuschüsse oder Leistungen betreffen, einschließlich Personal-, Betriebs-, Investitions- oder sonstige Kosten in Zusammenhang mit Aktionen oder Aufgaben, die im Rahmen des Fonds beschlossen werden und von spezifischem Fachpersonal oder Drittpersonen ausgeführt werden.“

Art. 11 – In Buch I Einziger Titel Kapitel VII Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.I.17.1 eingefügt:

„Art. D.I.17.1 – §1 – Die Beschwerden, deren Hinterlegung, die durch einen Hinterlegungsbescheid bescheinigt wird, oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor der Einsetzung der in Artikel D.I.6 erwähnten Beschwerdekommision erfolgte, werden auf der Grundlage der am Tag vor der Einsetzung der Beschwerdekommision anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft.

Für die Bearbeitung der in Absatz 1 erwähnten Beschwerden bleibt die beratende Kommission für Beschwerden in ihrer zu diesem Zeitpunkt geltenden Besetzung ordnungsgemäß gebildet und prüft die Beschwerden gemäß den Bestimmungen von Artikel D.IV.66 in seiner am Tag vor der Einsetzung der Beschwerdekommision anwendbaren Fassung. Die Regierung beschließt über die Beschwerden gemäß den Bestimmungen der Artikel D.IV.67 bis 69 in ihrer am Tag vor der Einsetzung der Beschwerdekommision anwendbaren Fassung.

§2 – In den Fällen, in denen ein gemäß Artikel D.IV.67 gefasster Beschluss der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch den Staatsrat für nichtig erklärt wurde und demnach ein neuer Beschluss gefasst werden muss, wird das Verfahren auf der Grundlage der am Tag des Entscheids des Staatsrats anwendbaren Bestimmungen fortgeführt.“

Art. 12 – Die Überschrift von Buch II desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:
„BUCH II – PLANUNG UND AREALE“

Art. 13 – Artikel D.II.7 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §6 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „Wenn ein oder mehrere Gemeinderäte das plurikommunale Entwicklungsschema nicht angenommen haben,“ durch die Wortfolge „Wenn nur ein Teil der betreffenden Gemeinderäte das plurikommunale Entwicklungsschema angenommen hat,“ ersetzt.

2. §7 Absatz 4 wird aufgehoben.

Art. 14 – In Artikel D.II.8 §1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „, wenn die Revision mehrere Gemeinden betrifft“ eingefügt.

Art. 15 – Artikel D.II.12 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „plurikommunalen Entwicklungsschemen und lokalen Orientierungsschemen und den kommunalen Leitfaden“ durch die Wortfolge „Schemen und/oder Leitfäden“ ersetzt.

2. In §4 Absatz 1 wird die Wortfolge „die plurikommunalen Entwicklungsschemen und

lokalen Orientierungsschemen und den kommunalen Leitfaden, so wie sie in der Liste nach Paragraph 3 Absatz 1 identifiziert wurden, gegebenenfalls“ durch die Wortfolge „gegebenenfalls die gelisteten Schemen und/oder Leitfäden“ ersetzt.

3. In §5 Absatz 2 wird die Wortfolge „plurikommunalen Entwicklungsschemen und der lokalen Orientierungsschemen und des kommunalen Leitfadens“ durch die Wortfolge „Schemen und/oder Leitfäden“ ersetzt.

4. §5 Absatz 5 wird aufgehoben.

Art. 16 – Artikel D.II.15 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Ein plurikommunales Entwicklungsschema kann zudem in folgenden Fällen ganz oder teilweise aufgehoben werden:

1. bei der Annahme oder Revision des Sektorenplans;
2. bei der Annahme oder Revision eines anderen plurikommunalen Entwicklungsschemas oder eines kommunalen Entwicklungsschemas.“

2. In §2 Absatz 3 wird Satz 1 gestrichen und in Satz 2 die Wortfolge „In diesem Fall und zusätzlich“ durch das Wort „Zusätzlich“ ersetzt.

Art. 17 – In Artikel D.II.21 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird folgender §5 eingefügt:

„§5 – Die Regierung erstellt eine Koordinierung der im deutschen Sprachgebiet geltenden Sektorenpläne, die „Sektorenplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ genannt wird.“

Art. 18 – Artikel D.II.25bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Walonischen Region vom 16. November 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge „Parzellierungsgenehmigung oder eine Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Parzellierungs-, Verstädterungs-, oder Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 19 – In Artikel D.II.42 §1 Nummer 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „der Nähe zu in Artikel D.V.14 erwähnten bevorzugten Initiativgebieten,“ gestrichen.

Art. 20 – Artikel D.II.45 §3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „, oder durch die Zahlung eines Ausgleichsbetrags zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für die Nachhaltigkeit“ eingefügt.

2. Folgender Absatz wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, eingefügt:

„Die Zahlung eines Ausgleichsbetrags zielt darauf ab, gemäß Artikel D.I.12.1 Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu finanzieren.“

3. In Absatz 4 wird die Wortfolge „für raumplanerische oder alternative Ausgleichsmaßnahmen, oder aber für eine Kombination aus beiden“ durch die Wortfolge „für raumplanerische Ausgleichsmaßnahmen, für alternative Ausgleichsmaßnahmen oder für die Zahlung eines Ausgleichsbetrags, oder aber für eine Kombination aus diesen Maßnahmen“ ersetzt.

4. In Absatz 5 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Zahlung des Ausgleichsbetrags kann in mehreren Tranchen erfolgen.“

5. Folgender Absatz wird nach Absatz 6 eingefügt:

„Was die Zahlung eines Ausgleichsbetrags betrifft, bestimmt die Regierung die Modalitäten für die Berechnung und die Einzahlung des Betrags unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.“

Art. 21 – In Artikel D.II.46 desselben Gesetzbuches wird nach Absatz 2 folgender Absatz eingefügt:

„Ist ein Umweltverträglichkeitsbericht zu erstellen, bestimmt die Regierung in Anwendung des Artikels D.VIII.33 gleichzeitig den Inhaltsentwurf dieses Umweltverträglichkeitsberichts und holt die notwendigen Stellungnahmen ein.“

Art. 22 – Artikel D.II.47 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 wird das Wort „Informationsversammlung“ durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt.

2. In §3 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Ist ein Umweltverträglichkeitsbericht zu erstellen, bestimmt die Regierung in Anwendung des Artikels D.VIII.33 gleichzeitig den Inhaltsentwurf dieses Umweltverträglichkeitsberichts und holt die notwendigen Stellungnahmen ein.“

Art. 23 – Artikel D.II.48 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 wird das Wort „Informationsversammlung“ durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt.

2. In §5 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Ist ein Umweltverträglichkeitsbericht zu erstellen, bestimmt die Regierung in Anwendung des Artikels D.VIII.33 gleichzeitig den Inhaltsentwurf dieses Umweltverträglichkeitsberichts und holt die notwendigen Stellungnahmen ein.“

Art. 24 – Artikel D.II.51 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 2 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3° wenn erwogen wird, ein Areal für einen Sanierungsstandort in Anwendung von Artikel D.II.57.5 einzurichten, die in Artikel D.II.57.3 erwähnte Akte; diese wird von der in Artikel D.II.57.2 genannten Person erstellt und die Stellungnahmen gemäß Artikel D.II.57.4 Nummern 1 und 3 werden der Akte beigefügt.“

2. In §1 Absatz 3 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt.

3. In §1 Absatz 4 wird die Angabe „Artikel D.V.2 §2“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.2“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 §4“ wird durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 §2“ ersetzt.

4. In §4 Absatz 3 wird die Angabe „Artikel D.V.2 §8“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.5“ ersetzt, die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 §7“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 §5“ ersetzt.

5. In §5 Absatz 2 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt, die Angabe „Artikel D.V.2 §7“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 §5“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 §4“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 §2“ ersetzt.

Art. 25 – Artikel D.II.52 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 wird die Angabe „Artikel D.V.1 Ziffer 1“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.1 Nummer 3“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 §1 Ziffer 2“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.2“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 3 wird die Angabe „Artikel D.V.2 §1 Ziffer 2“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 2“ ersetzt

3. §1 Absatz 4 Nummer 6 wird wie folgt ersetzt:

„6° wenn erwogen wird, ein Areal für einen Sanierungsstandort in Anwendung von Artikel D.II.57.5 einzurichten, die in Artikel D.II.57.3 erwähnte Akte; diese wird von der in Artikel D.II.57.2 §1 Nummer 2 genannten Person erstellt und die Stellungnahmen gemäß Artikel D.II.57.4 §1 Nummern 1 und 3 werden der Akte beigefügt.“

4. In §1 Absatz 5 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt.

4. In §1 Absatz 6 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt, die Angabe „Artikel D.V.2 §2“ durch die Angabe „Artikel

D.II.57.4 §1“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 §4“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 §2“ ersetzt.

5. In §5 Absatz 3 wird die Angabe „Artikel D.V.2 §8“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.5“ ersetzt, die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 §7“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 §5“ ersetzt.

6. In §6 wird die Angabe „Artikel D.V.2 §1 Ziffer 2“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.2 Nummer 2“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 §1 Ziffer 2“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.2 Nummer 2“ ersetzt.

7. In §7 Absatz 2 wird die Wortfolge „neu zu gestaltenden Standort“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt, die Angabe „Artikel D.V.2 §4“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 §5“ ersetzt und die Angabe „Artikel D.V.2 §4“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4 §2“ ersetzt.

Art. 26 – Artikel D.II.54 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge „in der Empfangsbestätigung“ durch die Wortfolge „im Bescheid über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

2. In §2 Absatz 6 Nummer 5 wird das Wort „Informationsversammlung“ durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt.

Art. 27 – In Artikel D.II.55 desselben Gesetzbuches werden nach dem Absatz 3 folgende Absätze eingefügt:

„Für die Festlegung der Ausmaße der Gebiete sind die Messungen auf Basis der grafischen Vorschriften ausschlaggebend.“

Die Breite des Abgrenzungsstriches eines verstädterbaren Gebietes auf dem Sektorenplan gilt als diesem Gebiet zugehörend. Die Außengrenze des verstädterbaren Gebietes wird durch die Außengrenze des Striches materialisiert.“

Art. 28 – In Buch II desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird folgender Titel II.1, der die Artikel D.II.57.1 bis D.II.57.10 umfasst, eingefügt:

„TITEL II.1 – AREALE“

Art. 29 – In Buch II Titel II.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel I, das den Artikel D.II.57.1 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL I – ALLGEMEINES“

Art. 30 – In Buch II Titel II.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.57.1 eingefügt:

„Art. D.II.57.1 – §1 – Für die Anwendung des vorliegenden Titels versteht man unter:

1. Standort: ein Immobiliengut bzw. eine Gruppe von Immobiliengütern, das bzw. die zu anderen Tätigkeiten als zu Wohnzwecken bestimmt wurde oder war, und dessen bzw. deren Aufrechterhaltung in dem gegenwärtigen Zustand den Grundsätzen einer zweckmäßigen Raumordnung zuwiderläuft oder eine Destrukturierung des verstädterten Gefüges verursacht. Nur die den Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen entsprechenden Tätigkeiten sind in Betracht zu ziehen. Der Standort befindet sich innerhalb der Grenzen des Areals, der die Gruppe der obenerwähnten Immobiliengüter umfasst. Das Areal kann ebenfalls Folgendes umfassen:

a) ein oder mehrere Immobiliengüter oder Teile von Immobiliengütern, die noch für eine Tätigkeit benutzt werden, insofern die Neugestaltung des Standorts die Fortsetzung dieser Tätigkeit erlaubt;

b) ein oder mehrere Immobiliengüter oder Teile von Immobiliengütern, die der Sitz einer Tätigkeit sind, jedoch prekär benutzt werden;

c) ein oder mehrere Immobiliengüter oder Teile von Immobiliengütern, die zu

Wohnzwecken dienen oder bestimmt sind.

Ein Standort, der in einem Freizeitgebiet im Sektorenplan gelegen ist und der durch die Durchführung des Planes „dauerhaftes Wohnen“ betroffen ist, kann als Standort im Sinne des vorliegenden Artikels gelten.

2. Einen Standort neugestalten: an diesem Standort Handlungen und Arbeiten zur Sanierung, Renovierung und Grundstücksanierung im Sinne von Artikel 2 Nummer 14 des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung, sowie Bau- oder Wiederaufbauhandlungen und -arbeiten, einschließlich der damit verbundenen Studien, unternehmen. Die Regierung kann die Liste der Handlungen und Arbeiten festlegen.

3. Städtische Flurbereinigung: jedes städtebauliche Projekt zur Wiederaufwertung und Entwicklung städtischer Funktionen, das die Schaffung, die Änderung, die Erweiterung, die Abschaffung oder die Überdeckung von Straßen und öffentlichen Räumen mit sich bringt. Die städtische Flurbereinigung befindet sich innerhalb der Grenzen des Areals, der das obenerwähnte städtebauliche Projekt umfasst.

§2 – Die Areale für Sanierungsstandorte und die Areale für eine städtische Flurbereinigung werden aus operativen Gründen bestimmt, unabhängig von den Sektorenplänen, Schemen und Leitfäden.“

Art. 31 – In Buch II Titel II.1 desselben Gesetzbuches, wird folgendes Kapitel II, das die Artikel D.II.57.2 bis D.II.57.6 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL II – VERFAHREN“

Art. 32 – In Buch II Titel II.1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 1, der die Artikel D.II.57.2 bis D.II.57.3 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 1 – Initiativrecht und Vorschlag“

Art. 33 – In Buch II Titel II.1 Kapitel II Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.57.2 eingefügt:

„Art. D.II.57.2 – Die Regierung kann die Bestimmung eines Areals für Sanierungsstandort oder eines Areals für eine städtische Flurbereinigung festlegen:

1. entweder aus eigener Initiative;
2. oder auf Vorschlag einer Gemeinde, einer Interkommunalen, zu deren Gesellschaftszweck die Raumordnung oder das Wohnungswesen gehört, einer Gemeindevereinigung, eines öffentlichen Sozialhilfezentrums, einer Gemeinderegierung, der Gesellschaft zur Erneuerung und Sanierung der Industriestandorte („Société de rénovation et d'assainissement des sites industriels“ (SORASI)), der im deutschen Sprachgebiet zugelassenen Wohnungsbaugesellschaften öffentlichen Dienstes, der in Artikel 39 des Dekrets vom 27. Juni 1996 über die Abfälle erwähnten öffentlichen Gesellschaft für die Förderung der Umweltqualität („Société publique d'aide à la qualité de l'environnement“ (SPAQuE));

3. oder auf Vorschlag eines oder mehrerer Eigentümer oder Inhaber eines dinglichen Rechts.

Gegebenenfalls begründet die Regierung unter Berücksichtigung von Artikel D.68 des Buches I des Umweltgesetzbuches ihren Beschluss, die zwecks der Sanierung und Renovierung des Standorts geplanten Handlungen und Arbeiten einer oder keiner Umweltverträglichkeitsstudie zu unterziehen.

Der Erlass wird in Übereinstimmung mit Artikel D.VIII.22 ff. veröffentlicht.“

Art. 34 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel D.II.57.3 eingefügt:

„Art. D.II.57.3 – Der Vorschlag der Regierung gemäß Artikel D.II.57.2 beruht auf einer Akte, die Folgendes enthält:

1. die Angabe und Rechtfertigung der Grenzen des Areals unter Berücksichtigung der in

Artikel D.57.II.1 aufgeführten Kriterien;

2. eine Karte zur Darstellung des Areals nach dem von der Regierung festgelegten Muster;

3. die Angabe der geplanten Handlungen und Arbeiten;

4. eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder den begründeten Antrag zur Befreiung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß Artikel D.VIII.31.

Für den Sanierungsstandort wird zusätzlich eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. eine Umweltverträglichkeitsstudie bezüglich der geplanten Handlungen und Arbeiten in Anwendung der Bestimmungen des Umweltgesetzbuches beigefügt.

Für die städtische Flurbereinigung wird zusätzlich die Darstellung des städtebaulichen Projekts mit folgenden Angaben beigefügt:

1. ein Bericht mit der Darstellung der geplanten Handlungen und Arbeiten, ihrer Zweckbestimmung, den raumordnerischen Optionen und der Architektur des Projekts. Dieser Bericht wird auf der Grundlage folgender Elemente erstellt:

a) ein Lageplan, der die Lokalisierung des durch das Projekt betroffenen Guts im Verhältnis zum Kern der Ortschaft und die wichtigsten Zufahrtstraßen darstellt, mit Angabe ihrer Rechtsstellung und ihrer Bezeichnung;

b) die Rechtslage mit folgenden Angaben:

- die Zweckbestimmung des durch das Projekt betroffenen Gutes gemäß dem Sektorenplan;

- gegebenenfalls seine Lage im plurikommunalen Entwicklungsschema und in den kommunalen Schemen, hinsichtlich der Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung, ob das Gut dem regionalen Leitfaden und/oder dem kommunalen Leitfaden für den Städtebau unterliegt;

c) der raumplanerische und landschaftliche Kontext, mit Angabe folgender Elemente:

- die Orientierung;

- die Zufahrtsstraßen, einschließlich ihrer Einrichtungen und Ausstattungen sowie ggf. der geplanten Änderungen;

- gegebenenfalls die Abschaffung einer bestehenden Straße oder die Schaffung von neuen Straßen und öffentlichen Räumen;

- die Lage, die Abmessungen, die Art oder Zweckbestimmung der bestehenden Bauten auf dem durch das Projekt betroffenen Gut und in einem Umkreis von 50 Metern;

- gegebenenfalls eine Begründung der beantragten Abweichungen und Ausnahmen angesichts der Artikel D.IV.5 und D.IV.13;

d) ein Fotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der die nummerierte Angabe der Aufnahmen des Fotoberichts auf einem Plan enthält;

2. einen Nutzungsplan des Areals, mit folgenden Angaben:

a) Standort und Baumasse der bestehenden und geplanten Bauten für das gesamte Areal;

b) die aufrechterhaltene oder geplante Einrichtung der noch nicht errichteten Bauwerke im betroffenen Areal, einschließlich der Straßen und öffentlichen Räume, der Parkplätze, der bestehenden und geplanten Vegetation;

3. eine aussagekräftige 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts.“

Art. 35 – In Buch II Titel II.1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 2, der die Artikel D.II.57.4 bis D.II.57.6 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 2 – Verfahren“

Art. 36 – In Buch II Titel II.1 Kapitel II Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.57.4 eingefügt:

„Art. D.II.57.4 – §1 – Die Regierung übermittelt den in Artikel D.II.57.1 genannten Erlass

und die in Artikel D.II.57.3 genannte Akte an folgenden Instanzen, die sie um Stellungnahme ersucht, sofern das Areal nicht auf deren Initiative beruht:

1. dem Gemeindekollegium der Gemeinde(n), in der bzw. denen das Areal gelegen ist;
2. den Eigentümern der vom Areal betroffenen Immobiliengüter, nach den Katasterangaben;
3. dem Kommunalausschuss, oder, wenn es diesen nicht gibt, dem Beirat;
4. jeder Person, Instanz oder Dienststelle, deren Beratung sie als nützlich erachtet.

Der Vorschlag zur Bestimmung eines Areals für eine städtische Flurbereinigung wird zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten Instanzen dem Gemeinderat der Gemeinde(n), in der bzw. denen das Areal gelegen ist, zur Stellungnahme übermittelt. Ist die Stellungnahme des Gemeinderats ungünstig, so wird das Verfahren zur Bestimmung eines Areals für eine städtische Flurbereinigung nicht weitergeführt.

Die in Absatz 1 und 2 genannten Stellungnahmen werden der Regierung innerhalb von 60 Tagen nach dem Empfang des Erlasses übermittelt. Nicht übermittelte Stellungnahmen werden als günstig gewertet.

§2 – Der bzw. die Eigentümer sind verpflichtet, jeden Inhaber eines dinglichen Rechts, jeden Mieter bzw. jeden Benutzer des betreffenden Immobiliengutes sowie jede Person, die sie damit beauftragt oder der sie erlaubt haben könnten, Arbeiten an dem betreffenden Gut auszuführen, innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Empfang des Erlasses der Regierung darüber zu informieren. In der Sendung an die Eigentümer wird diese Pflicht vermerkt.

§3 – Innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Empfang des Erlasses der Regierung wird dieser vom Gemeindekollegium einer öffentlichen Untersuchung unterbreitet. Wenn mehrere Gemeinden vom Areal betroffen sind, wird eine öffentliche Untersuchung in jeder von ihnen durchgeführt.

Das Gemeindekollegium, bzw. die Gemeindekollegien übermitteln der Regierung die Ergebnisse der öffentlichen Untersuchung.

§4 – Gegebenenfalls wird das Areal auf der Grundlage der in §1 erwähnten Stellungnahmen und der Ergebnisse der öffentlichen Untersuchung geändert oder ergänzt.

§5 – Das Areal für den Sanierungsstandort oder für eine städtische Flurbereinigung wird von der Regierung endgültig festgelegt.

Gegebenenfalls, wenn eine Begründung in Bezug auf Artikel D.64 und D.68 des Buches I des Umweltgesetzbuches vorliegt, genehmigt sie die zwecks der Sanierung und der Renovierung des Standorts geplanten Handlungen und Arbeiten.

§6 – Der Erlass der Regierung wird in Übereinstimmung mit Artikel D.VIII.22 ff. veröffentlicht.

Die Regierung übermittelt den in §1 genannten Empfängern eine Kopie des Erlasses.

Innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Empfang der Kopie des Erlasses informieren der bzw. die Eigentümer die in §2 genannten Personen darüber. In der Sendung an die Eigentümer wird diese Pflicht vermerkt.“

Art. 37 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel D.II.57.5 eingefügt:

„Art. D.II.57.5 – Das Areal für den Sanierungsstandort kann von der Regierung

gleichzeitig mit der Eintragung eines Gebiets von regionaler Bedeutung, eines Gebiets von kommunaler Bedeutung oder eines zur Verstädterung bestimmten Gebiets, das gemäß Artikel D.II.51 und D.II.52 keine Ausgleichsmaßnahme erfordert, festgelegt werden.“

Art. 38 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel D.II.57.6 eingefügt:

„Art. D.II.57.6 – §1 – Die Regierung kann die Grenzen des Areals für einen Sanierungsstandort oder des Areals für eine städtische Flurbereinigung nach endgültiger Festlegung abändern. Die Bestimmungen zur Festlegung des Areals finden auf dessen Revision Anwendung.“

§2 – Die Regierung kann das Areal für einen Sanierungsstandort oder das Areal für eine städtische Flurbereinigung nach endgültiger Festlegung teilweise oder ganz abschaffen:

1. am Abschluss der Neugestaltung des Standorts oder am Ende der Durchführung des städtebaulichen Projektes;
2. oder wenn die Gründe, die zur Anerkennung als Sanierungsstandort oder zur städtischen Flurbereinigung geführt haben, überholt sind.

Die Bestimmungen zur Festlegung des Areals finden auf dessen Abschaffung Anwendung.“

Art. 39 – In Buch II Titel II.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel III, das die Artikel D.II.57.7 bis D.II.57.10 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL III – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR SANIERUNGSSTANDORTE“

Art. 40 – In Buch II Titel II.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.57.7 eingefügt:

„Art. D.II.57.7 – Die Regierung kann Verfahrensvorschriften für die Ermittlungen bestimmen, die hinsichtlich der Sammlung von Auskünften, die der Anwendung des vorliegenden Titels und seiner Durchführungserlasse im Hinblick auf die Sanierungsstandorte dienen, erforderlich sind. Sie bestimmt die Bediensteten, die für die Durchführung dieser Ermittlungen befugt sind.“

Die mit den Ermittlungen und Kontrollen beauftragten Bediensteten dürfen u.a.:

1. sich auf erste Anforderung alle zur Durchführung ihres Auftrags erforderlichen Dokumente, Unterlagen oder Bücher vorlegen lassen oder sie ausfindig machen;
2. Fotokopien von Dokumenten, die unter ihre Kontrolle fallen, anfertigen oder anfertigen lassen und mit Hilfe von Fotos Feststellungen machen;
3. mit Zustimmung des Polizeirichters zwischen 8:00 und 18:00 Uhr die auf dem Sanierungsstandort liegenden Immobilien betreten;
4. den Standort betreten mit der Absicht, Bodenentnahmen oder -analysen zur Bestimmung oder Messung der eventuellen Bodenverseuchung vorzunehmen oder vornehmen zu lassen.

Die in vorliegendem Artikel erwähnten Bediensteten können Vertreter der Staatsgewalt anfordern, die sie bei der Ausübung ihres Auftrages unterstützen müssen.“

Art. 41 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.II.57.8 eingefügt:

„Art. D.II.57.8 – Sofern die Regierung es nicht ausdrücklich ausschließt, gilt der Erlass zur endgültigen Festlegung eines Areals für einen Sanierungsstandort als Städtebaugenehmigung für die Durchführung der Handlungen und Arbeiten zur Sanierung und Renovierung des Standorts.“

Art. 42 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.II.57.9 eingefügt:

„Art. D.II.57.9 – §1 – Ab dem Datum des Empfangs des in Artikel D.II.57.2 genannten

Erlasses bis zur Abschaffung des Areals durch Erlass gemäß Artikel D.II.57.6 dürfen die Eigentümer ohne vorherige Genehmigung der Regierung oder der von ihr zu diesem Zweck bestellten Person die im vorgeschlagenen oder endgültig festgelegten Areal des Sanierungsstandorts befindlichen Güter weder veräußern noch mit dinglichen Rechten belasten.

Die Regierung oder die von ihr zu diesem Zweck bestellte Person übermittelt ihre Entscheidung innerhalb von 30 Tagen nach dem Empfang des ihr gestellten Antrags zur Veräußerung. Ist dies nicht der Fall, gilt die Entscheidung als günstig.

Wenn die Regierung oder die von ihr zu diesem Zweck bestellte Person die Veräußerung oder die Bildung eines dinglichen Rechts genehmigt hat oder ihre Entscheidung als günstig gilt, hat der neue Inhaber des dinglichen Rechts die gleichen Verpflichtungen wie der vorherige Inhaber.

§2 - Bei Nichtbeachtung der aus §1 hervorgehenden Verpflichtungen kann jede Abtretung oder Bildung eines dinglichen Rechts auf Anfrage der Deutschsprachigen Gemeinschaft für nichtig erklärt werden.

§3 - Der öffentliche Amtsträger, der ohne die vorherige, in §1 erwähnte Erlaubnis eine Urkunde zur Abtretung oder Bildung eines dinglichen Rechts erstellt, kann mit einer Geldbuße von 12,50 bis 125 Euro belegt werden, ohne Berücksichtigung des Schadenersatzes.“

Art. 43 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.II.57.10 eingefügt:

„Art. D.II.57.10 – §1 – Jeder Eigentümer oder Inhaber eines dinglichen Immobilienrechts mit Bezug auf Güter, die sich innerhalb des Areals für einen Sanierungsstandort befinden, kann auf Antrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der in Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 3 genannten Personen verpflichtet werden, die Studien und Arbeiten durchzuführen, die sowohl auf Landschafts- als auch auf Umweltebene eine Wiederherstellung der Ortsansicht bewirken.

Bei Nichtbeachtung der in Absatz 1 genannten Bestimmungen kann der Eigentümer oder Inhaber eines dinglichen Rechts durch das zuständige Gericht dazu verpflichtet werden.

Bei Nichtausführung der in Absatz 1 genannten Arbeiten innerhalb der durch das Gericht vorgeschriebenen Frist werden diese auf Veranlassung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der in Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 3 genannten Person zu Lasten des Eigentümers oder Inhabers eines dinglichen Immobilienrechts ausgeführt.

Im Falle der Nichtrückerstattung der Kosten bei erstem Andringen kann die Deutschsprachige Gemeinschaft im Namen der in Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 3 genannten Person die Enteignung der Güter gemäß Artikel D.VI.1 ff. vornehmen oder vornehmen lassen. In diesem Fall wird der durch die bereits ausgeführten Arbeiten entstandene Mehrwert nicht berücksichtigt.

§2 - Die in Anwendung von §1 durch Richterspruch befohlenen Sanierungs- und Renovierungsarbeiten werden ausgeführt, ohne dass eine Genehmigung erforderlich ist.“

Art. 44 – In Buch II Titel III desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. November 2017, wird folgendes Kapitel V, das die Artikel D.II.69 und D.II.70 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL V – AREALE“

Art. 45 – In Buch II Titel III Kapitel V desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.II.69 eingefügt:

„Art. D.II.69 – Jeder endgültig anerkannte neu zu gestaltende Standort gilt als von der Regierung in Anwendung von Artikel D.II.57.4 §5 festgelegtes Areal für einen Sanierungsstandort.“

Art. 46 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.II.70 eingefügt:

„Art. D.II.70 – Jedes endgültig anerkannte Areal für eine städtische Flurbereinigung gilt als von der Regierung in Anwendung von Artikel D.II.57.4 §5 festgelegtes Areal für eine städtische Flurbereinigung.“

Art. 47 – In Artikel D.III.1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Absatz nach Absatz 3 eingefügt:

„Der regionale Leitfaden kann themenspezifisch auf bestimmte Bereiche des Städtebaus ausgerichtet werden.“

Art. 48 – In Artikel D.III.4 desselben Gesetzbuches wird folgender Absatz nach Absatz 3 eingefügt:

„Der kommunale Leitfaden kann themenspezifisch auf bestimmte Bereiche des Städtebaus ausgerichtet werden.“

Art. 49 – In Artikel D.III.6 §1 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Regierung kann dem Gemeinderat einen Vorschlag für einen kommunalen Leitfaden für den Städtebau unterbreiten.“

Art. 50 – Die Überschrift von Buch IV desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:
„BUCH IV – GENEHMIGUNGEN UND STÄDTEBAUBESCHEINIGUNGEN“

Art. 51 – Artikel D.IV.1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Walonischen Region vom 26. April 2018 und das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

2. §1 Absatz 2 wird aufgehoben.

3. In §2 Absatz 1 Nummer 3 wird das Wort „unbedingt“ gestrichen.

4. In §2 wird folgender Absatz nach Absatz 1 eingefügt:

„Die Regierung kann in derselben Nomenklatur die Liste der Handlungen und Arbeiten festlegen, die nur dann mit begrenzten Auswirkungen im Sinne der Artikel D.IV.15 Absatz 2 Nummer 2 und D.IV.48 Absatz 1 Nummer 1 betrachtet werden, wenn sie in den Anwendungsbereich eines regionalen Leitfadens für den Städtebau fallen.“

5. In §3 Nummer 2 wird die Wortfolge „den Gemeinderat“ durch die Wortfolge „das Gemeindegremium“ ersetzt.

Art. 52 – Die Überschrift von Buch IV Titel I Kapitel II desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL II – HANDLUNGEN, DIE EINER ERSCHLIESSUNGSGENEHMIGUNG ODER EINER TEILUNGSGENEHMIGUNG UNTERLIEGEN“

Art. 53 – Artikel D.IV.2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 2 wird das Wort „Einrichtung“ durch das Wort „Anlage“ ersetzt.

3. In §1 Absatz 3 wird die Wortfolge „und der Pfandnutzung“ gestrichen.

4. §2 wird wie folgt ersetzt:

„§2 – Auf Vorschlag des Antragstellers oder von Amts wegen, wenn ihrer Ansicht nach die Auferlegung von Vorschriften bezüglich der betreffenden Lose nicht relevant ist, kann

die Behörde, die die Erschließungsgenehmigung ausstellt, von dem von der Genehmigung gedeckten Umkreis alle oder einige Lose ausschließen:

1. die völlig oder teilweise nicht zum Bau einer Wohnung oder zur Aufstellung einer ortsfesten oder mobilen, völlig oder teilweise zur Bewohnung geeigneten Anlage bestimmt sind, oder die aus technischen oder juristischen Gründen dazu nicht geeignet sind;
2. oder die schon bebaut sind;
3. oder die bereits für die Aufstellung einer ortsfesten oder mobilen Anlage im Sinne von Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 1 benutzt werden.

Der in Absatz 1 genannte Beschluss kann vor dem Einreichen des Antrags, im Laufe des Verfahrens oder gleichzeitig mit der Entscheidung der Behörde über den Genehmigungsantrag erfolgen.“

5. Folgender §3 wird eingefügt:

„§3 – In Abweichung von §1 unterliegen keiner Erschließungsgenehmigung, sondern einer vorherigen schriftlichen, ausdrücklichen Teilungsgenehmigung, die Aufteilung eines Gutes in mindestens drei unbebaute, zu Wohnzwecken bestimmte oder nutzbare Lose, einschließlich der diesbezüglichen Werbung oder Bekanntmachung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. das Gut liegt unmittelbar an einem öffentlichen Verkehrsweg, der ausreichend mit Strom und Wasser versorgt ist, einen festen Belag hat und eine genügende Breite aufweist;
2. die Teilung erfordert keine Eröffnung oder Änderung eines Gemeindeweges, was die Forderung von städtebaulichen Auflagen, die eine Eröffnung oder Änderung eines Gemeindeweges zur Konsequenz haben, nicht ausschließt;
3. die Teilung berücksichtigt die Ortsgegebenheiten;
4. die gesamte Fläche des Gutes übersteigt nicht zwei Hektar.

Die vorgenannte Aufteilung ist diejenige, die aufgrund jeder Urkunde zur Bestimmung, Übertragung oder Bestellung eines dinglichen Rechts mit Ausnahme der Hypothek erfolgt.“

Art. 54 – Artikel D.IV.3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

2. In Nummer 5 wird der einleitende Satz wie folgt ersetzt:

„5° im Rahmen einer Städtebaugenehmigung, die mehrere Bauten zum Gegenstand hat, die aneinander angrenzen oder nicht, aber jedenfalls ein Ganzes bilden, die völlig oder teilweise zu Wohnzwecken oder zu einer nebensächlichen Wohnungsfunktion bestimmt sind, und die Gegenstand eines einzigen Antrags sein können, nachstehend „Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten“ genannt.“

3. In Nummer 6 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

4. Nummer 7 wird wie folgt ersetzt:

„7° die Teilung eines Gutes, das sich innerhalb des in Artikel D.II.57.1 erwähnten Areals für einen Sanierungsstandort befindet;“

5. In Nummer 8 wird die Angabe „Artikel D.V.9“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.1“ ersetzt.

6. Nummer 9 wird aufgehoben.

Art. 55 – Artikel D.IV.4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort „Einrichtungen“ jeweils durch das Wort „Anlagen“ ersetzt und das Wort „Einrichtung“ durch das Wort „Anlage“ ersetzt.

2. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge „, mit Ausnahme der Abrisse, die durch den Bürgermeister bei der Ausübung der allgemeinen Verwaltungspolizei aus Sicherheitsgründen angewiesen werden“ eingefügt;

3. In Absatz 1 Nummer 5 wird das Wort „Gebäude“ durch das Wort „Bauwerk“ ersetzt

und die Wortfolge „Gebäudes bzw.“ gestrichen.

4. Absatz 4 wird wie folgt ersetzt:

„Mit Ausnahme von Handlungen und Arbeiten, die ausdrücklich von einer Genehmigungspflicht befreit sind, kann der Gemeinderat Handlungen und Arbeiten, die nicht in Absatz 1 angeführt sind, mittels Beschluss unter Genehmigungspflicht stellen, vorbehaltlich einer Begründung mit Hinweis auf den Inhalt seines kommunalen Leitfadens für den Städtebau.“

Art. 56 – Artikel D.IV.5 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2“ und das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

2. In Nummer 1 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 57 – Artikel D.IV.6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.IV.6 - Eine Städtebaugenehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann als Ausnahme zum Sektorenplan für die legal bestehenden Bauten, Anlagen oder Gebäuden bzw. Gruppen von Bauten, Anlagen oder Gebäuden, die eine funktionelle Einheit bilden, erteilt werden, wenn deren aktuelle oder zukünftige Zweckbestimmung den Vorschriften des Sektorenplans nicht entspricht und:

1. es sich um Umbau-, Vergrößerungs- oder Wiederaufbauhandlungen und -arbeiten handelt;

2. oder es sich um eine Abänderung der Zweckbestimmung und die Schaffung von Wohnungen handelt, so wie in Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 6 und 7 erwähnt.

Die Nebeneinrichtungen und zusätzlichen Einrichtungen zu den vorerwähnten Bauten, Anlagen oder Gebäuden bzw. Gruppen von Bauten, Anlagen oder Gebäuden, die von diesen getrennt sind, können ebenfalls zugelassen werden.“

Art. 58 – In Artikel D.IV.7 desselben Gesetzbuches wird zwischen dem Wort „wirtschaftlichen“ und dem Wort „oder“ das Wort „, privaten“ eingefügt.

Art. 59 – Artikel D.IV.8 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Vor Absatz 1, der zu Absatz 2 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„Zwecks der Erzeugung von Strom oder Hitze kann eine Städtebaugenehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 bezüglich der Erzeugung von Energie, die teilweise für die Kollektivität bestimmt ist, d.h. Energie, die teilweise ins Strom- oder Erdgasnetz zurückgespeist wird oder die ein Fernwärmenetz versorgt, als Ausnahme zum Sektorenplan gewährt werden.“

2. In Absatz 1, der zu Absatz 2 wird, wird die Wortfolge „einen Bau“ durch die Wortfolge „ein Bauwerk“ ersetzt.

3. In Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird das Wort „Bau“ durch das Wort „Bauwerk“ ersetzt.

4. Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt das Wort „Bau“ durch das Wort „Bauwerk“ ersetzt und das Wort „Areal“ durch das Wort „Umkreis“ ersetzt;

5. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

„Eine Städtebaugenehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann im Hinblick auf den Schutz der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen als Ausnahme zum Sektorenplan gewährt werden.“

Art. 60 – Artikel D.IV.9 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird zwischen den Wörtern „Bedingungen“ und „erfüllt“ das Wort „kumulativ“ eingefügt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigung bzw. -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2“ ersetzt.

Art. 61 – In Buch IV Titel I Kapitel IV Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019 und vom 10. Dezember 2020, wird folgender Artikel D.IV.9.1 eingefügt:

„Art. D.IV.9.1 – Eine Genehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann als Ausnahme zum Sektorenplan erteilt werden, wenn:

1. das Vorhaben die kohärente Nachverdichtung innerhalb von Verdichtungsgunstbereichen zur Folge hat; die Regierung legt die Kriterien zur Bestimmung der kohärenten Nachverdichtung innerhalb von Verdichtungsgunstbereichen fest;

2. und sich die geplanten Gebäude an einem öffentlichen Verkehrsweg befinden, der unter Berücksichtigung der Ortslage eine ausreichende Wasser-, Stromversorgung und Entwässerungsausrüstung, einen festen Belag hat und eine ausreichende Breite aufweist.“

Art. 62 – In Artikel D.IV.10 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Erschließung“ durch das Wort „Verwertung“ ersetzt.

Art. 63 – In denselben Abschnitt, abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019 und vom 10. Dezember 2020, wird folgender Artikel D.IV.10.1 eingefügt:

„Art. D.IV.10.1 – Eine Genehmigung oder eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann als Ausnahme zur Zweckbestimmung eines gemischten, industriellen oder spezifischen Gewerbegebietes erteilt werden, sofern das Vorhaben Handlungen und Arbeiten betrifft, die der Zweckbestimmung eines gemischten, industriellen oder spezifischen Gewerbegebietes entsprechen und wenn:

1. das Gelände sich direkt am Wegenetz entlang eines öffentlichen Verkehrswegs befindet, der unter Berücksichtigung der Ortslage eine ausreichende Wasser-, Stromversorgung und Entwässerungsausrüstung, einen festen Belag hat und eine ausreichende Breite aufweist;

2. und das Vorhaben mit der Nachbarschaft vereinbar ist.“

Art. 64 – In Artikel D.IV.11 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird das Wort „Ausrüstungen“ durch das Wort „Anlagen“ ersetzt.

Art. 65 – In Artikel D.IV.12 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2“ ersetzt.

Art. 66 – Im einleitenden Satz von Artikel D.IV.13 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2“ ersetzt und nach dem Wort „Ausnahmen“ das Wort „kumulativ“ eingefügt.

Art. 67 – In Artikel D.IV.15 Absatz 1 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 68 – In Artikel D.IV.16 Absatz 1 Nummer 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 69 – Artikel D.IV.22 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 wird wie folgt ersetzt:

„5° in Arealen für Sanierungsstandorte vorgenommen werden;“

2. In Absatz 1 Nummer 7 wird das Wort „Ausrüstungen“ durch das Wort „Anlagen“ ersetzt.

3. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„In Abweichung von Absatz 1 werden die Genehmigungen, die sich teilweise auf in Absatz 1 Nummer 2 oder Nummer 7 Buchstaben a) bis j) erwähnte Handlungen und Arbeiten beziehen, vom Gemeindegremium ausgestellt, vorausgesetzt dass sie nicht in Absatz 1 Nummern 1, 3 bis 6 und 8 bis 11 angeführt sind. Die Regierung kann die Liste dieser Handlungen und Arbeiten festlegen.“

4. Absatz 4, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung ist dafür zuständig, über die in Artikel D.VII.18 erwähnten Anträge zur Regularisierungsprüfung zu befinden.“

Art. 70 – Die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 3 – Beschwerdekommision“

Art. 71 – Artikel D.IV.24 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.IV.24 – Die Beschwerdekommision ist dafür zuständig, über die in Artikel D.I.6 Absatz 1 erwähnten Beschlüsse zu befinden.“

Art. 72 – Artikel D.IV.26 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

2. In §2 Absatz 2 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigungsantrags“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungsantrags“ ersetzt.

Art. 73 – In Artikel D.IV.27 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 74 – Artikel D.IV.28 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

2. In Absatz 1 Nummer 3 wird vor die Wortfolge „die technische Akte“ das Wort „ggf.“ eingefügt.

3. In Absatz 2 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ jeweils durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 75 – In Artikel D.IV.29 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 76 – Artikel D.IV.30 §2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Jeder Antrag auf eine Städtebaubescheinigung Nr. 2 beinhaltet gleichzeitig einen Antrag auf eine Städtebaubescheinigung Nr. 1.“

Art. 77 – Artikel D.IV.31 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §4 wird die Wortfolge „ohne Entscheidungsgewalt“ gestrichen und zwischen dem Wort „zugestimmt“ und dem Wort „worden“ die Wortfolge „und sein Inhalt bestätigt“ eingefügt.

2. In §4 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das Protokoll hat eine Gültigkeit von zwei Jahren ab dem Datum des Projekttreffens.“

3. In §5 Absatz 1 Nummer 2 wird wie Angabe „15.000 m²“ durch die Angabe „1.500 m²“ ersetzt.

4. In §5 Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe „150 Wohnungen“ durch die Angabe „50 Wohnungen“ ersetzt.

5. In §6 wird der folgende Satz eingefügt:

„Fällt das Treffen zwischen dem 16. Juli und dem 15. August oder zwischen dem 24. Dezember und dem 1. Januar, wird die Frist von Rechts wegen um 15 Tage verlängert.“

6. Folgender §7 wird eingefügt:

„§7 – Mit dem Einverständnis des Projektträgers kann die zuständige Behörde das Projekttreffen per Videokonferenz abhalten.“

Art. 78 – Artikel D.IV.31.1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „ohne Entscheidungsgewalt“ gestrichen und zwischen dem Wort „zugestimmt“ und dem Wort „worden“ die Wortfolge „und sein Inhalt bestätigt“ eingefügt.

2. §3 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Dieser Vermerk ist verbindlich für den Projektträger.“

3. In §4 wird folgender Satz eingefügt:

„Fällt das Treffen zwischen dem 16. Juli und dem 15. August oder zwischen dem 24. Dezember und dem 1. Januar, wird die Frist von Rechts wegen um 15 Tage verlängert.“

Art. 79 – Artikel D.IV.32 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Empfangsschein“ durch das Wort „Hinterlegungsbescheid“ ersetzt.

2. In Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort „Empfangsschein“ durch das Wort „Hinterlegungsbescheid“ ersetzt.

Art. 80 – Artikel D.IV.33 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.IV.33 – §1 – Binnen zwanzig Tagen nach Eingang des eingesandten Antrags auf Genehmigung bzw. auf Städtebaubescheinigung Nr. 2 oder seines Hinterlegungsbescheids übermittelt die zuständige Behörde oder die Person, die sie zu diesem Zweck bevollmächtigt hat, dem Antragsteller:

1. wenn der Antrag als vollständig und zulässig erachtet wird, einen Bescheid über die formelle Vollständigkeit. Eine Abschrift wird dem Projektautor übermittelt;

2. wenn der Antrag als unvollständig erachtet wird, per Einsendung ein Verzeichnis der fehlenden Unterlagen und deutet darauf hin, dass das Verfahren erst ab deren Empfang fortgesetzt wird. Eine Abschrift wird dem Projektautor übermittelt. Der Antragsteller verfügt über eine Frist von 180 Tagen, um den Antrag zu vervollständigen. Andernfalls wird der Antrag für unzulässig erklärt.

§2 – Ist das Gemeindegremium die zuständige Behörde und hat es in der in §1 genannten Frist weder den Bescheid über die formelle Vollständigkeit, noch das Verzeichnis der fehlenden Unterlagen übermittelt, wird der Antrag als zulässig betrachtet und wird das Verfahren fortgesetzt, wenn der Antragsteller der Regierung in einer Frist von zehn Tagen ab Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist folgende Dokumente zukommen lässt:

1. eine Kopie der Akte, die er ursprünglich an das Gemeindegremium gerichtet hat;

2. den Beleg der Einsendung oder den Hinterlegungsbescheid, die in Artikel D.IV.32 erwähnt sind.

Der Antragsteller setzt gleichzeitig das Gemeindegremium davon in Kenntnis.

Die Regierung bestimmt die einzuholenden Stellungnahmen und die Frist, in der das

Gemeindekollegium die Entscheidung über den Antrag treffen muss, und setzt den Antragsteller, den Projektautor und das Gemeindekollegium davon in Kenntnis. Für das Gemeindekollegium ist die Frist verbindlich.

Bei fehlender Übermittlung der Dokumente an die Regierung gemäß Absatz 1 ist der Antrag unzulässig und das Verfahren wird eingestellt.

Wenn die Regierung dem Antragsteller den in §1 Nummer 1 genannten Bescheid über die formelle Vollständigkeit oder das in §1 Nummer 2 erwähnte Verzeichnis der fehlenden Unterlagen binnen zwanzig Tagen nicht zugesandt hat, wird der Antrag als zulässig betrachtet und das Verfahren fortgesetzt.“

Art. 81 – Artikel D.IV.34 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge „in der Empfangsbestätigung des vollständigen Antrags“ durch die Wortfolge „im Bescheid über die formelle Vollständigkeit des Antrags“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „In der Empfangsbestätigung“ durch die Wortfolge „Im Bescheid über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

3. Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt: „Im Bescheid über die formelle Vollständigkeit wird ebenfalls erwähnt, dass die unter Nummer 5 erwähnte Frist von dem Gemeindekollegium oder der Regierung mittels Begründung um 30 Tage verlängert werden kann.“

4. Absatz 4 wird wie folgt ersetzt:

„In dem von dem Gemeindekollegium ausgestellten Bescheid über die formelle Vollständigkeit wird der Wortlaut des Artikels D.IV.47 wiedergegeben.“

5. In Absatz 5 wird die Wortfolge „der Empfangsbestätigung“ durch die Wortfolge „des Bescheids über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

Art. 82 – In Artikel D.IV.35 §2 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „können das Gemeindekollegium und die Regierung“ durch die Wortfolge „kann die zuständige Behörde“ ersetzt und das Wort „erachten“ durch das Wort „erachtet“ ersetzt.

Art. 83 – Artikel D.IV.36 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Gleichzeitig mit der Empfangsbestätigung des vollständigen Antrags übermittelt das Gemeindekollegium oder die Regierung je nach Fall“ durch die Wortfolge „Gleichzeitig mit dem Bescheid über die formelle Vollständigkeit des Antrags übermittelt die zuständige Behörde“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „innerhalb derselben Frist“ durch das Wort „gleichzeitig“ und die Wortfolge „der Empfangsbescheinigung“ durch die Wortfolge „des Bescheids über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge „innerhalb derselben Frist“ durch das Wort „gleichzeitig“ und die Wortfolge „der Empfangsbescheinigung“ durch die Wortfolge „des Bescheids über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

Art. 84 – In Artikel D.IV.40 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigungen“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungen“ ersetzt.

Art. 85 – Artikel D.IV.41 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „bei Vollständigkeit des Antrags auf eine Genehmigung oder auf eine Städtebaubescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „bei formeller Vollständigkeit des Antrags“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „bei Vollständigkeit des Antrags auf eine Genehmigung oder auf eine Städtebaubescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „bei formeller Vollständigkeit des Antrags“ ersetzt.

Art. 86 – Artikel D.IV.42 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.IV.42 - §1 – Vor dem Beschluss der zuständigen Behörde gemäß Artikel D.IV.46 Absatz 1 oder Artikel D.IV.48 Absatz 1 kann der Antragsteller auf Anfrage der zuständigen Behörde oder mit ihrem Einverständnis Änderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie einreichen.

Wenn die Regierung die zuständige Behörde ist, wird die Stellungnahme des Gemeindegremiums ersucht. Wenn das Gemeindegremium die zuständige Behörde ist und die Stellungnahme der Regierung einzuholen war oder eingeholt wurde, wird die Stellungnahme der Regierung erneut ersucht.

§2 – Die Änderungspläne und der Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz können neuen Bekanntmachungsmaßnahmen durch Vermittlung der Gemeinde, und der erneuten Stellungnahme der vorher im Laufe des Verfahrens zu Rate gezogenen Dienststellen und Ausschüsse bzw. Kommissionen unterzogen werden. In diesem Fall wird der Antragsteller davon in Kenntnis gesetzt.

Außer in den in §3 erwähnten Fällen sind erneut Bekanntmachungsmaßnahmen durch Vermittlung der Gemeinde durchzuführen und die Stellungnahmen der vorher im Laufe des Verfahrens zu Rate gezogenen Dienststellen oder Ausschüssen bzw. Kommissionen einzuholen, wenn der Antrag einer Umweltverträglichkeitsstudie unterliegt. Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt.

§3 – Die besonderen Bekanntmachungsmaßnahmen und die erneuten Stellungnahmen sind nicht erforderlich:

1. wenn sich die Änderung aus einem Vorschlag ergibt, der in den Bemerkungen im Rahmen der öffentlichen Untersuchung oder während des Zeitraums der Ankündigung des Projekts enthalten ist oder der unmittelbar damit verbunden ist;
2. oder wenn die geplante Änderung nur begrenzt ist und den Zweck, den allgemeinen Aufbau und die wesentlichen Merkmale des Projekts nicht beeinträchtigt.

§4 – Unbeschadet des §3 wird bei in Artikel D.IV.35 §1 Absatz 1 genannten Anträgen das gleich lautende Denkmalgutachten erneut eingeholt. Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt.

§5 – Der Versand der Zustimmung der zuständigen Behörde oder ihrer Anfrage an den Antragsteller bewirkt die Aussetzung der in Artikel D.IV.46, D.IV.47 und D.IV.48 genannten Fristen. Eine Kopie wird je nach Fall der Regierung oder dem Gemeindegremium übermittelt.

Der Antragsteller übermittelt die Abänderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie der zuständigen Behörde. Es werden so viele Ausfertigungen dieser Unterlagen übermittelt wie die des ursprünglichen Antrags.

Das Verfahren wird gemäß den in Artikel D.IV.33 erwähnten Modalitäten wieder aufgenommen. Die neuen Entscheidungsfristen auf der Grundlage der Änderungspläne und des Nachtrags zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur

Umweltverträglichkeitsstudie werden gemäß Artikel D.IV.46 Absatz 1 oder Artikel D.IV.48 Absatz 1 festgelegt.“

Art. 87 – Artikel D.IV.43 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 88 – Buch IV Titel II Kapitel VI Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches, der den Artikel D.IV.44 umfasst, aufgehoben durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Abschnitt 4 – Aussetzung des Verfahrens zur Nachbesserung des Genehmigungsantrags“

Art. 89 – Artikel D.IV.44 desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Art. D.IV.44 – Vor ihrem Beschluss gemäß Artikel D.IV.46 Absatz 1 oder Artikel D.IV.48 Absatz 1 kann die zuständige Behörde das Verfahren für höchstens 30 Tage aussetzen, um beim Antragsteller zusätzliche Informationen, die für ihre Beschlussfassung notwendig sind, oder Nachbesserungen der Antragsdokumente anzufordern.“

Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt. Eine Kopie wird je nach Fall der Regierung oder dem Gemeindegremium übermittelt.“

Art. 90 – In Artikel D.IV.45 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 91 – Die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel VII desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL VII – BESCHLUSS ÜBER DIE ANTRÄGE AUF GENEHMIGUNG ODER STÄDTEBAUBESCHEINIGUNG“

Art. 92 – Artikel D.IV.46 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge „die in Artikel D.IV.33 erwähnte Empfangsbescheinigung eingesandt hat, oder mangels dessen, ab dem Tag nach Ablauf der ihm für den Versand der Empfangsbescheinigung“ durch die Wortfolge „den in Artikel D.IV.33 erwähnten Bescheid über die formelle Vollständigkeit eingesandt hat, oder mangels dessen, ab dem Tag nach Ablauf der ihm für den Versand des Bescheids über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

2. Absatz 1 Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„3° hundertfünfzehn Tage in den übrigen Fällen.“

3. In Absatz 3 wird zwischen dem Wort „Gemeindegremium“ und dem Wort „um“ die Wortfolge „mittels Begründung“ eingefügt.

Art. 93 – Artikel D.IV.47 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „Regierung wird als Beschwerdeinstanz“ durch die Wortfolge „Beschwerdekommision wird“ ersetzt.

2. §2 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird aufgehoben.

3. In §3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „Regierung wird als Beschwerdeinstanz“ durch die Wortfolge „Beschwerdekommision wird“ ersetzt.

Art. 94 – Artikel D.IV.48 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Der einleitende Satz von Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Der Beschluss der Regierung zur Gewährung oder Verweigerung der Genehmigung oder der Städtebaubescheinigung Nr. 2 wird gleichzeitig dem Gemeinderat und dem Antragsteller innerhalb der nachstehenden Fristen ab dem Tag, an dem die Regierung den in Artikel D.IV.33 erwähnten Bescheid über die formelle Vollständigkeit eingesandt hat, oder mangels dessen, ab dem Tag nach Ablauf der ihr für den Versand des Bescheids über die formelle Vollständigkeit eingeräumten Frist zugestellt.“

2. In Absatz 1 Nummer 1 wird zwischen der Wortfolge „begrenzte Auswirkungen haben“ und der Wortfolge „und wenn der Antrag“ die Wortfolge „oder wenn der Antrag eine Teilungsgenehmigung betrifft“ eingefügt.

3. In Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen der Wortfolge „von der Regierung“ und dem Wort „um“ die Wortfolge „mittels Begründung“ eingefügt.

Art. 95 – In Artikel D.IV.53 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigungen“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungen“ ersetzt.

Art. 96 – Artikel D.IV.54 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Der aktuelle Wortlaut des Artikels, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zu §1.

2. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 – Wenn eine Städtebaugenehmigung oder eine Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten an eine Person erteilt wird, die keine Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes ist, und sie die Schaffung von neuen Wohneinheiten genehmigt, kann die zuständige Behörde die Erteilung der Genehmigung von folgenden Auflagen abhängig machen:

1. der Bereitstellung durch schriftliche Vereinbarung von einer oder mehreren Wohneinheiten an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, für einen Zeitraum von neun Jahren;

2. oder dem Verkauf zu einem bestimmten Preis oder die kostenlose Abtretung von einer oder mehrerer Wohneinheiten an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist;

3. oder dem Verkauf zu einem bestimmten Preis von einer oder mehrerer Wohneinheiten an privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten der Auflagen, darunter gegebenenfalls:

1. die Verteilungsschlüssel der Auflagen, wie mitunter die Anzahl der Wohneinheiten;
2. die Modalitäten zur Berechnung der Preise;
3. die Modalitäten der Zurverfügungstellung oder des Verkaufs der Wohneinheiten;
4. die Modalitäten zur Bestimmung der Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll.“

3. Folgender §3 wird eingefügt:

„§3 – Wenn eine Erschließungs- oder eine Teilungsgenehmigung an eine Person erteilt wird, die keine Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes ist, und sie die Schaffung von zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Losen genehmigt, kann die zuständige Behörde die Erteilung der Genehmigung von folgenden Auflagen abhängig machen:

1. dem Verkauf zu einem bestimmten Preis oder die kostenlose Abtretung von einem oder mehreren Losen an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist;

2. oder dem Verkauf zu einem bestimmten Preis von Losen an privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten der Auflagen, darunter

gegebenenfalls:

1. die Verteilungsschlüssel der Auflagen, wie mitunter die Anzahl der Wohneinheiten;
2. die Modalitäten zur Berechnung der Preise;
3. die Modalitäten des Verkaufs;
4. die Modalitäten zur Bestimmung der Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll.“

4. Folgender §4 wird eingefügt:

„§4 – Die zuständige Behörde kann die Erteilung der Genehmigung von Auflagen bezüglich der Errichtung barrierefreier Wohneinheiten abhängig machen.“

Art. 97 – In der Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel VII Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Erschließung“ durch die Wortfolge „technischen Erschließung“ ersetzt.

Art. 98 – Im einleitenden Satz von Artikel D.IV.55 wird die Wortfolge „zu verstädtern“ durch die Wortfolge „technisch zu erschließen“ ersetzt.

Art. 99 – Artikel D.IV.60 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „kann“ durch das Wort „macht“ ersetzt und das Wort „machen“ gestrichen.
2. In Absatz 2 wird das Wort „kann“ durch das Wort „verlangt“ ersetzt und das Wort „verlangen“ gestrichen.

3. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„Die zuständige Behörde verlangt für die Hinterlegung der As-built Pläne gemäß Artikel D.IV.73 finanzielle Garantien.“

4. Nach Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„Die finanziellen Garantien unterliegen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und basieren auf den Kosten der zu garantierenden Auflage, Handlung, Arbeit oder Verpflichtung. Die zuständige Behörde kann den Antragsteller im Hinblick auf die Festsetzung der Höhe der Garantie um Informationen oder Kostenvoranschläge bitten.“

Art. 100 – Artikel D.IV.62 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigungen Nr. 2“ durch die Wortfolge „Städtebaubescheinigungen Nr. 2“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 1 Nummer 4 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

3. In §2 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen der Wortfolge „dem Gemeindekollegium“ und dem Wort „zu“ die Wortfolge „sowie der Beschwerdekommision“ eingefügt.

4. In §3 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen der Wortfolge „der Regierung“ und der Wortfolge „seinen Beschluss“ die Wortfolge „sowie der Beschwerdekommision“ eingefügt

5. In §4 Absatz 1 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

6. §4 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Innerhalb von vierzig Tagen nach Empfang der Aussetzung stellt die Beschwerdekommision dem Antragsteller, dem Gemeindekollegium und der Regierung die Aufhebung der Aussetzung oder die Nichtigkeitserklärung der Genehmigung oder der Städtebaubescheinigung Nr. 2 per Einsendung zu.“

7. In §4 Absatz 4 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

Art. 101 – Artikel D.IV.63 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von §1 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ und das Wort „Empfangsbescheinigung“ durch das Wort „Hinterlegungsbescheid“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, werden folgende Nummern 5 und 6 eingefügt:

„5° oder nach Empfang des in Artikel D.IV.109.11 angeführten Beschlusses der Regierung;

6° oder nach Empfang des in Artikel D.VII.18 §2 angeführten Beschlusses der Regierung.“

3. In §1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird nach Absatz 2 folgender Absatz eingefügt:

„Der Antragsteller kann seiner Beschwerde Abänderungspläne und einen entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie beifügen, wenn diese eine Antwort auf in der ersten Instanz erwähnten Bemerkungen bilden.“

4. In §2 Absatz 1 wird die Angabe „Artikel D.IV.47 §1 und §3“ durch die Angabe „Artikel D.IV.47“ ersetzt.

5. §3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird aufgehoben.

Art. 102 – In Artikel D.IV.64 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „bei der Regierung“ durch die Wortfolge „bei der Beschwerdekommision“ ersetzt.

Art. 103 – Artikel D.IV.66 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.IV.66 – Innerhalb von zehn Tagen nach Eingang der Beschwerde übermittelt die Beschwerdekommision oder die von ihr zu diesem Zweck beauftragte Person:

1. der Person, die die Beschwerde eingereicht hat, oder dem Antragsteller, der die Untersuchung seines Antrags wünscht, einen Bescheid mit der Angabe des Datums, an dem die Anhörung durch die Beschwerdekommision stattfindet;

2. den übrigen Parteien eine Abschrift der Beschwerdeakte und die Vorladung zur vorerwähnten Anhörung.

Die Beschwerdekommision fordert innerhalb von sechzig Tagen nach Empfang der Beschwerde den Antragsteller, das Gemeindkollegium und die Verwaltung auf, zur Anhörung zu erscheinen. Handelt es sich um ein in Artikel D.IV.14.1 oder D.IV.14.2 genanntes Gut, wird der für Denkmalschutz zuständige Minister zur Anhörung eingeladen. Dabei kann dieser sich vertreten lassen.

Die Beschwerdekommision kann die Stellungnahme der Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen ersuchen, deren Konsultation sie als zweckmäßig erachtet. Die Beschwerdekommision kann zudem entscheiden, zu der vorliegenden Akte ein externes Gutachten bei einer Fachperson ihrer Wahl einzuholen. Sie informiert den Antragsteller, das Gemeindkollegium und die Verwaltung über ihre Anfrage. Der Autor des Gutachtens oder sein Vertreter kann zur Anhörung eingeladen werden.

Spätestens zehn Tage bevor die Anhörung stattfindet, übermittelt die Beschwerdekommision den vorgeladenen Personen oder Instanzen eine erste Analyse der Beschwerde auf Grundlage der der Akte in diesem Verfahrensstadium beigefügten Elemente, sowie den Rahmen, in den das Projekt sich einfügt, das heißt:

1. die Situation und gegebenenfalls die Ausnahmen oder Abweichungen vom Sektorenplan, von den Schemen, von der Flächennutzungskarte, von den Leitfäden für den Städtebau oder von einer Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung;

2. die Auskunft, ob das betroffene Gut ganz oder teilweise in Anwendung des

Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt ist, sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes befindet oder sich in einer archäologischen Stätte befindet;

3. das in Absatz 3 angeführte externe Gutachten, falls ein solches eingeholt wurde.

Im Laufe der Anhörung können die vorgeladenen Personen oder Instanzen in der Akte eine Begründungsnotiz oder jedes zusätzliche, von ihnen als zweckmäßig erachtetes Schriftstück hinterlegen, nachdem sie diese bzw. dieses dargelegt haben.

Die Regierung kann die Modalitäten für die Untersuchung der Beschwerde bestimmen.“

Art. 104 – Artikel D.IV.67 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:
„Innerhalb von fünfundneunzig Tagen nach Eingang der Beschwerde stellt die Beschwerdekommision dem Antragsteller, dem Gemeindegremium und der Regierung ihren Beschluss zu.“

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „der Regierung“ gestrichen.

3. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Die in Absatz 1 erwähnte Frist wird vom 16. Juli bis zum 15. August einschließlich und vom 24. Dezember bis zum 1. Januar einschließlich ausgesetzt. Im Falle einer Aussetzung der Frist verschieben sich die in den Artikeln D.IV.66, D.IV.68 und D.IV.69 angegebenen Fristen um die Dauer der Aussetzung.“

Art. 105 – Artikel D.IV.68 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort „Regierung“ wird jeweils durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

2. Zwischen Satz 1 und Satz 2, der zu Satz 3 wird, wird folgender Satz eingefügt:

„Sie kann ebenfalls die Stellungnahme der Regierung ersuchen.“

Art. 106 – Artikel D.IV.70 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.IV.70 – Eine Bekanntmachung, dass die Genehmigung erteilt worden ist oder dass die Handlungen und Arbeiten Gegenstand des Wortlauts eines der folgenden Dokumente sind, wird durch den Antragsteller auf dem Grundstück entlang der Straße aufgestellt und muss von dort aus lesbar sein:

1. der in Artikel D.IV.73.1 §2 angeführte Beschluss;
2. der in Artikel D.IV.73.2 angeführte Beschluss;
3. das in Artikel D.VII.15 oder D.VII.22 erwähnte Urteil;
4. der in Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 oder 2 angeführte Beschluss;
5. die in Artikel D.VII.19 §1 angeführte Anordnung.

Wenn es sich um auszuführende Arbeiten handelt, muss diese Bekanntmachung vor Beginn der Arbeiten und während ihrer gesamten Dauer auf der Baustelle angeschlagen sein. In den anderen Fällen muss die Bekanntmachung bereits bei den Vorbereitungen angebracht werden, ehe die Handlung(en) ausgeführt wird (werden) und während der gesamten Dauer ihrer Ausführung. Innerhalb dieses Zeitraums müssen die Genehmigung und die anhängende Akte bzw. eine durch die Gemeinde oder die Regierung für gleich lautend bescheinigte Abschrift dieser Dokumente oder die in Absatz 1 erwähnten Dokumente den gemäß Artikel D.VII.3 bestimmten Bediensteten am Ort der Ausführung der Arbeiten bzw. Handlungen ständig zur Verfügung stehen.

In Abweichung von Absatz 2 wird die Bekanntmachung einer Teilungsgenehmigung innerhalb von zehn Tagen ab Erhalt durch den Antragsteller aufgestellt und während einer Dauer von zwanzig Tagen beibehalten.

Bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 enthält die Bekanntmachung eine 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts. Bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2 enthält die Bekanntmachung eine Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung und ggf. den grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets.

Der Antragsteller lässt der zuständigen Behörde per E-Mail oder per Schreiben spätestens am Tag nach Beginn des Anschlags ein Foto zum Beweis des Anschlags zukommen.“

Art. 107 – In Artikel D.IV.72 desselben Gesetzbuches wird zwischen der Wortfolge „vom Gemeinderat“ und der Wortfolge „an Ort und Stelle“ die Wortfolge „oder einem von ihm beauftragten Landmesser“ und zwischen der Wortfolge „das Gemeinderat“ und der Wortfolge „vor Ort die Stelle“ die Wortfolge „oder der Landmesser“ eingefügt.

Art. 108 – Die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 4 – As-Built Pläne und Konformitätserklärung nach Fertigstellung der Arbeiten“

Art. 109 – Artikel D.IV.73 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.IV.73 – Spätestens sechzig Tage nach Fertigstellung der Arbeiten, bei denen ein Architekt hinzuzuziehen ist oder hinzugezogen wurde, reicht der Antragsteller bei der zuständigen Behörde folgende Unterlagen ein:

1. die vom Architekten gezeichnete Pläne, die das Datum der Fertigstellung der Arbeiten sowie die tatsächlich vorhandene Situation nach Abschluss der Arbeiten auf der Grundlage eines korrekten Aufmaßes der ausgeführten Arbeiten wiedergeben, hiernach „As-Built Pläne“ genannt;

2. einen Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus dokumentiert.

Die Regierung kann den Inhalt der As-Built Pläne bestimmen.“

Art. 110 – In Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Artikel D.IV.73.1 eingefügt:

„Art. D.IV.73.1 – §1 – Gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen werden können, erteilt die Regierung innerhalb einer Frist von fünfundsiebzig Tagen ab der Anfrage, die von dem Genehmigungsinhaber oder dem Eigentümer des Gutes an die Regierung gerichtet wird, eine Konformitätserklärung, wenn die Arbeiten nach Ablauf der Frist, innerhalb welcher sie beendet sein sollten, beendet sind und den Vorschriften der erteilten Genehmigung entsprechen.

Die Regierung verweigert die in Absatz 1 erwähnte Erklärung, wenn die Arbeiten nach Ablauf der Frist, innerhalb welcher sie beendet sein sollten, nicht beendet sind oder wenn sie nicht gemäß den Vorschriften der erteilten Genehmigung ausgeführt worden sind. In diesem Fall listet sie die Arbeiten auf, die noch nicht ausgeführt worden sind, und die Punkte, in denen die Vorschriften der erteilten Genehmigung nicht eingehalten worden sind.

Wenn sie existieren und nicht bereits hinterlegt wurden, werden der Anfrage vom Architekten gezeichnete As-Built Pläne, der in Artikel D.IV.73 erwähnte Fotobericht und gegebenenfalls eine Begründung im Hinblick auf die §2 genannten Bedingungen beigefügt.

Die Regierung kann den Inhalt des Antrags auf Konformitätserklärung festlegen.

§2 – Im Rahmen der in §1 erwähnten Erklärung kann die Regierung mittels Begründung Arbeiten, die den Vorschriften nicht entsprechen, als konform erklären, wenn:

1. es sich um Änderungen handelt, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen;
2. oder es sich um Arbeiten im Sinne von Artikel D.IV.1 §2 handelt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Arbeiten ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor der Erklärung ein gleich lautendes Denkmalgutachten eingeholt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Arbeiten Bedingungen der Genehmigung, die durch das Gemeindegremium auferlegt wurden, wird vor der Erklärung das Gutachten des Gemeindegremiums eingeholt.

In Abweichung von den Artikeln D.IV.37 bis D.IV.39 werden die in den Absätzen 2 und 3 genannten Gutachten innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand der Anfrage übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig.

Eine Abschrift der Erklärung wird allen Instanzen übermittelt, die zum Vorhaben eine Stellungnahme abgegeben haben.“

Art. 111 – In Buch IV Titel II Kapitel X desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Abschnitt 4.1, der den Artikel D.IV.73.2 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 4.1 – Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten“

Art. 112 – In Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 4.1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.73.2 eingefügt:

„Art. D.IV.73.2 – Gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen werden können, kann der Antragsteller nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten bei Abänderungen des genehmigten Vorhabens oder der in der Genehmigung aufgeführten Bedingungen oder Auflagen bei der Behörde, die die Genehmigung gegebenenfalls im Beschwerdeverfahren erteilt hat, einen vereinfachten Antrag auf Änderung der Genehmigung einreichen, wenn:

1. es sich um Änderungen handelt, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen;
2. oder es sich um Arbeiten im Sinne von Artikel D.IV.1 §2 handelt;
3. oder die Arbeiten die Durchführung von Auflagen betreffen.

Die Regierung kann den Inhalt des Antrags auf Änderung der Genehmigung bestimmen.

Der Antrag beinhaltet zumindest die abgeänderten Pläne und Dokumente sowie eine Begründung der Änderungen im Hinblick auf die in Absatz 1 genannten Bedingungen.

Die zuständige Behörde übermittelt dem Antragsteller ihren Beschluss innerhalb einer Frist von:

1. dreißig Tagen ab der Anfrage, wenn kein Gutachten notwendig ist;
2. sechzig Tagen ab der Anfrage, wenn ein oder mehrere Gutachten notwendig sind.

Bei fehlender Zustellung des Beschlusses in der vorgegebenen Frist, gilt der Antrag auf

Änderung als verweigert.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Arbeiten ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor der Genehmigung ein gleich lautendes Denkmalgutachten eingeholt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Arbeiten ein in Artikel D.IV.17 genanntes Vorhaben oder Bedingungen, die durch die Regierung auferlegt wurden, wird das Gutachten der Regierung eingeholt. In den in Artikel D.IV.17 genannten Fällen ist das Gutachten der Regierung gleich lautend.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Arbeiten Bedingungen der Genehmigung, die durch das Gemeindegremium auferlegt wurden, wird vor der Genehmigung das Gutachten des Gemeindegremiums eingeholt.

In Abweichung von den Artikeln D.IV.37 bis D.IV.39 werden die in den Absätzen 6 bis 8 genannten Gutachten innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand der Anfrage übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig.

Eine Abschrift des Beschlusses wird allen Instanzen übermittelt, die zum Vorhaben eine Stellungnahme abgegeben haben.“

Art. 113 – In Artikel D.IV.74 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungsgenehmigung, einer Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 114 – In Artikel D.IV.76 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungsgenehmigung, einer Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 115 – In Artikel D.IV.77 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „und die Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „, die Erschließungsgenehmigung und die Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 116 – Artikel D.IV.78 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.IV.78 – Unbeschadet der aus den Artikeln D.IV.53 bis D.IV.60 abzuleitenden Verpflichtungen gelten die Erschließungs- oder die Teilungsgenehmigung als unverbindliche Leitlinien. Sie sind auf die damit verbundene Städtebaugenehmigung und auf die Städtebaubescheinigung Nr. 2 anwendbar.“

Art. 117 – In Artikel D.IV.79 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Insofern die Verstädterungsgenehmigung, die die Eröffnung, Änderung oder Abschaffung eines Gemeindeweges voraussetzt,“ durch die Wortfolge „Insofern die Erschließungs- oder die Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 118 – Artikel D.IV.80 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 Nummer 9 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Anlagen“ ersetzt.

2. In §2 wird Satz 2 wie folgt ersetzt:

„Die zuständige Behörde kann zur Erfüllung der Verpflichtungen bezüglich der Wiederinstandsetzung der Örtlichkeiten die Hinterlegung von Garantien verlangen.“

Art. 119 – Die Überschrift von Buch IV Titel III Kapitel III Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 1 – Verfall der Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“

Art. 120 – Artikel D.IV.81 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.
3. In Absatz 4 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt und zwischen der Wortfolge „Artikel D.IV.2 §1 Absatz 3“ und dem Wort „erwähnten“ die Wortfolge „oder D.IV.103“ eingefügt.

Art. 121 – In Artikel D.IV.82 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 122 – In Artikel D.IV.83 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ jeweils durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 123 – Artikel D.IV.88 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 124 – Artikel D.IV.89 Nummer 3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. März 2018, wird aufgehoben.

Art. 125 – In der Überschrift von Buch IV Titel III Kapitel V desselben Gesetzbuches, wird das Wort „Entzug“ durch das Wort „Rückzug“ ersetzt.

Art. 126 – Artikel D.IV.91 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird das Wort „Entzug“ durch das Wort „Rückzug“ ersetzt und das Wort „entzogen“ durch das Wort „zurückgezogen“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Entzug“ jeweils durch das Wort „Rückzug“ ersetzt.
3. In Absatz 3 wird das Wort „Entzug“ jeweils durch das Wort „Rückzug“ ersetzt und das Wort „entzieht“ durch das Wort „zurückzieht“ ersetzt.

Art. 127 – Die Überschrift von Buch IV Titel III Kapitel VIII desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL VIII – ABÄNDERUNG ODER AUFHEBUNG DER ERSCHLIESSUNGSGENEHMIGUNG“

Art. 128 – Artikel D.IV.94 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ jeweils durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt und zwischen dem Wort „Abänderung“ und der Wortfolge „dieser Genehmigung“ die Wortfolge „oder Aufhebung“ eingefügt.
2. In §1 Absatz 2 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.
3. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.
4. In §2 Absatz 2 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 129 – Artikel D.IV.95 §1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Die Vorschriften bezüglich der Erschließungsgenehmigung sind auf ihre Abänderung oder Aufhebung anwendbar. Die Antragsakte umfasst jedoch nur Elemente im Zusammenhang mit der geplanten Abänderung oder Aufhebung.“

Art. 130 – In Artikel D.IV.96 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ jeweils durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 131 – In Buch IV Titel III Kapitel VIII desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Artikel D.IV.96.1 eingefügt:

„Art. D.IV.96.1 – Die Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung betrifft nicht den Teilungsplan.“

Art. 132 – Artikel D.IV.97 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 4 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

2. Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe a) wird wie folgt ersetzt:

„a) in einem Areal für einen Sanierungsstandort oder für eine städtische Flurbereinigung gelegen ist;“

Art. 133 – Artikel D.IV.99 §1 Nummer 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„2° das Vorhandensein, der Gegenstand und das Datum der Parzellierungs-, Verstädterungs-, Erschließungs-, Teilungs-, Bau- und Städtebaugenehmigungen oder Regularisierungsbeschlüsse, sowie Städtebaugenehmigungen oder Regularisierungsbeschlüsse für gruppierte Bauten, die nach dem 1. Januar 1977 erteilt wurden, sowie der Städtebaubescheinigungen, die vor weniger als zwei Jahren ausgestellt wurden, und der Denkmalgenehmigungen gemäß Artikel 13 des Denkmalschutzdekrets, die nach dem 1. Januar 2009 ausgestellt wurden;“

Art. 134 – In Artikel D.IV.101 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungsgenehmigung, Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 135 – In Artikel D.IV.102 §1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 136 – Die Überschrift von Buch IV Titel V Kapitel III desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL III – NACH DER ABÄNDERUNG DER ERSCHLIESSUNGSGENEHMIGUNG ERSTELLTE URKUNDE“

Art. 137 – In Artikel D.IV.103 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ jeweils durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 138 – In Buch IV desselben Gesetzbuches wird folgender Titel VII.1, der die Artikel D.IV.109.1 bis D.IV.109.13 umfasst, eingefügt:

„TITEL VII.1 – DRINGLICHKEITSVERFAHREN“

Art. 139 – In Buch IV Titel VII.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel I, das den Artikel D.IV.109.1 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL I – ANWENDUNGSBEREICH“

Art. 140 – In Buch IV Titel VII.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.109.1 eingefügt:

„Art. D.IV.109.1 – §1 – Handlungen und Arbeiten zum Wiederaufbau von Gebäuden und Bauten in von anerkannten Naturkatastrophen im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 26. Mai 2016 über die Wiedergutmachung bestimmter Schäden, die durch

allgemeine Naturkatastrophen entstanden sind, betroffenen Gebieten können Gegenstand eines Dringlichkeitsverfahrens zur Erteilung einer Städtebaugenehmigung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Titels sein.

Der Wiederaufbau betrifft die weitgehend originalgerechte Wiederherstellung von durch die Naturkatastrophe ganz oder teilweise zerstörten Gebäuden und Bauten und umfasst unter anderem den Abbau, die Reinigung, die Wiederinstandsetzung oder die Ersetzung der Strukturbauelemente und der Außenmauern, einschließlich des Schutzes durch Verkleidung oder Hydrophobierung und deren Isolierung sowie der Außenholzwerke, der Dachstühle, Dachhäute und der Isolierung der Dächer, der Sonnenpaneele, falls sie fester Bestandteil der Dachhaut sind, der Schornsteine, Gesimse, Dachrinnen sowie der Regenfallrohre und Einbauten zur Ableitung des Regenwassers.

Änderungen zum ursprünglichen Gebäude, inbegriffen Änderungen am Tragwerk, Änderungen, die das architektonische Aussehen des Gebäudes oder der Baute beeinflussen, oder Änderungen der Einpflanzung können genehmigt werden, sofern die Änderungen insgesamt unwesentlich bleiben, im Antrag ausführlich gerechtfertigt werden und mit der Nachbarschaft vereinbar sind.

Die Regierung kann die Liste der betroffenen Handlungen und Arbeiten ergänzen.

- §2 – Das Dringlichkeitsverfahren wird nicht für Handlungen und Arbeiten verwendet, die:
1. einer Umweltverträglichkeitsstudie unterzogen werden müssen;
 2. die Schaffung, die Änderung oder die Abschaffung eines Gemeindewegs mit sich führen;
 3. eine der folgenden Änderungen zum ursprünglichen Gebäude beinhalten:
 - a) Änderung der Zweckbestimmung im Sinne von Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 7,
 - b) Erhöhung der Anzahl Wohneinheiten,
 - c) Erhöhung der Geschossanzahl.“

Art. 141 – In Buch IV Titel VII.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel II, das die Artikel D.IV.109.2 und D.IV.109.3 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL II – AUSNAHMEN UND ABWEICHUNGEN“

Art. 142 – In Buch IV Titel VII.1 Kapitel II wird folgender Artikel D.IV.109.2 eingefügt:

„Art. D.IV.109.2 – Die im Dringlichkeitsverfahren ausgestellte Städtebaugenehmigung kann vom Raumentwicklungsschema, falls dieses Anwendung findet, von einem plurikommunalen Entwicklungsschema, einem kommunalen Entwicklungsschema, einem lokalen Orientierungsschema, einer Flächennutzungskarte, von dem als unverbindliche Leitlinie geltenden Inhalt eines Leitfadens oder von einer Verstädterungsgenehmigung abweichen, wenn das Gebäude oder die Baute zum Zeitpunkt der vollständigen oder teilweisen Zerstörung legal bestand.“

Art. 143 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.3 eingefügt:

„Art. D.IV.109.3 – Die im Dringlichkeitsverfahren ausgestellte Städtebaugenehmigung kann als Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen eines regionalen Leitfadens für den Städtebau erteilt werden, wenn das Gebäude oder die Baute zum Zeitpunkt der vollständigen oder teilweisen Zerstörung legal bestand.“

Art. 144 – In Buch IV Titel VII.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel III, das die Artikel D.IV.109.4 bis D.IV.109.12 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL III – VERFAHREN“

Art. 145 – In Buch IV Titel VII.1 Kapitel III wird folgender Artikel D.IV.109.4 eingefügt:

„Art. D.IV.109.4 – Die Städtebaugenehmigung wird von der Regierung ausgestellt.“

Art. 146 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.5 eingefügt:

„Art. D.IV.109.5 – Dem Genehmigungsantrag wird eine Stellungnahme des Gemeindegremiums beigelegt. In dieser Stellungnahme bestätigt das Gemeindegremium insbesondere, dass die Handlungen und Arbeiten in einem Gebiet stattfinden, das vor höchstens 24 Monaten von einer anerkannten Naturkatastrophe betroffen wurde.“

Die Regierung kann für den Genehmigungsantrag die Form und zusätzliche Inhalte festlegen, die über die aufgrund von Artikel D.IV.26 festgelegten Inhalte hinausgehen.“

Art. 147 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.6 eingefügt:

„Art. D.IV.109.6 – Der Genehmigungsantrag ist binnen 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe an die Regierung per Einsendung zu richten oder gegen Empfangsschein auszuhändigen.“

Art. 148 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.7 eingefügt:

„Art. D.IV.109.7 – Binnen fünfzehn Tagen nach Eingang des eingesandten Antrags auf Genehmigung oder seines Hinterlegungsbescheids übermittelt die Regierung dem Antragsteller:

1. wenn der Antrag als vollständig und zulässig erachtet wird, einen Bescheid über die formelle Vollständigkeit. Eine Abschrift wird dem Projektautor übermittelt;
2. wenn der Antrag als unvollständig erachtet wird, per Einsendung ein Verzeichnis der fehlenden Unterlagen und deutet darauf hin, dass das Verfahren erst ab deren Empfang fortgesetzt wird. Eine Abschrift wird dem Projektautor übermittelt.

Wenn die Regierung dem Antragsteller die in Absatz 1 Nummer 1 genannten Bescheid über die formelle Vollständigkeit oder das in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Verzeichnis der fehlenden Unterlagen innerhalb der Frist von 10 Tagen nicht zugesandt hat, wird der Antrag als zulässig betrachtet und das Verfahren fortgesetzt.“

Art. 149 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.8 eingefügt:

„Art. D.IV.109.8 – Unbeschadet der in Artikel D.68 des Umweltgesetzbuches erwähnten Bestimmungen, wird im Bescheid über die formelle Vollständigkeit des Antrags angegeben:

1. welche Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen um Stellungnahmen gebeten werden, sowie die diesbezüglichen Fristen;
2. die Frist, innerhalb derer der Beschluss der Regierung übermittelt wird.“

Art. 150 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.9 eingefügt:

„Art. D.IV.109.9 – §1 – Gleichzeitig mit dem Bescheid über die formelle Vollständigkeit übermittelt die Regierung den in Artikel D.IV.109.7 erwähnten Dienststellen und Ausschüssen bzw. Kommissionen einen Antrag auf Stellungnahme unter Beifügung eines Exemplars des Genehmigungsantrags.

§2 – Die in §1 genannten Dienststellen und Ausschüsse bzw. Kommissionen übermitteln ihre Stellungnahme innerhalb von zwanzig Tagen nach dem Versand des Antrags durch die zuständige Behörde. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Stellungnahme als günstig.

Das Gutachten des Feuerwehrdienstes wird innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand des Antrags durch die zuständige Behörde übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig.“

Art. 151 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.10 eingefügt:

„Art. D.IV.109.10 – Wenn der Antrag ein Gut betrifft, das in Anwendung des

Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt ist oder sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder in einer archäologischen Stätte befindet, beantragt die Regierung ein einfaches Denkmalgutachten im Sinne des Artikels D.IV.2. Das Gutachten wird innerhalb von zwanzig Tagen nach dem Versand des Antrags durch die zuständige Behörde übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Stellungnahme als günstig.“

Art. 152 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.11 eingefügt:

„Art. D.IV.109.11 – Der Beschluss der Regierung zur Gewährung oder Verweigerung der Städtebaugenehmigung wird gleichzeitig dem Gemeinderat und dem Antragsteller innerhalb von fünfundvierzig Tagen ab dem Tag, an dem die Regierung die in Artikel D.IV.109.7 erwähnten Bescheid über die formelle Vollständigkeit eingesandt hat, oder mangels dessen, ab dem Tag nach Ablauf der ihm für den Versand des Bescheids eingeräumten Frist zugestellt.

Die Regierung sendet eine Abschrift des Beschlusses an den Projektautor.

Die in Absatz 1 erwähnte Frist kann von der Regierung mittels Begründung um dreißig Tage verlängert werden. Der Beschluss zur Verlängerung wird innerhalb der ursprünglichen Frist versandt. Die Regierung sendet eine Abschrift des Beschlusses zur Verlängerung an den Projektautor.“

Art. 153 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel D.IV.109.12 eingefügt:

„Art. D.IV.109.12 – Wenn der Beschluss der Regierung dem Antragsteller nicht innerhalb der in Artikel D.IV.109.10 erwähnten Frist übermittelt wird, gilt die Genehmigung als verweigert.

In diesem Fall erstattet die Behörde dem Antragsteller den als Bearbeitungsgebühren erhaltenen Betrag zurück.“

Art. 154 – In Buch IV Titel VII.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel IV, das den D.IV.109.13 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL IV – ANWENDBARE BESTIMMUNGEN“

Art. 155 – In Buch IV Titel VII.1 Kapitel IV wird folgender Artikel D.IV.109.13 eingefügt:

„Art. D.IV.109.13 – Die Bestimmungen des vorliegenden Buchs sind auf das Dringlichkeitsverfahren anwendbar, sofern vorliegender Titel hiervon nicht abweicht.

In Abweichung von Absatz 1 sind die Artikel D.IV.5 bis D.IV.23.2, D.IV.27 bis D.IV.28, D.IV.30 bis D.IV.31.1, D.IV.33 bis D.IV.52, D.IV.54 §§2 und 3, D.IV.60 bis D.IV.62, D.IV.69, D.IV.79, D.IV.81 bis D.IV.83, D.IV.90, D.IV.94 bis D.IV.98, D.IV.103 sowie D.IV.106 bis D.IV.108 nicht auf das Dringlichkeitsverfahren anwendbar.“

Art. 156 – Artikel D.IV.110 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Die Anträge auf eine Baugenehmigung, eine Städtebaugenehmigung, eine Parzellierungsgenehmigung, eine Verstädterungsgenehmigung, eine Erschließungsgenehmigung oder eine Teilungsgenehmigung, einschließlich der Anträge, die unter eine der Kategorien gemäß Artikel D.IV.25 fallen, deren Hinterlegung, die durch einen Hinterlegungsbescheid bescheinigt wird oder deren Sendungsempfang, der durch eine Post- oder sonstige Empfangsbestätigung bescheinigt wird, vor einer der Abänderungen der im deutschen Sprachgebiet anwendbaren Gesetzgebung für Raumordnung und Städtebau erfolgte, werden auf der Grundlage der am Datum des Hinterlegungsbescheids oder der Empfangsbestätigung anwendbaren Bestimmungen weiter geprüft.“

2. In Absatz 2 wird das Wort „Empfangsscheins“ durch das Wort „Hinterlegungsbescheids“ ersetzt.

Art. 157 – In Artikel D.IV.111 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „den beauftragten Beamten“ durch die Wortfolge „die Beschwerdekommision“ ersetzt.

Art. 158 – In Artikel D.IV.117 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigungen“ jeweils durch die Wortfolge „Verstädterungsgenehmigungen bzw. Erschließungsgenehmigungen“ ersetzt.

Art. 159 – Buch V desselben Gesetzbuches, das die Artikel D.V.1 bis D.V.20 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 160 – Artikel D.VI.1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:
„4° Areale für Sanierungsstandorte;“
2. Nummer 5 wird aufgehoben.
3. Nummer 6 wird aufgehoben.
4. In Nummer 8 wird die Wortfolge „Dekrets vom 11. März 1999“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung“ ersetzt.
5. Nummer 9 wird aufgehoben.

Art. 161 – In Artikel D.VI.15 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „oder Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 162 – Artikel D.VI.17 §1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. November 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 7 wird wie folgt ersetzt:
„7° Areal für einen Sanierungsstandort;“
2. Nummer 8 wird aufgehoben.
3. Nummer 9 wird aufgehoben.
4. In Nummer 11 Buchstabe c) wird die Wortfolge „oder einem bevorzugten Initiativgebiet“ gestrichen.

Art. 163 – In Artikel D.VI.25 §1 Absatz 2 Nummer 5 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „oder Verstädterungsgenehmigungen“ durch die Wortfolge „, Verstädterungs-, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungen“ ersetzt.

Art. 164 – In Buch VI Titel II Kapitel V desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VI.33.1 eingefügt:

„Art. D.VI.33.1 – In Abweichung von Artikel D.VI.17 kann auch jede Immobilie dem Vorkaufsrecht unterliegen, die in den folgenden Gebieten bzw. Arealen gelegen ist, sofern sie vor dem 1. Oktober 2022 verabschiedet wurden und noch Geltung haben:

1. Areale für eine städtische Neubelebung;
2. Areale für eine städtische Erneuerung;
3. Areale für einen Landschafts- und Umweltsanierungsstandort;
4. bevorzugte Initiativgebiete.“

Art. 165 – In Artikel D.VI.38 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort „Verstädterungsverbot“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsverbot“ ersetzt.

Art. 166 – Artikel D.VI.39 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Wort „Verstädterungsverbot“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsverbot“ ersetzt.

2. In Nummer 5 wird die Wortfolge „oder zu verstädtern“ durch die Wortfolge „, zu erschließen oder zu teilen“ ersetzt.

3. In Nummer 6 wird die Wortfolge „oder Verstädterungsverbot“ durch die Wortfolge „, Erschließungs- oder Teilungsverbot“ ersetzt.

4. In Nummer 7 wird die Wortfolge „oder zu verstädtern“ durch die Wortfolge „, zu erschließen oder zu teilen“ ersetzt und die Wortfolge „oder Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Verstädterungs-, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

5. In Nummer 9 wird die Wortfolge „oder zu verstädtern“ durch die Wortfolge „, zu erschließen oder zu teilen“ ersetzt.

Art. 167 – In Artikel D.VI.41 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „oder Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 168 – In Artikel D.VI.42 Absatz 3 Nummer 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „oder Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 169 – In Artikel D.VI.46 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 170 – In Artikel D.VI.48 Nummer 2 Spiegelstrich 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „bzw. Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „, Erschließungs- bzw. Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 171 – Artikel D.VI.50 §1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird die Angabe „Artikel D.V.2 oder D.V.7“ durch die Angabe „Artikel D.II.57.4“ ersetzt.

2. In Nummer 6 wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 172 – In Artikel D.VI.58 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungs-“ durch die Wortfolge „Erschließungs-, Teilungs-“ ersetzt.

Art. 173 – In Artikel D.VI.63 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „oder Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „, Verstädterungs-, Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 174 – In Artikel D.VI.64 §1 Absatz 1 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 175 – Artikel D.VII.1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 16. November 2017 und 26. April 2018 und durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Folgende Tatbestände bilden einen Verstoß:

1. die Ausführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen oder Arbeiten, die Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §1 oder die Teilung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §3 ohne vorherige Genehmigung, nach Verfall dieser Genehmigung oder nach dem Akt oder Beschluss zur Aussetzung der Genehmigung oder aber unter

Nichteinhaltung der Genehmigung oder des Regularisierungsbeschlusses im Sinne von Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 und 2, mit Ausnahme:

a) der Handlungen, die in Missachtung der Parzellenaufteilung laut der Erschließungsgenehmigung getätigt wurden, wenn sie keine Änderung der Erschließungsgenehmigung gemäß Artikel D.IV.94 §2 erfordern;

b) der Arbeiten und Handlungen, die gemäß Artikel D.IV.73.1 als konform gelten;

2. die Weiterführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen und Arbeiten, der Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §1 oder die Teilung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §3 ohne vorherige Genehmigung, nach Verfall dieser Genehmigung oder nach dem Akt oder Beschluss zur Aussetzung der Genehmigung oder aber unter Nichteinhaltung der Genehmigung oder des Regularisierungsbeschlusses im Sinne von Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 und 2;

3. unbeschadet von Artikel D.VII.1bis, die Aufrechterhaltung der ohne die erforderliche Genehmigung oder in deren Missachtung ausgeführten Arbeiten;

4. die Nichtbeachtung der Vorschriften des Sektorenplans und der Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, mit Ausnahme der Handlungen und Arbeiten, die abweichend genehmigt wurden, von der Genehmigung freigestellt wurden oder nicht unter Genehmigungspflicht stehen;

5. die Nichtbeachtung der Regeln zum Aushang der Genehmigung gemäß Artikel D.IV.70 oder zur Bekanntmachung gemäß Artikel D.IV.76 und Buch VIII;

6. das Fehlen der in Artikel D.IV.71 erwähnten Mitteilung des Beginns der Arbeiten;

7. das Nichteinreichen der As-built Pläne gemäß Artikel D.IV.73 oder die Erstellung von As-built Plänen, die dem gebauten Zustand nicht entsprechen;

8. die Ausführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen oder Arbeiten oder die Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §1 unter Missachtung der in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahmen.“

2. §2 Absatz 1 wird aufgehoben.

3. §2/1 wird aufgehoben.

4. §2/2 wird aufgehoben.

Art. 176 – Artikel D.VII.1bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. November 2017, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.VII.1bis - §1 - Es wird unwiderlegbar vermutet, dass durchgeführte Handlungen und Arbeiten in Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht gemäß Artikel D.VII.1 stehen, wenn sie vor mindestens dreißig Jahren fertiggestellt wurden.

Diese Vermutung findet keine Anwendung auf:

1. Handlungen und Arbeiten, die darin bestehen, nach dem 20. August 1994 eine oder mehrere Wohnungen zu schaffen, die den Kriterien für den Erhalt einer Mietgenehmigung oder den Kriterien der Gesundheitsverträglichkeit und der Sicherheit nicht entsprechen;

2. Handlungen und Arbeiten, die innerhalb eines durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur oder seiner Ausführungserlasse anerkannten Gebiets stattfinden;

3. Handlungen und Arbeiten an einem Gut, das von einer in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahme betroffen ist;

4. Handlungen und Arbeiten, die vor dem 1. Oktober 2022 Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung zur Feststellung der Nichtübereinstimmung von Handlungen und Arbeiten mit den Regeln des Raumordnungs- und Städtebaurechts geworden sind, selbst wenn die gerichtliche Entscheidung von noch laufenden Berufungsverfahren betroffen ist.

Unbeschadet des Absatzes 2 wird die in Absatz 1 genannte Frist für Handlungen und Arbeiten, die mit der Zweckbestimmung des Gebiets, auf dem sie stattfinden, im Sektorenplan übereinstimmen, auf mindestens zwanzig Jahre verringert.

Unbeschadet des Absatzes 2 und in Abweichung von Absatz 3 wird die in Absatz 1 genannte Frist für folgende Übertretungen auf mindestens zehn Jahre verringert:

- A. Handlungen und Arbeiten, sofern alle folgenden Bedingungen kumulativ erfüllt sind:
 1. Sie werden gemäß Artikel D.IV.1 §2 als mit begrenzten Auswirkungen betrachtet.
 2. Sie stimmen mit der Zweckbestimmung des Gebiets, auf dem sie stattfinden, im Sektorenplan über.
 3. Sie entsprechen den Normen des regionalen Leitfadens.
- B. Andere als in Buchstabe A erwähnte Handlungen und Arbeiten, sofern alle folgenden Bedingungen kumulativ erfüllt sind:
 1. Begangen wurde der Verstoß:
 - a) entweder in einem im Sektorenplan zur Verstädterung bestimmten Gebiet im Sinne von Artikel D.II.23 Absatz 2; oder
 - b) in einem Gebiet für konzertierte kommunale Raumplanung, das umgesetzt und zu einem oder mehreren Verstädterungszwecken im Sinne von Artikel D.II.23 Absatz 2 bestimmt wird; oder
 - c) an Bauwerken, Anlagen oder Gebäuden, oder an deren zusätzlichen bzw. ergänzenden Einrichtungen, die vor Inkrafttreten des Sektorenplans vorhanden waren und deren Verwendungszweck widmungskonform ist oder abweichend vom Sektorenplan erlaubt wurde.
 2. Die regelwidrigen Handlungen und Arbeiten entsprechen den Normen des regionalen Leitfadens;
 3. Auf die regelwidrigen Handlungen und Arbeiten trifft einer der folgenden Fälle zu:
 - a) bei Nichtbeachtung der ausgestellten Städtebau- bzw. Erschließungsgenehmigung entsprechen die Abweichungen weniger als zwanzig Prozent:
 - i) der zulässigen Grundfläche;
 - ii) der zulässigen Trauf- und Firsthöhe;
 - iii) der zulässigen Tiefe;
 - iv) der zulässigen Baumasse;
 - v) der zulässigen Geschossfläche;
 - vi) der Grundrissmaße der Bauwerke;
 - vii) der minimalen oder maximalen Fläche der Parzelle;
 - b) bei Einrichtung eines Vordachs als Erweiterung eines zulässigen landwirtschaftlichen Schuppens, vorausgesetzt:
 - i) die Firsthöhe des Vordachs liegt unter der Traufhöhe des Schuppens;
 - ii) der Schuppen weist ein solches Vordach an nur einem seiner Außenwände auf;
 - iii) das Vordach hat eine Höchsttiefe von sieben Metern, vermessen ab dem Außenwand des Schuppens;
 - c) bei Nichtbeachtung der zulässigen Öffnungen;
 - d) bei Nichtbeachtung der durch die Städtebaugenehmigung zugelassenen Farbtöne.

§2 - Die Beweislast der Erfüllung der Bedingungen und des Zeitpunktes der Fertigstellung der Handlungen und Arbeiten obliegt dem Zuwiderhandelnden.“

Art. 177 – In Artikel D.VII.2 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterung“ durch das Wort „Erschließung“ ersetzt.

Art. 178 – Artikel D.VII.4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „, der nicht in Artikel D.VII.1 §2 aufgeführt wird,“ gestrichen.
2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„Die Mahnung enthält die Auflistung der beanstandeten Verstöße mit Hinweis auf die anzuwendenden Vorschriften. Sie enthält zudem den Verweis auf die Dienststellen, die nähere Auskünfte erteilen können.“

Art. 179 – Artikel D.VII.6 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „oder des Nutzungspfandrechts“ gestrichen.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „wenn eine Beschwerde über einen Antrag auf Regularisierungsgenehmigung in Bezug auf die vom Protokoll betroffenen Handlungen und Arbeiten oder Verstädterung bei Letzterer eingereicht wird oder werden könnte“ gestrichen.

Art. 180 – In Buch VII Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 6, der den Artikel D.VII.7.1 umfasst, eingefügt:
„Abschnitt 6 – Rechtsfolgen“

Art. 181 – In Buch VII Kapitel III Abschnitt 6 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VII.7.1 eingefügt:

„Art. D.VII.7.1 – Jeder Antrag auf Genehmigung der sich auf Handlungen oder Arbeiten bezieht, für die ein Feststellungsprotokoll gemäß Artikel D.VII.5 übermittelt wurde und der nicht im Rahmen einer Regularisierungsprüfung gemäß Artikel D.VII.18 eingereicht wurde, wird so lange als unzulässig erklärt, bis:

1. ein rechtskräftiger Regularisierungsbeschluss gemäß Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 oder 2 vorliegt;
2. die Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19 oder Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.20 aufzuerlegen, die gegebenenfalls von einer administrativen Geldbuße gemäß Artikel D.VII.21 begleitet sein können;
3. ein rechtskräftiges Gerichtsurteil gefällt wurde.“

Art. 182 – In Artikel D.VII.8 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Satz eingefügt:

„Die Baumaschinen und/oder Baumaterialien dürfen in der Zwischenzeit von der Baustelle entfernt werden.“

Art. 183 – In Artikel D.VII.9 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „oder des Nutzungspfandrechts“ gestrichen.

Art. 184 – Artikel D.VII.11 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Mit Ausnahme der Beschlagnahme der Baumaschinen und/oder Baumaterialien, die in der Zwischenzeit von der Baustelle entfernt werden dürfen, sind die feststellenden Bediensteten befugt, jegliche Maßnahme zu treffen, die Versiegelung einbegreifen, um die unmittelbare Anwendung des Unterbrechungsbefehls, des Bestätigungsbeschlusses oder gegebenenfalls der Verfügung des Präsidenten des erstinstanzlichen Gerichts, in dessen Amtsbereich die Arbeiten und Handlungen ausgeführt wurden, zu gewährleisten.“

Art. 185 – In Artikel D.VII.12 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterung“ durch das Wort „Erschließung“ ersetzt.

Art. 186 – Artikel D.VII.13 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge „für jeden Verstoß einzeln oder kombiniert“ eingefügt.
2. In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort „Verstädterung“ durch die Wortfolge „die Teilung oder Erschließung“ ersetzt.
3. In Absatz 1 Nummer 3 wird das Wort „Verstädterung“ durch die Wortfolge „die Teilung oder Erschließung“ ersetzt.
4. In Absatz 1 wird folgende Nummer 4 eingefügt:
„4° und/oder Kompensationsmaßnahmen im Sinne des Artikels D.VII.20.“

5. In Absatz 3 wird der letzte Satz wie folgt ersetzt:

„Die Zahlung der Geldsumme erfolgt zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für die Nachhaltigkeit.“

Art. 187 – Die Überschrift von Buch VII Kapitel VI desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL VI – AUSSERGERICHTLICHE MASSNAHMEN NACH PROTOKOLLERSTELLUNG“

Art. 188 – Artikel D.VII.16 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort „neunzig“ wird durch das Wort „sechzig“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„In diesem Fall kann die Regierung beschließen:

1. das Verfahren zur Regularisierungsprüfung gemäß Artikel D.VII.18 einzuleiten;

2. oder Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19 oder Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.20 aufzuerlegen, die gegebenenfalls von einer administrativen Geldbuße gemäß Artikel D.VII.21 begleitet sein können.“

Art. 189 – Artikel D.VII.17 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Wenn der Prokurator des Königs binnen neunzig Tagen nach Empfang des Feststellungsprotokolls seine Absicht, die Sache zu verfolgen, nicht bekundet hat, kann der Zuwiderhandelnde“ durch die Wortfolge „Der Zuwiderhandelnde kann“ ersetzt und die Wortfolge „binnen drei Monaten“ gestrichen.

2. In Absatz 2 Nummer 1 wird das Wort „Regularisierungsgenehmigung“ durch das Wort „Regularisierungsprüfung“ ersetzt.

3. In Absatz 3 wird das Wort „Regularisierungsgenehmigung“ durch das Wort „Regularisierungsprüfung“ ersetzt.

4. In Absatz 4 wird die Wortfolge „Artikel D.VII.12 oder D.VII.22“ durch die Wortfolge „Artikel D.VII.12, D.VII.19, D.VII.20 oder D.VII.22“ ersetzt.

Art. 190 – Die Überschrift von Buch VII Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 3 – Regularisierungsprüfung und Vergleich“

Art. 191 – Buch VII Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 desselben Gesetzbuches, der die Artikel D.VII.18 und D.VII.19 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 192 – Artikel D.VII.18 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.VII.18 – §1 – Gegenstand des im vorliegenden Artikel beschriebenen Verfahrens ist die Überprüfung, ob die regelwidrig durchgeführten Handlungen und Arbeiten unter Berücksichtigung gewisser Bedingungen nachträglich entweder aufgrund der bei der Ausführung der Handlungen und Arbeiten geltenden Regelung oder aufgrund der zum Zeitpunkt der Überprüfung geltenden Regelung gegebenenfalls in Anwendung von Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 genehmigt werden können.

Beschließt die Regierung, das Verfahren zur Regularisierungsprüfung einzuleiten, fordert sie den Zuwiderhandelnden und gegebenenfalls den Eigentümer des betroffenen Gutes auf, innerhalb einer von ihr festgelegten Frist einen Antrag auf Regularisierungsprüfung einzureichen. Der Antrag wird je nach Fall, gemäß dem in Buch IV vorgesehenen Verfahren für Anträge auf Städtebaugenehmigung, Erschließungsgenehmigung oder Teilungsgenehmigung bearbeitet, die in den Zuständigkeitsbereich der Regierung gemäß Artikel D.IV.22 fallen.

Die Aufforderung kann einen Anpassungsvorschlag der rechtswidrig durchgeführten Handlungen oder Arbeiten enthalten, der im einzureichenden Antrag berücksichtigt wird.

Im eingereichten Antrag wird darauf hingewiesen, dass es sich um einen Antrag auf Regularisierungsprüfung im Sinne des vorliegenden Artikels handelt.

§2 – In ihrem Beschluss über den Antrag auf Regularisierungsprüfung kann die Regierung feststellen, dass die rechtswidrig durchgeführten Handlungen oder Arbeiten:

1. unverändert, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von im Beschluss festgelegten Bedingungen, nachträglich genehmigt werden können;
2. mittels Durchführung von Abänderungsarbeiten, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von im Beschluss festgesetzten Bedingungen, nachträglich genehmigt werden können;
3. nicht nachträglich genehmigt werden können.

§3 – In dem in §2 Nummer 1 erwähnten Fall schlägt die Regierung einen Vergleich vor. Der Vergleich erfolgt durch Zahlung einer Geldsumme, deren Höhe gemäß den von der Regierung erlassenen Regeln bestimmt wird. Der Betrag der Geldsumme darf pro Verstoß nicht unter 250 Euro oder über 25.000 Euro liegen.

In Abweichung von Absatz 1 ist der Betrag der Geldsumme bei Verstößen im Zusammenhang mit erheblichen Veränderungen des Bodenreliefs nicht in der Höhe begrenzt.

Die Regierung bestimmt die Frist, innerhalb der die Zahlung des Geldbetrags zu erfolgen hat, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf.

Die Zahlung des Vergleichsbetrags erfolgt:

1. entweder an die Gemeinde, wenn der Verstoß durch die in Artikel D.VII.3 Nummern 1 und 2 genannten Gerichtspolizeioffiziere und feststellenden Bediensteten festgestellt wurde;
2. oder an die Deutschsprachige Gemeinschaft in den sonstigen Fällen.

Ab Erhalt des Vergleichsbetrags wird der Regularisierungsbeschluss rechtskräftig und gilt als Genehmigung gemäß Artikel D.IV.1.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Behörden, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die Zahlung des Vergleichsbetrags.

§4 – In dem in §2 Nummer 2 erwähnten Fall schlägt die Regierung einen Vergleich vor. Der Vergleich erfolgt durch Zahlung einer Geldsumme, deren Höhe gemäß den von der Regierung erlassenen Regeln bestimmt wird und durch die Durchführung der Abänderungsarbeiten. Der Betrag der Geldsumme darf pro Verstoß nicht unter 250 Euro oder über 25.000 Euro liegen. Die Kosten der Durchführung der Abänderungsarbeiten können mit dem Vergleichsbetrag verrechnet werden.

Die Regierung bestimmt die Frist, innerhalb der die Zahlung des Geldbetrags zu erfolgen hat, sowie die Frist zur Durchführung der Abänderungsarbeiten, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf.

Die Zahlung des Vergleichsbetrags erfolgt:

1. entweder an die Gemeinde, wenn der Verstoß durch die in Artikel D.VII.3 Nummern 1 und 2 genannten Gerichtspolizeioffiziere und feststellenden Bediensteten festgestellt wurde;

2. oder an die Deutschsprachige Gemeinschaft zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für die Nachhaltigkeit in den sonstigen Fällen.

Der Antragsteller informiert die Regierung über die Fertigstellung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten innerhalb von 30 Kalendertagen nach der erwähnten Fertigstellung. Die Kontrolle der Abänderungsarbeiten findet innerhalb von 75 Kalendertagen nach Erhalt der Information durch die Regierung statt. Bei Nichtdurchführung der Kontrolle innerhalb der angegebenen Frist gelten die Abänderungsarbeiten als konform. Die Artikel D.IV.73 und D.IV.73.1 sind entsprechend anwendbar.

Ab Erhalt des Vergleichsbetrags und Vorlage der Konformitätserklärung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten bzw. nach Ablauf der Frist zur Durchführung der Kontrolle wird der Regularisierungsbeschluss rechtskräftig und gilt als Genehmigung im Sinne des Artikels D.IV.1.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Behörden, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die Zahlung des Vergleichsbetrags und die konforme Durchführung der Abänderungsarbeiten.

§5 – In dem in §2 Nummer 3 erwähnten Fall fordert die Regierung Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19, Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.20 und verhängt gegebenenfalls eine administrative Geldbuße gemäß Artikel D.VII.21 oder leitet ein Gerichtsverfahren gemäß Artikel D.VII.22 ein.

§6 – Der Beschluss über den Antrag auf Regularisierungsprüfung wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Antragsteller;
2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Antragsteller ist;
3. dem Prokurator des Königs;
4. dem Gemeindegremium.

Art. 193 – In Buch VII Kapitel VI desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Abschnitt 4, der den Artikel D.VII.19 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 4 – Verwaltungsmaßnahmen“

Art. 194 – Artikel D.VII.19 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.VII.19 – §1 – Die Regierung kann unbeschadet der anderen in vorliegendem Kapitel vorgesehenen Maßnahmen folgende Verwaltungsmaßnahmen einzeln oder kombiniert anordnen:

1. die vollständige oder teilweise Rückführung in den ursprünglichen Zustand bzw. die Durchführung von Abänderungsmaßnahmen innerhalb einer von ihr festgelegten Frist, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf;
2. die Versiegelung des betroffenen Gutes und, wenn nötig, seine sofortige vorübergehende Schließung;
3. jede sonstige nützliche Maßnahme, um einen Schaden am Gut oder durch das Gut zu beseitigen oder zu verhindern.

Der Beschluss der Regierung gilt als Genehmigung gemäß Artikel D.IV.1.

§2 – Beschließt die Regierung, dass Verwaltungsmaßnahmen getroffen werden sollen, teilt sie dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben Folgendes mit:

1. die Taten und ihre Qualifizierung;

2. dass der Zuwiderhandelnde die Möglichkeit hat, seine Verteidigungsmittel binnen einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Tag der Notifizierung per Einschreiben darzulegen, und dass er bei dieser Gelegenheit das Recht hat, die Regierung zu bitten, sich mündlich zu verteidigen;

3. dass der Zuwiderhandelnde das Recht hat, sich von einem Beistand beistehen oder vertreten zu lassen;

4. dass der Zuwiderhandelnde das Recht auf Akteneinsicht hat;

5. eine Abschrift des Feststellungsprotokolls.

Die Regierung bestimmt den Tag, an dem der Zuwiderhandelnde aufgefordert wird, sich mündlich zu verteidigen.

§3 – Nach Ablauf der in §2 Nummer 2 festgelegten Frist oder vor Ablauf dieser Frist, wenn der Zuwiderhandelnde wissen lässt, dass er die Taten nicht bestreitet, oder gegebenenfalls nach mündlicher oder schriftlicher Verteidigung der Sache durch den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand kann die Regierung die Verwaltungsmaßnahmen auferlegen.

Die Regierung kann den Zuwiderhandelnden verpflichten, eine Kautions- oder Garantie als Sicherheit für die durchzuführenden Maßnahmen zu hinterlegen.

§4 – Der Beschluss der Regierung wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Zuwiderhandelnden;

2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Zuwiderhandelnde ist;

3. dem Prokurator des Königs;

4. dem Gemeindegremium.

§5 – Der Zuwiderhandelnde kann durch einen beim Korrekionalgericht schriftlich eingereichten Antrag binnen 30 Kalendertagen nach Übermittlung des Beschlusses Beschwerde einlegen. Der Antrag führt die Identität und die Anschrift des Zuwiderhandelnden, die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die entsprechenden Anfechtungsgründe auf.

Das Korrekionalgericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit der angeordneten Verwaltungsmaßnahmen.

§6 – Wenn der Zuwiderhandelnde es versäumt, die Verwaltungsmaßnahmen innerhalb der vorgegebenen Frist durchzuführen, kann die Regierung die Verwaltungsmaßnahmen zulasten des Zuwiderhandelnden von Amts wegen durchführen.“

Art. 195 – Buch VII Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches, der den Artikel D.VII.20 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 196 – In Buch VII Kapitel VI desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Abschnitt 5, der den Artikel D.VII.20 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 5 – Kompensationsmaßnahmen“

Art. 197 – Artikel D.VII.20 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.VII.20 – §1 - Wenn weder die Regularisierung noch die Rückführung in den ursprünglichen Zustand möglich sind, kann die Regierung Kompensationsmaßnahmen auferlegen, die keiner Städtebaugenehmigung bedürfen, wie etwa die Anpflanzung von Bäumen oder Hecken, die unwesentliche Änderung des Bodenreliefs oder der Abriss strittiger

Bauwerke, die Einhaltung einer guten Raumordnung gewährleisten können. In diesem Fall schreibt die Regierung dem Zuwiderhandelnden diese Maßnahmen und die Frist für deren Durchführung vor.

§2 - Betreffen die Kompensationsmaßnahmen:

1. ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor der Auferlegung der Maßnahme ein gleich lautendes Denkmalgutachten eingeholt;
2. ein in Artikel D.IV.14.2 genanntes Gut, wird vor der Auferlegung der Maßnahme ein einfaches Denkmalgutachten eingeholt.

Das Gutachten über die Kompensationsmaßnahmen wird innerhalb von dreißig Tagen nach der Einsendung durch die Regierung übermittelt. Andernfalls wird von einem positiven Gutachten ausgegangen.

§3 - Nach Abschluss der festgelegten Frist protokolliert die Regierung die Durchführung der ihrer Entscheidung entsprechenden Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.IV.73.1.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Behörden, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die konforme Durchführung der Kompensationsmaßnahmen.

In Ermangelung einer fristgerechten und dem Beschluss entsprechenden Durchführung der auferlegten Kompensationsmaßnahmen wird das Verfahren gemäß Artikel D.VII.12 oder D.VII.22 fortgesetzt.“

Art. 198 – In Buch VII Kapitel VI desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Abschnitt 6, der die Artikel D.VII.21 bis D.VII.21.2 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 6 – Administrative Geldbußen“

Art. 199 – Artikel D.VII.21 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. D.VII.21 – §1 – Die festgestellten Verstöße können mittels administrativer Geldbußen verfolgt werden, außer wenn:

1. der Prokurator des Königs innerhalb von 60 Kalendertagen nach der an ihn gerichteten Anfrage seine Absicht mitgeteilt hat, den festgestellten Verstoß strafrechtlich zu verfolgen;
2. ein rechtskräftiger Regularisierungsbeschluss gemäß Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 oder 2 vorliegt.

Die Strafverfolgung und der Vergleich schließen jeweils die Auferlegung einer administrativen Geldbuße aus.

§2 – Die administrative Geldbuße beträgt mindestens 250 Euro und höchstens 100.000 Euro.

Wenn binnen fünf Jahren nach Erstellung des Feststellungsprotokolls ein neuer Verstoß festgestellt wird, wird die in Absatz 1 erwähnte Geldbuße verdoppelt.

§3 – Die Regierung verfügt über eine Frist von zwölf Monaten ab Erhalt des Feststellungsprotokolls des Verstoßes bzw. ab Ablauf der Frist gemäß Artikel D.VII.18 §1, §3 Absatz 3 oder §4 Absatz 2, um eine administrative Geldbuße aufzuerlegen.

§4 – Beschließt die Regierung, eine administrative Geldbuße aufzuerlegen, teilt sie dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben Folgendes mit:

1. die Taten und ihre Qualifizierung;
2. dass der Zuwiderhandelnde die Möglichkeit hat, seine Verteidigungsmittel binnen einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Tag der Notifizierung per Einschreiben darzulegen, und dass er bei dieser Gelegenheit das Recht hat, die Regierung zu bitten, sich mündlich zu verteidigen;
3. dass der Zuwiderhandelnde das Recht hat, sich von einem Beistand beistehen oder vertreten zu lassen;
4. dass der Zuwiderhandelnde das Recht auf Akteneinsicht hat;
5. eine Abschrift des Feststellungsprotokolls.

Die Regierung bestimmt den Tag, an dem der Zuwiderhandelnde aufgefordert wird, sich mündlich zu verteidigen.

Wenn die administrative Geldbuße kombiniert mit Verwaltungsmaßnahmen gefordert wird, erwähnt die Regierung dies in ihrer Mitteilung gemäß Artikel D.VII.19 §2 im Hinblick auf die Organisation einer gemeinsamen mündlichen Anhörung.

§5 – Nach Ablauf der in §4 Nummer 2 festgelegten Frist oder vor Ablauf dieser Frist, wenn der Zuwiderhandelnde wissen lässt, dass er die Taten nicht bestreitet, oder gegebenenfalls nach mündlicher oder schriftlicher Verteidigung der Sache durch den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand kann die Regierung die administrative Geldbuße auferlegen.

Die Regierung notifiziert dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben ihren Beschluss.

In der Notifizierung werden auch die in den Artikeln 13, 15 sowie 16 bis 19 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG erwähnten Informationen angegeben.

§6 – Der Beschluss zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ist nach Ablauf einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Tag seiner Notifizierung vollstreckbar, es sei denn, gemäß §7 wird Beschwerde eingelegt.

Die administrative Geldbuße wird zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für die Nachhaltigkeit eingezogen.

Sie wird innerhalb von 30 Kalendertagen nach dem Tag, an dem der Beschluss vollstreckbar geworden ist, durch Einzahlung oder Überweisung auf ein entsprechendes Konto anhand eines Einzahlungs- oder Überweisungsformulars beglichen.

Die auferlegte administrative Geldbuße ist nicht steuerlich abzugsfähig.

§7 – Der Zuwiderhandelnde kann durch einen beim Korrektionalgericht schriftlich eingereichten Antrag binnen 30 Kalendertagen nach Notifizierung des Beschlusses Beschwerde einlegen. Der Antrag führt die Identität und die Anschrift des Zuwiderhandelnden, die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die entsprechenden Anfechtungsgründe auf.

Das Korrektionalgericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit und die Verhältnismäßigkeit der auferlegten Geldbuße. Es kann den Beschluss der Regierung entweder bestätigen oder abändern.

Gegen die Entscheidung des Korrekionalgerichts kann keine Berufung eingelegt werden.“

Art. 200 – In Buch VII Kapitel VI Abschnitt 6 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VII.21.1 eingefügt:

„Art. D.VII.21.1 – Die Regierung bestellt die mit der Eintreibung der unstrittigen und fälligen administrativen Geldbußen sowie der eventuell entstandenen Eintreibungskosten beauftragten Personen.

Die in Absatz 1 erwähnten Personen sind dazu befugt:

1. einen Zahlungsbefehl auszustellen;
2. den Zahlungsbefehl zu visieren, für vollstreckbar zu erklären und dem Zuwiderhandelnden gegebenenfalls per Gerichtsvollzieher zuzustellen;
3. den Schuldnern, die eine besondere Notlage nachweisen können, einen Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zu gewähren.“

Art. 201 – In denselben Abschnitt desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VII.21.2 eingefügt:

„Art. D.VII.21.2 – Die administrativen Geldbußen verjähren in fünf Jahren ab dem Datum, an dem sie gezahlt werden müssen.

Diese Frist kann unterbrochen werden, entweder wie in den Artikeln 2244 und folgende des Zivilgesetzbuches vorgesehen oder durch einen Verzicht auf die eingetretene Verjährung. Wird die Verjährung unterbrochen, tritt fünf Jahre nach der letzten Handlung mit Unterbrechung der vorherigen Verjährung eine neue Verjährung ein, die auf dieselbe Weise unterbrochen werden kann, wenn kein Prozess anhängig ist.“

Art. 202 – Artikel D.VII.22 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Der einleitende Satz wie folgt ersetzt:

„In Ermangelung einer Strafverfolgung, wenn weder der Vergleich gemäß Artikel D.VII.18, noch die Auferlegung von Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19 möglich ist oder vom Zuwiderhandelnden nicht durchgeführt werden, fordert die Regierung oder das Gemeindegremium vor dem Zivilgericht für jeden Verstoß einzeln oder kombiniert:“

2. In Nummer 3 wird die Wortfolge „, zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für die Nachhaltigkeit“ eingefügt.

3. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

„4° und/oder Kompensationsmaßnahmen im Sinne des Artikels D.VII.20.“

Art. 203 – Artikel D.VII.26 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 15. März 2018, wird wie folgt ersetzt:

„Die Protokolle, die dem Prokurator des Königs vor dem 1. Oktober 2022 notifiziert wurden, werden auf der Grundlage der Bestimmungen behandelt, die am Datum der Notifizierung galten, es sei denn, dass neuere Bestimmungen vorteilhafter für den Zuwiderhandelnden sind. Die in den Artikeln D.VII.1bis, D.VII.11 Absatz 1, D.VII.12 und 13, D.VII.16 bis 21.2 sowie D.VII.22 in ihrer Fassung vom 1. Oktober 2022 aufgeführten Maßnahmen gelten in jedem Fall als für den Zuwiderhandelnden vorteilhafter.“

Art. 204 – Artikel D.VIII.1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Angabe „D.V.2 §10 und D.V.11 §4“ durch die Angabe „D.II.57.6 §2“ ersetzt.

2. Nummer 3 Buchstabe e) wird wie folgt ersetzt:

„e) das Areal für einen Sanierungsstandort;“

3. Nummer 3 Buchstabe f) wird aufgehoben.

4. Nummer 3 Buchstabe h) wird wie folgt ersetzt:

„h) der in Artikel 7 §1 des Dekrets der Wallonischen Region vom 22. November 2018 über das Enteignungsverfahren gemeinte Enteignungsplan, wenn er später als ein Plan, Areal oder Schema im Sinne des vorliegenden Kapitels erstellt wird;“

5. In Nummer 4 Buchstabe b), wird das Wort „Verstädterungsgenehmigungen“ durch die Wortfolge „Erschließungs- oder Teilungsgenehmigungen“ ersetzt.

Art. 205 – In Artikel D.VIII.2 §1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2“ ersetzt.

Art. 206 – In Artikel D.VIII.3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2“ ersetzt.

Art. 207 – Artikel D.VIII.5 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Informationsversammlung“ durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt.

2. In §2 Absatz 2 wird das Wort „Informationsversammlung“ durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt.

3. In §3 Absatz 1 wird das Wort „Informationsversammlung“ durch das Wort „Informationsveranstaltung“ und das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Veranstaltung“ ersetzt.

4. In §3 Absatz 2 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Veranstaltung“ und das Wort „Informationsversammlung“ durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt.

5. In §3 Absatz 4 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Veranstaltung“ ersetzt.

6. In §4 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Veranstaltung“ ersetzt.

7. In §6 Absatz 1 wird die Wortfolge „der Versammlung“ durch die Wortfolge „nach der Veranstaltung“ ersetzt.

8. In §6 Absatz 2 wird das Wort „Informationsversammlung“ jeweils durch das Wort „Informationsveranstaltung“ ersetzt.

Art. 208 – Artikel D.VIII.6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2“ und die Wortfolge „der in Artikel D.IV.33 erwähnten Empfangsbescheinigung“ durch die Wortfolge „des Bescheids über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

„Er lässt der zuständigen Behörde per E-Mail oder per Schreiben spätestens am Tag nach Beginn des Anschlags ein Foto zum Beweis des Anschlags zukommen.“

3. In Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „der Empfangsbestätigung“ durch die Wortfolge „des Bescheids über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

4. In Absatz 4 wird die Wortfolge „von einem kommunalen Raumordnungsplans, der vor dem Inkrafttreten des Gesetzbuches angenommen wurde und zum lokalen Orientierungsschema geworden ist, von einer Ordnung, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzbuches angenommen wurde und zum Leitfaden geworden ist, oder von einer Verstädterungsgenehmigung abweicht“ durch die Wortfolge „von einem lokalen Orientierungsschema, von einem Leitfaden oder von einer Erschließungsgenehmigung abweicht“ ersetzt.

5. Folgender Absatz wird zwischen Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, eingefügt:

„Bei Projektankündigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 enthält die Bekanntmachung eine 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts. Bei Projektankündigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2

enthält die Bekanntmachung eine Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung und ggf. den grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets.“

Art. 209 – Artikel D.VIII.7 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigung und -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2“ ersetzt.

3. In §2 Absatz 2 Nummer 1 wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigung und -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung und Städtebaubescheinigung Nr. 2“ ersetzt.

4. In §2 Absatz 2 werden folgende Nummern 12 und 13 eingefügt:

„12° bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 eine 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts;

13° bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2 eine Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung und ggf. den grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets.“

Art. 210 – In Artikel D.VIII.11 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2“ und die Wortfolge „der Empfangsbestätigung des vollständigen Antrags oder“ durch die Wortfolge „des Bescheids über die formelle Vollständigkeit“ ersetzt.

Art. 211 – In Artikel D.VIII.13 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2“ ersetzt.

Art. 212 – In Artikel D.VIII.14 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2“ ersetzt.

Art. 213 – Artikel D.VIII.15 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigungen und -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2“ ersetzt.

2. §1 Absatz 2 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

„4° die Kopie der Bemerkungen und Anregungen, die im Rahmen der vorherigen Informationsveranstaltung geäußert wurden, sowie das Protokoll der Informationsveranstaltung;“

Art. 214 – Artikel D.VIII.16 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigung und -bescheinigung Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2“ und das Wort „Vollständigkeit“ durch die Wortfolge „formellen Vollständigkeit“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort „Vollständigkeit“ durch die Wortfolge „formellen Vollständigkeit“ ersetzt.

Art. 215 – Artikel D.VIII.22 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „des Areals für einen neu zu gestaltenden Standort, des Areals für eine Landschafts- und Umweltsanierung“ durch die Wortfolge „des Areals für einen Sanierungsstandort“ ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Angabe „Artikel D.VI.3“ durch die Wortfolge „Artikel 7 §1 des

Dekrets der Wallonischen Region vom 22. November 2018 über das Enteignungsverfahren“ ersetzt und die Wortfolge „oder wenn er von einem Plan, Areal oder Schema im Sinne von Artikel D.VI.1 unabhängig ist,“ gestrichen.

Art. 216 – In Artikel D.VIII.25 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „eines Areals für einen neu zu gestaltenden Standort oder für Landschafts- und Umweltsanierungsmaßnahmen“ durch die Wortfolge „eines Areals für einen Sanierungsstandort“ ersetzt.

Art. 217 – Die Überschrift von Buch VIII Titel I Kapitel VI desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wie folgt ersetzt:
„KAPITEL VI – INFORMATIONSVERANSTALTUNG PER VIDEOPRÄSENTATION“

Art. 218 – Artikel D.VIII.27.1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird aufgehoben.

Art. 219 – In Artikel D.VIII.27.4 §4 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird die Wortfolge „während der zwei Tage der Internetveröffentlichung des Präsentationsvideos“ gestrichen.

Art. 220 – Artikel D.VIII.31 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen dem Wort „die“ und dem Wort „Areale“ die Wortfolge „Areale für einen Sanierungsstandort und die“ eingefügt.

2. In §2, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 24. Mai 2018, wird die Angabe „Absatz 1“ durch die Angabe „§1“ ersetzt.

3. In §3 Absatz 3 wird das Wort „Verstädterung“ durch das Wort „Erschließung“ ersetzt.

Art. 221 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Oktober 2022 in Kraft.

In Abweichung von Absatz 1 treten die Artikel 4 bis 8, 70, 71, 93, 100 Nummern 3 bis 7, 101 Nummer 1, 102 bis 105 und 157 an einem von der Regierung festgelegten Datum und spätestens am 1. Oktober 2023 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios
Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis
Datum: 2021.11.08
15:08:17 +01'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'aménagement du territoire est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

AVANT-PROJET DE DECRET MODIFIANT LA PARTIE DECRETALE DU CODE DU DEVELOPPEMENT TERRITORIAL

CONTENU

Le présent projet de décret a pour objet de modifier la partie décrétales du Code de l'aménagement du territoire afin d'adapter les dispositions aux réalités de la Communauté germanophone après le transfert de la compétence « Aménagement du territoire ».

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	2
Explications générales	2
Remarques à propos de l'avis remis par le conseil consultatif pour l'aménagement du territoire	2
Commentaire des articles.....	5
Avant-projet	28

EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GENERALES

En vertu de l'article 139 de la Constitution, la Communauté germanophone a, le 1^{er} janvier 2020, repris de la Région wallonne l'exercice de la compétence en matière d'aménagement du territoire au sens de l'article 6, § 1^{er}, I., de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.

Ce cadre juridique a été mis en place pour répondre aux besoins, à la superficie et à la population de l'ensemble de la Wallonie et a été adapté dans un premier temps, notamment sur le plan administratif, aux structures de la Communauté germanophone par le décret-programme 2019 du 12 décembre 2019. Cependant, il est également nécessaire d'adapter le contenu ou, selon le cas, de le façonner aux intérêts et à l'échelle de la Communauté germanophone.

Afin d'adapter la législation à cet égard, un processus en trois phases a été choisi :

- Phase 1 : rapide et efficace par arrêté;
- Phase 2 : premières adaptations dans la partie décrétable;
- Phase 3 : réforme globale de la législation en matière d'aménagement du territoire.

Le présent avant-projet de décret relève de la phase 2. Cette phase permet d'apporter des modifications à la partie décrétable du Code du Développement territorial, modifications qui peuvent être mises en œuvre « conformément au système » sans affecter les réflexions approfondies de la phase 3 ou en préjuger.

Étant donné que la phase 3 traitera des questions fondamentales du développement territorial en Communauté germanophone, un « facilitateur de projet » externe, composé d'urbanistes spécialisés et de spécialistes en communication, a été chargé de mener à bien l'ensemble du processus d'élaboration de la phase 3.

Toutefois, étant donné que le résultat de la phase 3 ne devrait pas être disponible avant plusieurs années, il est nécessaire, dans l'intervalle, d'adapter la partie décrétable du Code du développement territorial afin que le transfert apporte déjà une valeur ajoutée sur certains points. Les dispositions du Code du développement territorial seront davantage adaptées à la situation en Communauté germanophone. Des procédures simplifiées sont introduites. Cela permet d'assurer la continuité du service public et une sécurité juridique aussi grande que possible pour les citoyens, les entreprises et les administrations. Par ailleurs, des corrections linguistiques ainsi que des adaptations terminologiques ont été apportées afin de contribuer à une meilleure compréhension de la législation en langue allemande.

REMARQUES A PROPOS DE L'AVIS REMIS PAR LE CONSEIL CONSULTATIF POUR L'AMENAGEMENT DU TERRITOIRE

- Remarques générales et avertissements relatifs à la terminologie

Les remarques et avertissements relatifs à la terminologie ainsi que les remarques relatives aux passages qui ne font pas l'objet de modifications du projet examiné sont prises en compte pour la phase 3, laquelle s'occupe de la réforme globale de la législation en matière d'aménagement du territoire. De ce fait, ces remarques ne sont pas reprises dans les dispositions du présent décret modificatif.

La formulation « Plan As-Built » est en règle générale connue et compréhensible; elle est préférée à l'introduction d'une nouvelle formulation.

La remarque qui se rapporte à la modification terminologique « avis de complétude » a été intégrée dans le texte.

- Livre I^{er} : Dispositions générales

En ce qui concerne la composition de la commission de recours, il faut signaler que des spécialistes (juriste, architecte et urbaniste) font déjà partie des membres. La commission doit être saisie de recours dans le cadre de demandes de permis ou de demandes de certificats d'urbanisme. Pour des dossiers particuliers, la commission a l'opportunité, au cas par cas et pour des circonstances concrètes, de faire appel à d'autres spécialistes d'un domaine spécifique, comme en matière de paysage si ce domaine est concerné. Il n'est toutefois pas nécessaire d'élargir de manière générale la composition en ce qui concerne le contenu général des recours.

La composition actuelle ne nuit pas à un examen neutre visant l'amélioration des qualités architecturales. La remarque formulée à ce sujet est toutefois prise en compte pour les réflexions qui seront menées dans le cadre de la phase 3.

- Livre II : Planification (schémas et plans de secteur)

Dans les articles D.II.25bis, D.II.55 et D.II.57, aucune modification de contenu discutée concrètement dans l'avis n'a été opérée. Les remarques relatives aux passages qui ne font pas l'objet de modifications du projet examiné sont prises en compte pour les réflexions qui seront menées dans le cadre de la phase 3.

La remarque relative à l'article D.II.57.3 a été partiellement transposée dans le texte. La nécessité d'une visualisation « parlante » du projet d'urbanisme est adjointe au contenu du dossier pour un périmètre de remembrement urbain. En revanche, le site à réaménager ne se base pas sur un projet urbanistique (le terme allemand est adapté dans le texte, sans effet sur la traduction française).

- Livre III : Guide (régional et communal) d'urbanisme

Les remarques ne concernent pas directement des modifications apportées au projet examiné. Elles sont reprises en tant que suggestions pour la phase 3, laquelle s'occupe de la réforme globale de la législation en matière d'aménagement du territoire.

- Livre IV : Procédure

Il a été tenu compte de la remarque : les articles D.IV.9 et D.IV.13 mettent l'accent sur le cumul des conditions. Dans les articles D.IV.42 et D.IV.54, § 3, il ne s'agit pas de conditions cumulatives. Le texte a été adapté pour souligner cette différence.

L'article D.IV.54 concerne les obligations urbanistiques. Les paiements financiers sont actuellement exclus; le présent projet de décret ne remet pas cette exclusion en cause. La remarque est prise en compte pour les réflexions qui seront menées dans le cadre de la phase 3.

La remarque relative à l'article D.IV.60 et concernant les garanties financières a été reprise. Les garanties financières deviennent obligatoires.

La remarque relative à la procédure devant la commission de recours (article D.IV.66) a également été formulée en ce qui concerne le Livre I^{er}. Il est renvoyé au commentaire ci-dessus.

Pour renforcer la transparence de la publicité, le texte a été adapté de sorte qu'une visualisation 3D est ajoutée, le cas échéant, aux affiches.

Il a déjà été tenu compte de la remarque relative à la création d'autorités de contrôle communes. Le projet de décret prévoit que le Gouvernement est l'autorité compétente pour établir la déclaration de conformité, pour organiser le contrôle de régularisation, pour proposer des transactions ainsi que pour exiger des mesures ou amendes administratives.

Il a été tenu compte de la remarque et ajouté au texte que des photos de la construction terminée sont exigées et doivent être annexées aux plans As-Built.

La remarque formulée à propos de l'article D.IV.73 ne peut être concrétisée étant donné que la vérification de la date à laquelle le domicile a été enregistré se base sur des données à caractère personnel auxquelles une autorité d'aménagement du territoire n'a pas accès. La date de référence pour l'achèvement des travaux est en revanche praticable pour l'examen par le service compétent.

En ce qui concerne la remarque relative à l'article D.IV.73.2, il est difficile d'établir une liste négative. La déclaration de conformité est centralisée par le Gouvernement. Il semble plus judicieux de laisser le Gouvernement statuer sur la base des circonstances concrètes. Lors de modifications concernant des conditions mises au permis par le collège, il est prévu que l'avis du collège doit à nouveau être sollicité.

La remarque relative aux réunions de projet a conduit à une adaptation des chiffres : commerce de détail 2 500 m²; bureaux 1 500m² et 50 unités de logement.

- Livre V : Aménagement opérationnel et urbanisme opérationnel

La remarque formulée par le conseil consultatif est compréhensible. Les projets de textes qui adaptent le décret relatif à l'infrastructure en ce qui concerne les subventions ne relèvent pas de sa compétence. Le reproche doit dès lors être pris en considération. Il faut signaler toutefois que les subventions ne sont pas supprimées, mais doivent être parallèlement intégrées dans le cadre du décret relatif à l'infrastructure afin de réunir – en Communauté germanophone – les dispositions financières en un texte global.

- Livre VII : Infractions et sanctions

Il est pris connaissance de la remarque formulée par le conseil consultatif à propos de l'article D.VII.1bis. Le Livre VII traite d'une matière très complexe, empreinte de procédures juridiques. Les infractions urbanistiques sont des infractions pénales. La reformulation proposée permet de simplifier le texte par rapport au libellé actuel. Le citoyen pourra naturellement s'adresser aux autorités compétentes pour obtenir des informations en cas de difficultés de compréhension.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article prévoit une adaptation conformément au Livre V et abroge la notion générale d'« aménagement opérationnel », étant donné que, selon le plan d'infrastructure, ces instruments ne sont pas nécessaires en Communauté germanophone et ne semblent pas adaptés. Les instruments de planification (le périmètre d'un site à réaménager et le périmètre de remembrement urbain) sont désignés explicitement en tant qu'instruments d'aménagement et sont conservés, sans les aspects financiers.

Article 2

Cet article fixe un délai de trente jours à compter de la réception de la demande d'avis par le conseil consultatif. En outre, une prolongation de quinze jours est prévue lorsque la période commence ou expire entre le 1^{er} juillet et le 31 août. Les conséquences de la remise ou non-remise d'un avis sont également expliquées.

Article 3

Cet article abroge la délégation donnée au Gouvernement pour déterminer les modalités de fonctionnement du conseil consultatif, car cette délégation n'est pas nécessaire.

Article 4

Cet article adapte le titre de la section 2 et remplace la commission consultative des recours par la commission de recours.

Article 5

Cet article fixe les compétences de la commission de recours ainsi que son siège.

Article 6

Cet article prévoit que la commission de recours est composée d'un juriste, qui en assure la présidence, d'un architecte et d'un urbaniste. Si la protection du patrimoine est en jeu, un quatrième membre est consulté. Les membres de la commission sont désignés par le Gouvernement pour un mandat d'une durée maximale de cinq ans renouvelable.

Article 7

Cet article établit la confirmation de l'indépendance et de l'impartialité de la commission de recours. Il établit également un cadre pour son fonctionnement, fixe le quorum de présence et détermine que les décisions seront adoptées à la majorité des voix des membres présents. Il est prévu que des experts puissent être invités à participer aux réunions.

Article 8

Cet article établit la base du droit aux jetons de présence et indemnités de déplacement pour le président et les membres de la commission de recours.

Article 9

Cet article insère, dans le Livre I^{er}, le chapitre V.1 intitulé « Fonds pour la durabilité ».

Article 10

Cet article insère un article D.I.12.1. Il est institué un Fonds pour la durabilité. Cet article détermine en outre les recettes et dépenses dudit Fonds.

Article 11

Cet article crée une disposition transitoire pour les procédures de recours pendantes.

Article 12

Cet article prévoit l'adaptation de l'intitulé du Livre étant donné que les instruments du livre V (le périmètre d'un site à réaménager et le périmètre d'un remembrement urbain) seront intégrés dans ce Livre.

Article 13

Cet article ajoute une précision pour qu'il soit clair que si certains conseils communaux, contrairement à d'autres, n'ont pas adopté le schéma de développement pluricommunal, le Gouvernement a la possibilité, sous certaines conditions, d'approuver la décision du conseil communal. En outre, en supprimant la limitation de l'applicabilité de la procédure, il est possible de corriger certaines procédures sans devoir recommencer toute la procédure *ab initio*.

Article 14

Cet article apporte une précision concernant l'application des dispositions régissant l'élaboration d'un schéma de développement pluricommunal à la révision de celui-ci.

Article 15

Cet article procède à plusieurs adaptations linguistiques. En outre, en supprimant la limitation de l'applicabilité de la procédure, il est possible de corriger certaines procédures sans devoir recommencer toute la procédure *ab initio*.

Article 16

Cet article procède à plusieurs adaptations et simplifications linguistiques.

Article 17

Cet article établit le « Plan de secteur de la Communauté germanophone » en coordonnant les différents plans de secteur en vigueur en région de langue allemande.

Article 18

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 19

Cet article prévoit une adaptation conformément au Livre V.

Article 20

Cet article procède, au niveau des principes applicables à la révision du plan de secteur, à des adaptations relatives à l'instauration du Fonds pour la durabilité. La liquidation d'un montant compensatoire en faveur du Fonds pour la durabilité est ainsi prévue.

Article 21

L'objet de cet article est d'assurer la coordination avec le Livre VIII pour une meilleure compréhension de l'enchaînement des étapes de la procédure.

Article 22

Cet article procède à une adaptation linguistique. En outre, cet article a pour objet d'assurer la coordination avec le Livre VIII pour une meilleure compréhension de l'enchaînement des étapes de la procédure.

Article 23

Cet article procède à une adaptation linguistique. En outre, cet article a pour objet d'assurer la coordination avec le Livre VIII pour une meilleure compréhension de l'enchaînement des étapes de la procédure.

Article 24

Cet article adapte plusieurs renvois. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 25

Cet article adapte plusieurs renvois. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 26

Cet article procède à plusieurs adaptations linguistiques et terminologiques. « Accusé de réception » devient « avis de complétude formelle ». Le mot allemand « Informationsversammlung » est remplacé par le mot « Informationsveranstaltung » dans tout le texte afin de créer une uniformité.

Article 27

Cet article a pour but de mettre fin à l'ambiguïté concernant la profondeur de 50 mètres de la « zone linéaire » en précisant que des mesures basées sur des prescriptions graphiques seront déterminantes pour fixer l'étendue des zones. En outre, cet article clarifie également le traitement de la ligne de démarcation entre une zone constructible et une zone non constructible. La largeur de la ligne de démarcation d'une zone urbanisable figurant sur le plan de secteur est réputée appartenir à cette zone. La limite extérieure de la zone urbanisable est matérialisée par la limite extérieure du trait.

Article 28

Cet article insère le titre « Périmètres ». Le Livre V est abrogé. Certains instruments, non adaptés à la Communauté germanophone, ne sont plus nécessaires. La plupart des subventions du Livre V sont couvertes par le décret sur l'infrastructure ou peuvent y être transférées. Les instruments restants (le périmètre d'un site à réaménager et le périmètre de remembrement urbain) sont transférés dans le Livre II, titre II.1, en tant qu'instruments d'aménagement.

Article 29

Cet article insère, dans le Livre II, titre II.1, le chapitre I^{er} intitulé « Généralités ».

Article 30

Cet article reprend le texte existant du Livre V (article D.V.1 pour le périmètre d'un site à réaménager et article D.V.9 pour le périmètre de remembrement urbain) et établit les définitions des différentes notions. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 31

Cet article insère un chapitre II intitulé « Procédures ». Ce chapitre comprend les prescriptions relatives à la procédure concernant le périmètre d'un site à réaménager et le périmètre de remembrement urbain. Une procédure commune est envisagée, mais avec des dispositions spécifiques selon les périmètres.

Article 32

Cet article insère, dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, la section 1^{re} intitulée « Droit d'initiative et proposition ».

Article 33

Cet article reprend le texte existant du Livre V (article D.V.2, § 1^{er}, et article D.V.10) et établit le droit d'initiative. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 34

Cet article précise le contenu du dossier. Le contenu du dossier fait la distinction entre un site à réaménager et un périmètre de remembrement urbain. En outre, cet article prévoit l'adaptation à la nécessité d'établir un rapport sur les incidences environnementales. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 35

Cet article insère, dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, la section 2 intitulée « Procédures ».

Article 36

Cet article reprend le texte existant du Livre V (article D.V.2, §§ 3 à 7, et article D.V.11) et définit la procédure d'avis et d'enquête publique. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 37

Cet article reprend le texte existant du Livre V (article D.V.2, § 8). En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 38

Cet article reprend le texte existant du Livre V (articles D.V.2, §§ 9 et 10). En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 39

Cet article insère dans le Livre II, titre II.1, le chapitre III intitulé « Dispositions particulières aux sites à réaménager ».

Article 40

Cet article reprend le texte existant du Livre V (article D.V.3) et définit la base des investigations ainsi que les pouvoirs des agents délégués. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 41

Cet article établit que, sauf exclusion expresse formulée par le Gouvernement, l'arrêté fixant définitivement le périmètre d'un site à réaménager vaut permis d'urbanisme pour l'exécution des actes et travaux de réhabilitation et de rénovation du site. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 42

Cet article reprend le texte existant du Livre V (article D.V.4) et inclut la disposition relative aux aliénations.

Article 43

Cet article reprend le texte existant du Livre V (article D.V.5) et inclut la disposition visant à préserver la beauté des paysages/sites. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 44

Cet article insère, dans le Livre II, titre III, le chapitre V intitulé « Périmètres ».

Article 45

Cet article crée la disposition transitoire pour les sites à réaménager.

Article 46

Cet article crée la disposition transitoire pour le remembrement urbain.

Article 47

Cet article confirme la possibilité de limiter les guides régionaux à des sujets spécifiques.

Article 48

Cet article confirme la possibilité de limiter les guides communaux à des sujets spécifiques.

Article 49

Cet article crée la possibilité, pour le Gouvernement, de soumettre au conseil communal une proposition de guide communal d'urbanisme. Cela permet au Gouvernement de prendre l'initiative et d'apporter son soutien par des travaux préparatoires.

Article 50

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand). Le mot allemand « Städtebaugenehmigungen » est remplacé par le mot « Genehmigungen ».

Article 51

Cet article procède à une modification terminologique. Dans l'ensemble du texte, le terme allemand « Verstädterungsgenehmigung » (permis d'urbanisation) est remplacé par le terme « Erschließungsgenehmigung » (permis de viabilisation).

L'article introduit le permis de division. Dans certaines circonstances, c'est désormais un permis de division et non plus un permis d'urbanisation qui sera requis, ce qui simplifiera la procédure lorsque les exigences techniques d'une viabilisation sont rencontrées, car seule la division sera soumise à permis, aucun prescrit urbanistique n'étant requis. Cela conduit à la création d'un plus grand nombre de « terrains libres ». L'article n'introduit pas de nouvelle obligation en matière de permis; il s'applique aux zones pour lesquelles un permis d'urbanisation est aujourd'hui requis.

Il prévoit également l'introduction d'une quatrième colonne dans la nomenclature. L'objectif est que les travaux et actes susceptibles d'avoir des effets cumulatifs ne deviennent des travaux à effets limités que lorsque la Communauté germanophone aura élaboré un guide régional en la matière. Les communes pourront alors délivrer des permis sans avis du Gouvernement, à condition que ce guide soit respecté.

Cet article corrige également une erreur de traduction (français/allemand).

Article 52

Cet article procède à une modification terminologique et introduit le permis de division.

Article 53

Cet article procède à une modification terminologique ainsi qu'à plusieurs adaptations linguistiques. L'antichrèse est abrogée, car cette forme juridique n'existe plus. En outre, insérer la phrase « La décision mentionnée à l'alinéa 1^{er} peut être prise avant le dépôt de la demande, au cours de la procédure ou simultanément à la décision prise par l'autorité quant à la demande de permis de viabilisation. » permet de s'aligner sur la jurisprudence. Cet article précise en outre qu'un permis de division n'est requis que si la demande est déjà comprise dans le champ d'application d'un permis de viabilisation; il prévoit les conditions de procédure simplifiée pour un permis de division.

Article 54

Cet article procède à plusieurs modifications terminologiques, à des adaptations conformément au Livre V et à l'adaptation de plusieurs renvois. En outre, il introduit une déclaration concernant le permis d'urbanisme pour des constructions groupées. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 55

Cet article procède à plusieurs adaptations linguistiques. Par ailleurs, il précise que la démolition ordonnée par le bourgmestre intervient dans le cadre de la police administrative générale. Il ajoute également que les actes et travaux qui ont été expressément exemptés d'une obligation de permis ne peuvent pas être soumis à une telle obligation.

Article 56

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand) et procède à des modifications terminologiques.

Article 57

Cet article procède à plusieurs adaptations linguistiques.

Article 58

Grâce à cet article, des projets privés ont eux aussi la possibilité d'agrandir, sur une zone adjacente où elles ne sont pas conformes, des constructions existant légalement. Auparavant, cela ne s'appliquait qu'aux extensions à des fins touristiques et commerciales.

Article 59

Cet article ajoute un alinéa à l'article D.IV.6 (restructuration). Cet article procède à plusieurs adaptations linguistiques. Il est également précisé que l'exception mentionnée dans l'article concerné est applicable en ce qui concerne la protection des habitats naturels, de la faune et de la flore sauvages.

Article 60

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand). En outre, il est ajouté que les conditions énoncées à l'article D.IV.9, alinéa 1^{er}, doivent être remplies de manière cumulative.

Article 61

Cet article crée l'exception pour redensification cohérente au sein de zones propices à la densification et en fixe les conditions.

Article 62

Cet article remplace le mot allemand « Erschließung » par « Verwertung ».

Article 63

Cet article crée la possibilité d'exception pour des zones d'activité économique et en fixe les conditions. Il crée la possibilité d'implanter également des activités économiques mixtes sur les zones industrielles reprises au plan de secteur et vice versa. L'objectif est de pouvoir utiliser autant que possible les terrains présents dans les zones existantes.

Article 64

Cet article procède à une adaptation linguistique.

Article 65

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand).

Article 66

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand). En outre, il est ajouté que les conditions énoncées à l'article D.IV.13 doivent être remplies de manière cumulative.

Article 67

Cet article procède à plusieurs modifications terminologiques ainsi qu'à une restructuration.

Article 68

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand).

Article 69

Cet article prévoit plusieurs adaptations linguistiques ainsi qu'une adaptation conformément au Livre V. En outre, une adaptation du Livre VII est insérée, et l'article prévoit que les propositions de transaction et les contrôles de régularisation après verbalisation seront menés de manière centralisée par le Gouvernement.

Article 70

Cet article adapte l'intitulé du Livre IV, titre II, chapitre I^{er}, section 3.

Article 71

Cet article fixe, par renvoi, les compétences de la nouvelle commission de recours.

Article 72

Cet article procède à plusieurs modifications terminologiques ainsi qu'à une adaptation du permis de division.

Article 73

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 74

Cet article procède à plusieurs modifications terminologiques.

Article 75

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 76

Cet article procède à une modification terminologique ainsi qu'à une adaptation linguistique.

Article 77

Cet article prévoit que le procès-verbal de la réunion de projet est contraignant et limite sa validité à deux ans à dater de ladite réunion. En outre, la condition du nombre de logements et celle relative à la superficie en bureaux entraînant le caractère contraignant de la réunion sont adaptées à l'échelle de la Communauté germanophone. L'article prévoit une prolongation de quinze jours du délai si la réunion a lieu entre le 16 juillet et le 15 août ou entre le 24 décembre et le 1^{er} janvier. Il est également possible de tenir la réunion de projet par vidéoconférence.

Article 78

Cet article prévoit que le procès-verbal de la réunion de projet est contraignant. L'article prévoit une prolongation de quinze jours du délai si la réunion a lieu entre le 16 juillet et le 15 août ou entre le 24 décembre et le 1^{er} janvier.

Article 79

Cet article procède à des modifications terminologiques. Le terme « récépissé » est remplacé par « avis de dépôt » dans l'ensemble du texte.

Article 80

Cet article procède à des modifications terminologiques. Le terme « accusé de réception » est remplacé par « avis de complétude formelle » dans l'ensemble du texte. En outre, il procède à des adaptations linguistiques.

Article 81

Cet article procède à des modifications terminologiques.

Article 82

Cet article procède à une adaptation linguistique.

Article 83

Cet article procède à des modifications terminologiques ainsi qu'à des adaptations linguistiques.

Article 84

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 85

Cet article procède à une adaptation linguistique et supprime une répétition dans le texte.

Article 86

Cet article adapte la procédure de modification de la demande de permis en cours de procédure. Il prévoit que l'envoi du consentement suspend les délais et que ceux-ci ne reprennent cours que lorsque les documents modifiés ont été introduits.

Article 87

Cet article abroge un article existant et adapte ainsi la procédure de modification de la demande de permis en cours de procédure. Actuellement, les plans modifiés doivent être confirmés avant l'expiration du délai pour qu'un nouveau délai soit fixé. C'est souvent impossible et peu réalisable en pratique.

Article 88

Cet article insère, dans le Livre IV, titre II, chapitre VI, la section 4 intitulée « Suspension de la procédure en vue de rectifier la demande de permis ».

Article 89

Cet article insère la procédure de suspension de la procédure en vue de rectifier la demande d'autorisation. Avant de prendre sa décision, l'autorité compétente peut suspendre la procédure pendant un maximum de trente jours afin de prier le demandeur de transmettre toute information supplémentaire nécessaire à sa décision ou des documents rectificatifs de la demande. Il s'agit d'ajustements mineurs, de clarifications techniques ou de questions qui se posent pendant l'examen de la demande.

Article 90

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 91

Cet article adapte l'intitulé du Livre IV, titre II, chapitre VII, et corrige ainsi une erreur de traduction (français/allemand).

Article 92

Cet article procède à des modifications terminologiques. Il prévoit également une adaptation du délai de 115 jours, qui s'applique actuellement à tous les autres cas auxquels ne s'appliquent pas les délais de 30 ou 75 jours.

Article 93

Cet article prévoit que la compétence ne relève plus du Gouvernement, mais de la commission de recours. Il est institué une commission de recours indépendante dotée d'un pouvoir décisionnel.

Article 94

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand) et procède à des modifications terminologiques. En outre, un délai de 60 jours est prévu pour la décision du Gouvernement relative au permis de division.

Article 95

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 96

Cet article introduit le principe d'obligations sociales. Il permet aux autorités d'imposer des conditions lors de demandes de permis d'urbanisme, telles que la mise à disposition de logements à la société de logement de service public pendant une certaine période, la vente de logements à une société de logement à un prix maximum ou leur cession à titre gratuit, la vente de logements à un prix maximum à des personnes dont l'accès à la propriété doit être promu, mais qui ne sont pas considérées comme socialement défavorisées. Il prévoit une délégation au Gouvernement pour déterminer les modalités de la conditionnalité. Ce principe s'applique également aux lots/terrains à bâtir.

Article 97

Cet article introduit une précision. Le mot « viabilisation » est remplacé par les mots « viabilisation technique ».

Article 98

Cet article introduit une précision. Les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « ou de viabiliser techniquement ».

Article 99

Cet article introduit l'obligation, pour l'autorité, d'exiger une garantie afin que l'obligation de déposer des plans « As-Built » (conformes à l'exécution) soit respectée. En outre, un addendum est introduit pour contribuer à l'objectivité des garanties.

Article 100

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand) et procède à une modification terminologique. En outre, la compétence de lever la suspension ou de déclarer la nullité du permis n'est plus exercée par le Gouvernement, mais est transférée à la commission de recours.

Article 101

Cet article prévoit que le recours ne sera plus adressé au Gouvernement, mais directement à la commission de recours. En outre, le fait de joindre des plans modificatifs au recours permet au demandeur de réagir aux raisons du refus. Le § 3 est abrogé parce qu'il faut prévenir les procédures de recours qui sont entamées pour des raisons de délais et non pour des raisons de fond.

Article 102

Cet article prévoit que le recours ne sera plus adressé au Gouvernement, mais directement à la commission de recours.

Article 103

Cet article prévoit que le recours ne sera plus notifié au Gouvernement, mais directement à la commission de recours. Il est prévu que la commission de recours puisse demander l'avis externe d'un spécialiste. L'auteur de l'avis peut être invité à assister à l'audition. Cet article procède en outre à plusieurs modifications terminologiques. En outre, la commission de recours peut solliciter l'avis des services ou commissions dont elle estime la consultation nécessaire.

Article 104

Cet article prévoit que la compétence de statuer sur les recours ne relève plus du Gouvernement, mais à la commission de recours à laquelle elle est transférée. Il est institué une commission de recours indépendante dotée d'un pouvoir décisionnel. En outre, il est prévu que le délai imparti de nonante-cinq jours est suspendu entre le 16 juillet et le 15 août ainsi qu'entre le 24 décembre et le 1^{er} janvier.

Article 105

Cet article prévoit que les compétences du Gouvernement sont transférées à la commission de recours.

Article 106

Cet article prévoit une autre structuration et les renvois sont adaptés. En outre, un addendum est introduit en ce qui concerne le permis de division, et il est prévu qu'une photographie doit être adressée à l'autorité compétente comme preuve de l'affichage.

Article 107

Cet article introduit la possibilité, pour un géomètre, d'établir un procès-verbal en ce qui concerne l'indication de l'implantation de la construction.

Article 108

Cet article adapte l'intitulé du Livre IV, titre II, chapitre X, section 4.

Article 109

Cet article introduit l'obligation de déposer des plans « As-Built ». En outre, il fixe les documents devant être introduits.

Article 110

Cet article introduit la déclaration de conformité ainsi que la procédure. Le contrôle de la conformité est centralisé auprès du Gouvernement.

Article 111

Cet article insère une section 4.1, intitulée « Modifications après délivrance du permis, avant ou pendant l'achèvement des travaux », dans le chapitre X du titre II du Livre IV.

Article 112

Cet article introduit la procédure simplifiée lorsque des modifications sont nécessaires après la délivrance du permis, mais avant ou pendant l'achèvement des travaux. Les cas dans lesquels cette procédure s'applique et les délais sont fixés. En outre, l'intervention de l'autorité chargée des monuments et sites est prévue si les modifications affectent un bien classé.

Article 113

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 114

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 115

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 116

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 117

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 118

Cet article procède à des adaptations linguistiques.

Article 119

Cet article adapte l'intitulé du Livre IV, titre III, chapitre III, section 1^{re}, et procède à une modification terminologique.

Article 120

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 121

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 122

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 123

L'article en question, difficile à mettre en œuvre dans la pratique, est de ce fait abrogé.

Article 124

Cet article abroge, dans l'article D.IV.89, un cas où un permis peut être suspendu.

Article 125

Cet article adapte l'intitulé du Livre IV, titre III, chapitre V.

Article 126

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 127

Cet article adapte l'intitulé du Livre IV, titre III, chapitre VIII.

Article 128

Cet article procède à des modifications terminologiques.

Article 129

Cet article procède à des modifications terminologiques.

Article 130

Cet article procède à des modifications terminologiques.

Article 131

Cet article indique clairement que les prescriptions peuvent être abrogées, mais pas le plan de division.

Article 132

Cet article procède à une modification terminologique ainsi qu'à une adaptation linguistique. Il procède en outre à une adaptation conformément au Livre V. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 133

Cet article complète la liste des permis ou décisions. L'antichrèse est abrogée, car cette forme juridique n'existe plus.

Article 134

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 135

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 136

Cet article adapte l'intitulé du Livre IV, titre V, chapitre III, et procède à une modification terminologique.

Article 137

Cet article procède à une modification terminologique.

Articles 138 à 155

Ces dispositions introduisent une procédure d'urgence en vue de l'octroi d'un permis d'urbanisme pour des actes et travaux concernant la reconstruction de bâtiments et constructions dans des zones concernées par des calamités naturelles reconnues au sens du décret de la Région wallonne du 26 mai 2016 relatif à la réparation de certains dommages causés par des calamités naturelles publiques.

Les actes et travaux qui peuvent faire l'objet d'une procédure d'urgence sont énumérés. Cette liste n'est toutefois pas exhaustive et peut être élargie par le Gouvernement.

Le permis d'urbanisme est délivré par le Gouvernement. En outre, le nouveau titre VII.1 fixe les dispositions relatives à la demande et à la procédure. Les dispositions des titres I^{er} à VII du Livre IV sont en principe applicables, dans la mesure où celles relatives à la procédure d'urgence n'y dérogent pas.

Article 156

Cet article procède à une modification terminologique

Article 157

Cet article adapte le renvoi au « fonctionnaire délégué », lequel n'existe plus en Communauté germanophone.

Article 158

Cet article procède à une modification ou, selon le cas, à un ajout terminologiques à propos du permis d'urbanisation ou du permis de viabilisation.

Article 159

Cet article abroge le Livre V. Divers instruments ne sont pas adaptés à la Communauté germanophone et ne sont dès lors plus nécessaires. La plupart des subventions du livre V sont couvertes par le décret sur l'infrastructure ou peuvent y être transférées. Les instruments restants (le périmètre d'un site à réaménager et le périmètre de remembrement urbain) sont transférés dans le Livre II, titre II.1, en tant qu'instruments d'aménagement du territoire.

Article 160

Cet article prévoit plusieurs adaptations conformément au Livre V. En outre, une précision est apportée au décret du 11 mars 1999. Enfin, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 161

Cet article procède à une modification terminologique. Dans l'ensemble du texte, le terme allemand « Verstädterungsgenehmigung » (permis d'urbanisation) est remplacé par le terme « Erschließungsgenehmigung » (permis de viabilisation).

Article 162

Cet article prévoit plusieurs adaptations conformément au Livre V. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 163

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 164

Cet article introduit une disposition transitoire.

Article 165

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 166

Cet article procède à plusieurs modifications terminologiques.

Article 167

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 168

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 169

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 170

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 171

Cet article procède à une modification terminologique. En outre, il adapte un renvoi.

Article 172

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 173

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 174

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 175

Cet article complète la liste des infractions par l'ajout de la décision de régularisation au point 1, le défaut d'introduction de plans « As Built » ou d'établissement de plans « As Built » non conformes à l'état construit. Les §§ 2 et 2/1 ont été déplacés à un autre endroit du Livre VII.

Article 176

Cet article simplifie le système actuel en ne conservant que la présomption de conformité (régularisation automatique) et en ne faisant plus référence à des dates, mais à la durée des travaux (30, 20, 10 ans). Le premier alinéa énonce le principe : après 30 ans à compter de l'achèvement des travaux, il y a une amnistie générale, quelle que soit la destination (dans le plan de secteur) de la zone concernée (infractions graves). C'est le principe de la présomption de conformité. L'alinéa 2 prévoit l'exception et énumère les actes et travaux qui ne peuvent en aucun cas être couverts par l'amnistie. Le délai de 30 ans est ramené à 20 ans si diverses conditions sont remplies et concerne les actes et travaux conformes au plan de secteur (infractions moyennement graves). Le délai est ramené à 10 ans si diverses conditions sont remplies (infractions mineures).

Comme il est impossible pour l'autorité de vérifier quand les travaux et actes ont été achevés, il est explicitement mentionné que la charge de la preuve incombe au contrevenant en ce qui concerne le respect des conditions de l'amnistie.

Article 177

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 178

Cet article supprime un renvoi et insère que l'avertissement reprend la liste des infractions reprochées avec un renvoi aux règles applicables. Il doit également indiquer les services qui peuvent fournir des informations supplémentaires.

Article 179

Cet article prévoit que le collège communal est, de manière générale, informé de l'envoi du procès-verbal de constat, et pas seulement lorsqu'une plainte pourrait être déposée. L'antichrèse est abrogée, car cette forme juridique n'existe plus.

Article 180

Cet article insère, dans le Livre VII, chapitre III, la section 6 intitulée « Conséquences juridiques ».

Article 181

Cet article prévoit qu'après l'établissement du procès-verbal, toute demande relative à des actes ou travaux pour lesquels un procès-verbal de constat a été transmis et qui n'a pas été introduite dans le cadre d'un contrôle de régularisation est déclarée irrecevable.

Article 182

Cet article prévoit qu'aucune saisie des machines n'est possible. Les maîtres de l'ouvrage ou entrepreneurs doivent être autorisés à utiliser ailleurs leurs machines et/ou matériaux pendant l'arrêt de la construction.

Article 183

Cet article abroge l'antichrèse, car cette forme juridique n'existe plus.

Article 184

Cet article prévoit des mesures complémentaires et introduit explicitement l'exception de la saisie des machines et matériaux de construction.

Article 185

Cet article procède à une modification terminologique.

Article 186

Cet article procède à des modifications terminologiques. En outre, l'insertion des mots « pour chaque infraction, de manière isolée ou cumulative » prévoit la possibilité de combiner des mesures. La possibilité de mesures compensatoires est également ajoutée. Un renvoi est ajouté, selon lequel la liquidation du montant s'opère au bénéfice du Fonds pour la durabilité.

Article 187

Cet article adapte l'intitulé du Livre VII, chapitre VI, « Mesures extrajudiciaires après établissement du procès-verbal ».

Article 188

Cet article adapte le délai. Le procureur du Roi dispose de soixante jours à compter de la réception du procès-verbal de constat pour déclarer son intention de poursuivre l'auteur de l'infraction. L'alinéa 2 prévoit les mesures extrajudiciaires dont dispose le Gouvernement.

Article 189

Cet article procède à une simplification du texte ainsi qu'à des adaptations linguistiques. En outre, il adapte des renvois.

Article 190

Cet article adapte l'intitulé du Livre VII, chapitre VI, section 3, « Contrôle de régularisation et transaction ».

Article 191

Cet article abroge l'actuelle sous-section 1^{re} de la section 3 du chapitre VI du Livre VII.

Article 192

Cet article prévoit la procédure permettant de vérifier si la régularisation est possible ou non (contrôle de régularisation). La procédure d'examen reste inchangée. Cependant, c'est le Gouvernement qui est compétent; il s'agit d'une centralisation. Cela garantira l'obtention des avis qui pourraient être nécessaires ou utiles. Cette procédure présente l'avantage d'éviter de devoir introduire des demandes de régularisation après une transaction. La décision relative à la demande d'un contrôle de régularisation établit si les actes et travaux :

- peuvent être approuvés rétroactivement sans aucune modification, c'est-à-dire que la régularisation s'effectue par le paiement du montant de la transaction;
- peuvent être approuvés rétroactivement par la réalisation de travaux de modification, c'est-à-dire que la régularisation se fait par le paiement du montant de la transaction et qu'en outre, les travaux pour lesquels un contrôle est prévu doivent être réalisés;
- ne peuvent être approuvés, c'est-à-dire que le Gouvernement exige des mesures administratives ou des mesures compensatoires et éventuellement une amende administrative. Il est possible de combiner plusieurs mesures.

Par infraction, le montant de l'amende ne peut être inférieur à 250 euros, ni supérieur à 25 000 euros. En revanche, le montant de la transaction lors d'infractions pour des modifications du relief du sol n'est pas plafonné.

Un renvoi est ajouté, selon lequel le paiement du montant de la transaction s'opère au bénéfice du Fonds pour la durabilité.

Article 193

Cet article insère, dans le Livre VII, chapitre VI, la section 4 intitulée « Mesures administratives ».

Article 194

Cet article prévoit que l'administration a la possibilité d'exiger des mesures par voie extrajudiciaire. Les mesures possibles peuvent être ordonnées seules ou combinées et sont énumérées dans l'article. En outre, l'article prévoit la procédure.

Article 195

Cet article abroge l'actuelle sous-section 2 de la section 3 du chapitre VI du Livre VII.

Article 196

Cet article insère, dans le Livre VII, chapitre VI, la section 5 intitulée « Mesures compensatoires ».

Article 197

Cet article prévoit qu'en cas d'impossibilité de régularisation et de mesures administratives, le Gouvernement peut exiger des mesures compensatoires (par exemple : plantations, démolition des structures contestées, modification insignifiante du relief du sol...). La procédure est également définie. L'implication de l'autorité de protection des monuments et sites est également prévue dans certains cas.

Article 198

Cet article insère, dans le Livre VII, chapitre VI, la section 6 intitulée « Amendes administratives ».

Article 199

Cet article prévoit que les infractions constatées sont passibles d'amendes administratives. Une amende administrative n'est pas possible en cas de poursuites pénales ou de transaction. L'amende administrative s'élève à 250 euros au moins et 100 000 euros au plus. Les critères suivants, par exemple, jouent un rôle pour déterminer le montant : la gravité des infractions commises, la récidive éventuelle, l'impact sur l'environnement et l'intérêt général, etc. En outre, l'article prévoit la procédure y relative.

Un renvoi est ajouté, selon lequel le paiement de l'amende administrative s'opère au bénéfice du Fonds pour la durabilité.

Article 200

Cet article prévoit que le Gouvernement désigne les personnes chargées de recouvrer les amendes administratives. En outre, il énumère les compétences de ces personnes.

Article 201

Cet article fixe à cinq ans le délai de prescription pour les amendes administratives et prévoit la possibilité d'interruption.

Article 202

Cet article procède à plusieurs adaptations linguistiques et ajoute que les mesures énumérées peuvent également être exigées devant les tribunaux civils pour chaque infraction, seules ou combinées. Un renvoi est ajouté, selon lequel le paiement du montant s'opère au bénéfice du Fonds pour la durabilité.

Article 203

Cet article insère une disposition transitoire pour les procès-verbaux notifiés au procureur du Roi avant le 1^{er} octobre 2022.

Article 204

Cet article prévoit des adaptations de renvois, ainsi qu'une adaptation conformément au Livre V. Il procède en outre à une adaptation terminologique. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 205

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand).

Article 206

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand).

Article 207

Cet article prévoit des adaptations linguistiques. Le texte allemand utilise « Informationsveranstaltung » ou « Informationsversammlung » pour la notion française de « réunion d'information »; dans un souci d'uniformisation, il ne sera plus question désormais que de « Informationsveranstaltung ».

Article 208

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand) et procède à des adaptations linguistiques ainsi qu'à une modification terminologique. En outre, il crée la possibilité de permettre à l'autorité de vérifier l'exécution de l'affichage. Cette mesure vise à mieux informer la population.

Il est en outre prévu que, pour des projets relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, l'annonce doit comporter une visualisation 3D du projet d'urbanisme. Pour des projets relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.2, l'annonce comportera une représentation de la répartition des lots et, le cas échéant, l'impression graphique des objectifs poursuivis en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme au niveau de la partie concernée de la zone.

Article 209

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand). Il détermine en outre que la publication d'une enquête publique doit également reprendre les données suivantes :

- pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, une visualisation 3D du projet d'urbanisme;
- pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.2, une représentation de la répartition planifiée des lots et, le cas échéant, l'impression graphique des objectifs poursuivis en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme au niveau de la partie concernée de la zone.

Article 210

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand) et procède à une modification terminologique.

Article 211

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand).

Article 212

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand).

Article 213

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand). En outre, une précision est ajoutée en ce qui concerne la réunion d'information.

Article 214

Cet article corrige une erreur de traduction (français/allemand) et procède à une adaptation terminologique.

Article 215

Cet article prévoit une adaptation conformément au Livre V. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 216

Cet article prévoit une adaptation conformément au Livre V. En outre, le terme allemand « neu zu gestaltender Standort » est remplacé par « Sanierungsstandort ».

Article 217

Cet article adapte l'intitulé du Livre VIII, titre I^{er}, chapitre VI, car la tenue en ligne de la réunion d'information préalable aux révisions des plans de secteur – mentionnée à l'article D.VIII.5 – ne doit pas être possible uniquement pendant la crise du coronavirus, mais doit perdurer et être maintenue de manière générale. Cela entraîne une simplification de la procédure.

Article 218

Cet article prévoit de supprimer la limitation dans le temps de la possibilité de tenir la réunion d'information par vidéo.

Article 219

Cet article prévoit l'adaptation à la pratique, étant donné que les documents sont généralement accessibles auprès de la commune, et ce, sans limite de temps.

Article 220

L'article prévoit l'alignement sur la jurisprudence, étant donné que celle qui s'applique aux périmètres de remembrement urbain peut être étendue aux sites à réaménager.

Article 221

Cet article précise l'entrée en vigueur du décret. Les dispositions relatives à la nouvelle commission de recours doivent pouvoir entrer en vigueur ultérieurement, et ce, afin de permettre au Gouvernement de trouver des personnes qualifiées et adéquates. Dès que la commission de recours pourra être mise en place, les articles concernés pourront également entrer en vigueur. Le gouvernement dispose d'un an maximum pour ce faire.

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret modifiant la partie décrétable du Code du Développement territorial

Article 1^{er} - Dans l'article D.I.1, § 2, alinéa 2, 5°, du Code wallon du Développement territorial, les mots « les périmètres opérationnels » sont remplacés par les mots « les périmètres d'un site à réaménager ou d'un remembrement urbain ».

Art. 2 – Dans l'article D.I.4, § 1^{er}, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, l'alinéa 4 est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Le conseil consultatif émet son avis dans les trente jours de la réception de la demande. Ce délai est prolongé de plein droit de quinze jours lorsqu'il commence ou expire entre le 1^{er} juillet et le 31 août. Passé ce délai, le Gouvernement peut statuer sur le projet sans avis. Si le conseil consultatif rend un avis relatif à un avant-projet de décret dans le délai imparti, le Gouvernement le joint audit projet déposé au Parlement. »

Art. 3 – Dans l'article D.I.5.1, § 2, du même Code, inséré par le décret du 12 décembre 2019, l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 4 – Dans le Livre I^{er}, titre unique, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 2 est remplacé par ce qui suit :

« Section 2 – Commission de recours ».

Art. 5 – L'article D.I.6 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.I.6* - La commission de recours est compétente pour statuer sur les recours contre les décisions prises par le collège communal ou en première instance par le Gouvernement à propos de demandes de permis d'urbanisme, de permis de viabilisation, de permis de division ou de certificats d'urbanisme n° 2. Elle statue également sur les décisions de suspension prises par le Gouvernement en application de l'article D.IV.62. ainsi que sur les décisions prises par le Gouvernement à propos de demandes de contrôle de régularisation conformément à l'article D.VII.18, § 2.

La commission de recours a son siège à Eupen. »

Art. 6 - Dans le Livre I^{er}, titre unique, chapitre III, section 2, du même Code, il est inséré un article D.I.6.1 rédigé comme suit :

« *Art. D.I.6.1* - La commission de recours se compose des membres suivants, ayant voix délibérative :

- 1° un juriste, qui assure la présidence;
- 2° un architecte;
- 3° un urbaniste;
- 4° un spécialiste dans le domaine de la protection du patrimoine, si le recours concerne un bien mentionné à l'article D.IV.14.1 ou D.IV.14.2.

Le président et les membres de la commission de recours sont désignés par le Gouvernement.

Le mandat du président et des membres a une durée maximale de cinq ans et est renouvelable. »

Art. 7 - Dans la même section du même Code, il est inséré un article D.I.6.2 rédigé comme suit :

« Art. D.I.6.2 - § 1^{er} - La commission de recours exerce ses compétences de manière indépendante et impartiale. Elle n'est pas liée à des instructions lors du traitement des recours.

§ 2 – La commission de recours siège pour la première fois au plus tard deux mois après la désignation de ses membres.

Dans les deux mois de cette première séance, la commission de recours se dote d'un règlement d'ordre intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement. Ce règlement d'ordre intérieur règle les détails du fonctionnement de la commission de recours.

Le Gouvernement peut arrêter d'autres modalités concernant le fonctionnement de la commission de recours.

§ 3 – Les décisions de la commission de recours sont prises à la majorité des voix émises par les membres présents. La commission de recours délibère valablement si le président et au moins un autre membre sont présents.

§ 4 - Pour remplir ses missions, et notamment dans le cas mentionné à l'article D.IV.66, alinéa 3, la commission de recours peut inviter d'autres spécialistes à participer à ses réunions. Ils siègent avec voix consultative.

§ 5 - Le secrétariat de la commission de recours est assuré par le Ministère de la Communauté germanophone. »

Art. 8 - Dans la même section du même Code, il est inséré un article D.I.6.3 rédigé comme suit :

« Art. D.I.6.3 – Le président et les membres de la commission de recours ainsi que les experts participant aux séances en application de l'article D.I.6.2, § 4, ont droit à des jetons de présence et à une indemnité pour frais de déplacement conformément aux conditions fixées par le Gouvernement. »

Art. 9 - Dans le Livre I^{er}, titre unique, du même Code, il est inséré un chapitre V.1, comportant l'article D.I.12.1, intitulé comme suit :

« Chapitre V.1 - Fonds pour la durabilité ».

Art. 10 - Dans le Livre I^{er}, titre unique, chapitre V.1, du même Code, il est inséré un article D.I.12.1 rédigé comme suit :

« Art. D.I.12.1. – § 1^{er} - Il est institué un Fonds pour la durabilité. Le Fonds est un fonds budgétaire au sens de l'article 56 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Le Fonds a pour objet de constituer et gérer des réserves financières afin de réaliser ou de soutenir des mesures visant à promouvoir le développement durable en Communauté germanophone.

§ 2 - Les recettes du Fonds se composent :

1° de recettes exigées en tant que contre-valeur financière – en sus ou en remplacement de la compensation planologique ou de la compensation alternative – lors de révisions du plan de secteur conformément à l'article D.II.45, §§ 3 à 5;

2° de recettes provenant de transactions dont le montant est payé à la Communauté germanophone conformément à l'article D.VII.18;

3° de recettes provenant d'amendes administratives payées à la Communauté germanophone conformément à l'article D.VII.21;

4° de recettes provenant de sommes qui sont représentatives de la plus-value enregistrée par le bien en raison de l'infraction et qui reviennent à la Communauté germanophone conformément aux

articles D.VII.13 et D.VII.22;

5° de la part de la dotation globale prévue au budget des recettes de la Communauté germanophone comme recettes affectées en vue de l'exercice des missions du Fonds;

6° de recettes provenant de donations et legs.

§ 3 - Les dépenses peuvent couvrir des indemnisations, des subsides ou des prestations, en ce compris des frais de personnel, de fonctionnement, d'investissement et autres en lien avec des actions ou missions décidées dans le cadre du Fonds et exécutées par du personnel spécialisé spécifique ou par des tiers. »

Art. 11 - Dans le Livre I^{er}, titre unique, chapitre VII, section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article D.I.17.1 rédigé comme suit :

« *Art. D.I.17.1* – § 1^{er} – Les recours dont le dépôt, attesté par un avis de dépôt, ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieur à la date de l'installation de la commission de recours mentionnée à l'article D.I.6, poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur la veille de l'installation de ladite commission. »

Pour l'instruction des recours mentionnés au premier alinéa, c'est la commission sur les recours – telle que composée régulièrement à ce moment-là – qui est compétente et examine les recours conformément aux dispositions de l'article D.IV.66 dans sa version applicable la veille de l'installation de la commission de recours. Le Gouvernement statue sur les recours conformément aux dispositions des articles D.IV.67 à 69 dans leur version applicable la veille de l'installation de la commission de recours.

§ 2 - Dans les cas où une décision prise par le Gouvernement conformément à l'article D.IV.67 est annulée par le Conseil d'État et qu'une nouvelle décision doit être prise, la procédure est poursuivie sur la base des dispositions applicables le jour où le Conseil d'État rend son avis. »

Art. 12 – L'intitulé du Livre II du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Livre II - Planification et périmètres ».

Art. 13 - À l'article D.II.7 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 6, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « Lorsque un ou plusieurs conseils communaux n'ont pas adopté le schéma de développement pluricommunal, » sont remplacés par les mots « Lorsque seule une partie des conseils communaux concernés a adopté le schéma de développement pluricommunal, »;

2° dans le § 7, l'alinéa 4 est abrogé.

Art. 14 - Dans l'article D.II.8, § 1^{er}, du même Code, l'alinéa 1^{er} est complété par les mots « si elle concerne plusieurs communes ».

Art. 15 - À l'article D.II.12 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « schémas de développement pluricommunaux et d'orientation locaux et le guide communal » sont remplacés par les mots « schémas et/ou guides »;

2° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « schémas de développement pluricommunaux et d'orientation locaux et le guide communal identifiés dans la liste visée au paragraphe 3, alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « schémas et/ou guides listés »;

3° dans le § 5, alinéa 2, les mots « schémas de développement pluricommunaux et d'orientation locaux et du guide communal » sont remplacés par les mots « schémas et/ou guides »;

4° dans le § 5, l'alinéa 5 est abrogé.

Art. 16 - À l'article D.II.15 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :
« Un schéma de développement pluricommunal peut en outre être abrogé en tout ou partie dans les cas suivants :

- 1° l'adoption ou la révision du plan de secteur;
- 2° l'adoption ou la révision d'un autre schéma de développement pluricommunal et d'un schéma de développement communal; »;
- 2° dans le § 2, alinéa 3, la première phrase est abrogée et, dans la deuxième phrase, les mots « Dans ce cas, outre la » sont remplacés par les mots « Outre la ».

Art. 17 – L'article D.II.21 du même Code, modifié par le décret du 10 décembre 2020, est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 – Le Gouvernement établit une coordination des plans de secteur en vigueur en région de langue allemande; celle-ci est dénommée « Plan de secteur de la Communauté germanophone ».

Art. 18 – À l'article D.II.25*bis* du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 16 novembre 2017, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, 3°, les mots « d'un permis de lotir ou d'un permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « d'un permis de lotir, de division ou de viabilisation »;
- 2° dans l'alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 19 - Dans l'article D.II.42, § 1^{er}, 1°, du même Code, les mots « de la proximité de zones d'initiatives privilégiées visées à D.V.14 » sont abrogés.

Art. 20 – À l'article D.II.45, § 3, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° l'alinéa 1^{er} est complété par les mots « , ou encore par le paiement d'un montant compensatoire en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.1.12.1 »;
- 2° il est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4, un alinéa rédigé comme suit :
« Le paiement d'un montant compensatoire sert, conformément à l'article D.I.12.1, à financer des mesures visant à promouvoir la durabilité en Communauté germanophone. »;
- 3° dans l'alinéa 4, les mots « la compensation planologique ou la compensation alternative ou une combinaison des deux » sont remplacés par les mots « la compensation planologique, la compensation alternative, le paiement d'un montant compensatoire ou une combinaison des trois »;
- 4° l'alinéa 5 est complété par une phrase rédigée comme suit :
« Le paiement du montant compensatoire peut être réalisé en plusieurs tranches. »;
- 5° le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« En ce qui concerne le paiement d'un montant compensatoire, le Gouvernement détermine les modalités de calcul et de versement du montant en tenant compte du principe de proportionnalité. »

Art. 21 – L'article D.II.46 du même Code est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si un rapport sur les incidences environnementales doit être établi, le Gouvernement détermine simultanément, en application de l'article D.VIII.33, le projet de contenu de ce rapport et sollicite les avis nécessaires. »

Art. 22 – À l'article D.II.47 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 3, l'alinéa 1^{er} est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Si un rapport sur les incidences environnementales doit être établi, le Gouvernement détermine simultanément, en application de l'article D.VIII.33, le projet de contenu de ce rapport et sollicite les avis nécessaires. »

Art. 23 – À l'article D.II.48 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 5, l'alinéa 1^{er} est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Si un rapport sur les incidences environnementales doit être établi, le Gouvernement détermine simultanément, en application de l'article D.VIII.33, le projet de contenu de ce rapport et sollicite les avis nécessaires. »

Art. 24 – À l'article D.II.51 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° lorsqu'il est envisagé d'établir un périmètre de site à réaménager en application de l'article D.II.57.5, le dossier visé à l'article D.II.57.3; ce dernier est établi par la personne visée à l'article D.II.57.2, et est accompagné des avis visés à l'article D.II.57.4, 1° et 3°. »;

2° (concerne le texte allemand);

3° dans le § 1^{er}, alinéa 4, les mots « D.V.2, § 2 » et « D.V.2, § 4 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.2 » et « D.II.57.4, § 2 »;

4° dans le § 4, alinéa 3, les mots « D.V.2, § 8 » et « D.V.2, § 7 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.5 » et « D.II.57.4, § 5 »;

5° dans le § 5, alinéa 2, les mots « D.V.2, § 7 » et « D.V.2, § 4 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.4, § 5 » et « D.II.57.4, § 2 ».

Art. 25 – À l'article D.II.52 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « D.V.1., 1° » et « D.V.2, § 1^{er}, 2° » sont respectivement remplacés par les mots « article D.II.57.1, 3° » et « D.II.57.2 »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « D.V.2, § 1^{er}, 2° » sont remplacés par les mots « D.II.57.2, alinéa 1^{er}, 2° »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 4, le 6° est remplacé par ce qui suit :

« 6° lorsqu'il est envisagé d'établir un périmètre de site à réaménager en application de l'article D.II.57.5, le dossier visé à l'article D.II.57.3; ce dernier est établi par la personne visée à l'article D.II.57.2, § 1^{er}, 2°, et est accompagné des avis visés à l'article D.II.57.4, § 1^{er}, 1° et 3°. »;

4° (concerne le texte allemand);

5° dans le § 1^{er}, alinéa 6, les mots « D.V.2, § 2 » et « D.V.2, § 4 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.4, § 1^{er} » et « D.II.57.4, § 2 »;

6° dans le § 5, alinéa 3, les mots « D.V.2, § 8 » et « D.V.2, § 7 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.5 » et « D.II.57.4, § 5 »;

7° dans le § 6, les mots « D.V.2., § 1^{er}, 2° » sont chaque fois remplacés par les mots « D.II.57.2, 2° »;

8° dans le § 7, alinéa 2, les mots « D.V.2, § 4 » et « D.V.2, § 4 » sont respectivement remplacés par les mots « D.II.57.4, § 5 » et « D.II.57.4, § 2 ».

Art. 26 - À l'article D.II.54 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, les mots « l'accusé de réception » sont remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle »;
- 2° (concerne le texte allemand.)

Art. 27 - L'article D.II.55 du même Code est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Pour fixer l'étendue des zones, les mesures basées sur les prescriptions graphiques sont déterminantes.

La largeur de la ligne de démarcation d'une zone urbanisable figurant sur le plan de secteur est réputée appartenir à cette zone. La limite extérieure de la zone urbanisable est matérialisée par la limite extérieure du trait. »

Art. 28 - Dans le Livre II du même Code, modifié en dernier lieu par le décret du 10 décembre 2020, il est inséré un titre II.1, comportant les articles D.II.57.1 à D.II.57.10, intitulé comme suit :

« Titre II.1 - Périmètres ».

Art. 29 - Dans le Livre II, titre II.1, du même Code, il est inséré un chapitre 1^{er}, comportant l'article D.II.57.1, intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er} – Généralités ».

Art. 30 - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré un article D.II.57.1 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.1 – § 1^{er} - Pour l'application du présent titre, il faut entendre par :

1° site : un bien immobilier ou un ensemble de biens immobiliers qui a été ou était destiné à accueillir une activité autre que le logement et dont le maintien dans son état actuel est contraire au bon aménagement des lieux ou constitue une déstructuration du tissu urbanisé. Seules les activités conformes aux dispositions légales et réglementaires seront prises en considération. Le site est délimité par le périmètre comprenant l'ensemble des biens immobiliers précités. Le périmètre peut également s'étendre :

- a) à un ou plusieurs biens immobiliers ou parties de biens immobiliers encore affectés à une activité, à la condition que le réaménagement du site permette la poursuite de cette activité;
- b) à un ou plusieurs biens immobiliers ou parties de biens immobiliers, sièges d'une activité mais occupés à titre précaire;
- c) à un ou plusieurs biens immobiliers ou parties de biens immobiliers affectés ou destinés au logement.

Un site se trouvant en zone de loisirs sur le plan de secteur et concerné par la mise en œuvre du plan « habitat durable » peut être considéré comme site au sens du présent article;

2° réaménager un site : y réaliser des actes et travaux de réhabilitation, de rénovation, d'assainissement du terrain au sens de l'article 2, 14°, du décret du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion des sols, de construction ou de reconstruction en ce compris les études y relatives. Le Gouvernement peut arrêter la liste des actes et travaux;

3° remembrement urbain : tout projet d'urbanisme de requalification et de développement de fonctions urbaines qui nécessite la création, la modification, l'élargissement, la suppression ou le surplomb de la voirie et d'espaces publics. Le remembrement urbain est délimité par le périmètre comprenant le projet d'urbanisme précité.

§ 2 - Les périmètres des sites à réaménager et les périmètres de remembrement urbain sont arrêtés pour des raisons opérationnelles, indépendamment des plans de secteur, schémas et guides. »

Art. 31 - Dans le Livre II, titre II.1, du même Code, il est inséré un chapitre II, comportant les articles D.II.57.2 à D.II.57.6, intitulé comme suit :

« Chapitre II – Procédure ».

Art. 32 - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, du même Code, il est inséré une section 1^{re}, comportant les articles D.II.57.2 et D.II.57.3, intitulée comme suit :

« Section 1^{re} - Droit d'initiative et proposition ».

Art. 33 - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article D.II.57.2 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.2. – Le Gouvernement peut fixer le périmètre d'un site à réaménager et le périmètre de remembrement urbain :

1° soit de sa propre initiative;

2° soit sur la proposition d'une commune, d'une intercommunale ayant dans son objet social l'aménagement du territoire ou le logement, d'une association de communes, d'un centre public d'action sociale, d'une régie communale, de la Société de rénovation et d'assainissement des sites industriels (SORASI SA) et des sociétés immobilières de service public agréées en région de langue allemande, de la Société publique d'aide à la qualité de l'environnement visée à l'article 39 du décret du 27 juin 1996 relatif aux déchets;

3° soit sur la proposition d'un ou plusieurs propriétaires ou titulaires d'un droit réel.

Le cas échéant, le Gouvernement motive, au regard de l'article D.68 du Livre I^{er} du Code de l'Environnement, sa décision de soumettre ou non à étude d'incidences les actes et travaux projetés pour la réhabilitation et la rénovation du site.

L'arrêté est publié conformément aux articles D.VIII.22 et s. »

Art. 34 - Dans la même section, il est inséré un article D.II.57.3 rédigé comme suit :

« Art. D.II.57.3 - La proposition du Gouvernement conformément à l'article D.II.57.2 est fondée sur un dossier comportant :

1° l'indication et la justification du périmètre au regard des critères de l'article D.57.II.1;

2° une carte représentant le périmètre selon le modèle arrêté par le Gouvernement ;

3° l'indication des actes et travaux envisagés;

4° une étude d'incidences ou la demande motivée visant à être dispensé d'une telle étude conformément à l'article D.VIII.31.

Pour les sites à réaménager y sont en outre annexés, en application des dispositions du Code de l'environnement, une notice d'évaluation des incidences ou, selon le cas, une étude d'incidences relative aux actes et travaux projetés.

Pour le remembrement urbain y est en outre annexée la présentation du projet d'urbanisme comprenant :

1° un rapport qui présente les actes et travaux projetés, leur destination, les options d'aménagement et le parti architectural du projet. Ce rapport est établi sur la base des éléments suivants :

a) un plan de situation qui présente la localisation du bien concerné par le projet par rapport au noyau central de l'agglomération et les principales voiries de desserte avec indication de leur statut juridique et de leur dénomination;

b) la situation juridique qui renseigne :

- l'affectation du bien concerné par le projet, conformément au plan de secteur;

- le cas échéant, sa situation au schéma de développement pluricommunal et aux schémas communaux, sa situation au permis de viabilisation ou de division, si le bien est soumis au guide régional et/ou au guide communal d'urbanisme;

c) le contexte urbanistique et paysager qui reprend :

- l'orientation;
- la voirie de desserte, ses aménagements et ses équipements, ainsi que, le cas échéant, les modifications projetées qui s'y rapportent;
- le cas échéant, la suppression d'une voirie existante ou la création de nouvelles voiries et d'espaces publics;
- l'implantation, le gabarit, la nature ou l'affectation des constructions existantes sur le bien concerné par le projet et dans un rayon de 50 mètres de celui-ci;
- le cas échéant, une justification des écarts ou des dérogations sollicités eu égard aux articles D.IV.5 et D.IV.13;
- d) un reportage photographique qui permet la prise en compte du contexte urbanistique et paysager dans lequel s'insère le projet avec l'indication numérotée sur plan des prises de vue du reportage;
- 2° un plan d'occupation du périmètre qui figure :
 - a) l'implantation et la volumétrie des constructions existantes et projetées pour l'ensemble du périmètre;
 - b) l'aménagement maintenu ou projeté du solde non construit du périmètre concerné, en ce compris les voiries et espaces publics, les aires de stationnement, la végétation existante et projetée;
- 3° une visualisation 3D parlante du projet d'urbanisme. »

Art. 35 - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, du même Code, il est inséré une section 2, comportant les articles D.II.57.4 à D.II.57.6, intitulée comme suit :

« Section 2 - Procédure ».

Art. 36 - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre II, section 2, du même Code, il est inséré un article D.II.57.4 rédigé comme suit :

« *Art. D.II.57.4.* – § 1^{er} - Le Gouvernement transmet l'arrêté visé à l'article D.II.57.1 ainsi que le dossier mentionné à l'article D.II.57.3 et le soumet pour avis aux instances suivantes, dans la mesure où elles ne sont pas à l'initiative du périmètre :

- 1° au collège communal de la ou des communes du lieu où se situe le périmètre;
- 2° aux propriétaires des biens immobiliers concernés par le périmètre d'après les indications cadastrales;
- 3° à la commission communale ou, à défaut, au Conseil consultatif;
- 4° à toute personne, toute instance ou tout service qu'il juge utile de consulter.

La proposition d'un périmètre de remembrement est transmise pour avis, outre aux instances mentionnées à l'alinéa 1^{er}, au conseil communal de la ou des communes du lieu où se situe le périmètre. Si le conseil communal rend un avis défavorable, la procédure visant à déterminer un périmètre de remembrement urbain n'est pas poursuivie.

Les avis mentionnés aux alinéas 1^{er} et 2 sont transmis au Gouvernement dans les soixante jours suivant la réception de l'arrêté. A défaut, ils sont réputés favorables.

§ 2 - Dans les quinze jours de la réception de l'arrêté du Gouvernement, le ou les propriétaires sont tenus d'en informer tout titulaire d'un droit réel, tout locataire ou tout occupant du bien immobilier concerné ainsi que toute personne qu'ils auraient chargée d'exécuter des travaux sur le bien visé ou qu'ils auraient autorisée à en exécuter. L'envoi aux propriétaires fait mention de cette obligation.

§ 3 - Dans les quinze jours de la réception de l'arrêté du Gouvernement, le collège communal le soumet à enquête publique. Si plusieurs communes sont concernées par le périmètre, chacune d'elles mène une enquête publique.

Le ou les collèges communaux transmettent au Gouvernement les résultats de l'enquête publique

§ 4 - Le cas échéant, le périmètre est modifié ou complété sur la base des avis visés au § 1^{er} et des résultats de l'enquête publique.

§ 5 - Le Gouvernement adopte définitivement le périmètre du site à réaménager ou de remembrement urbain.

Le cas échéant, moyennant motivation au regard des articles D.64 et D.68 du Livre I^{er} du Code de l'Environnement, il autorise les actes et travaux projetés pour la réhabilitation et la rénovation du site.

§ 6 - L'arrêté du Gouvernement est publié conformément aux articles D.VIII.22 et s.

Le Gouvernement transmet une copie de l'arrêté aux destinataires mentionnés au § 1^{er}.

Dans les quinze jours de la réception de la copie de l'arrêté, le ou les propriétaires en donnent connaissance aux personnes visées au § 2. L'envoi aux propriétaires fait mention de cette obligation. »

Art. 37 - Dans la même section, il est inséré un article D.II.57.5 rédigé comme suit :

« *Art. D.II.57.5* - Le périmètre du site à réaménager peut être adopté par le Gouvernement conjointement à l'inscription d'une zone d'enjeu régional, d'une zone d'enjeu communal ou d'une zone destinée à l'urbanisation ne nécessitant pas de mesure compensatoire conformément aux articles D.II.51 et D.II.52. »

Art. 38 - Dans la même section, il est inséré un article D.II.57.6 rédigé comme suit :

« *Art. D.II.57.6*. - § 1^{er} - Le Gouvernement peut modifier le périmètre d'un site à réaménager ou le périmètre de remembrement urbain après leur adoption définitive. Les dispositions réglant l'établissement du périmètre sont applicables à sa modification.

§ 2 - Après leur adoption définitive, le périmètre d'un site à réaménager ou le périmètre de remembrement urbain peuvent être, en tout ou partie, abrogés par le Gouvernement :

1° au terme du réaménagement du site ou de la réalisation du projet d'urbanisme;

2° ou lorsque les motifs ayant conduit à la reconnaissance en tant que site à réaménager ou de remembrement urbain sont dépassés.

Les dispositions réglant l'établissement du périmètre sont applicables à son abrogation. »

Art. 39 - Dans le Livre II, titre II.1, du même Code, il est inséré un chapitre III, comportant les article D.II.57.7 à D.II.57.10, intitulé comme suit :

« Chapitre III – Dispositions particulières relatives aux sites à réaménager ».

Art. 40 - Dans le Livre II, titre II.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article D.II.57.7 rédigé comme suit :

« *Art. D.II.57.7* - Le Gouvernement peut prescrire les règles de procédure relatives aux investigations nécessaires en vue de recueillir les renseignements devant servir à l'application du présent titre et de ses arrêtés d'exécution en ce qui concerne les sites à réaménager. Il désigne les agents compétents pour mener ces investigations.

Les agents désignés pour procéder aux investigations et contrôles peuvent notamment :

1° se faire produire à première réquisition ou rechercher tous documents, pièces ou livres utiles à l'accomplissement de leur mission;

2° prendre ou faire prendre les photocopies de documents soumis à leur contrôle et faire des

constatations par photos;

3° moyennant l'autorisation du juge de police, pénétrer entre 8 h et 18 h dans les immeubles situés dans le site à réaménager;

4° pénétrer sur le site en vue de procéder, ou de faire procéder aux prélèvements ou analyses des sols en vue de déceler ou de mesurer leur éventuelle contamination.

Les agents mentionnés au présent article peuvent requérir des agents de la force publique qui seront tenus de leur prêter assistance dans l'exercice de leur mission. »

Art. 41 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.II.57.8 rédigé comme suit :

« *Art. D.II.57.8* - Sauf exclusion expresse formulée par le Gouvernement, l'arrêté fixant définitivement le périmètre d'un site à réaménager vaut permis d'urbanisme pour l'exécution des actes et travaux de réhabilitation et de rénovation du site. »

Art. 42 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.II.57.9 rédigé comme suit :

« *Art. D.II.57.9* - § 1^{er} - À dater de la réception de l'arrêté du Gouvernement visé à l'article D.II.57.2 jusqu'à l'abrogation du périmètre par l'arrêté visé à l'article D.II.57.6, les propriétaires ne peuvent aliéner ou grever de droits réels les biens situés dans le périmètre du site à réaménager, proposé ou définitivement adopté, sans l'autorisation du Gouvernement ou de la personne qu'il désigne à cette fin.

Le Gouvernement ou la personne qu'il désigne à cette fin envoie sa décision dans les trente jours suivant la réception de la demande d'aliénation qui lui en est faite. À défaut, la décision est réputée favorable.

Lorsque le Gouvernement ou la personne qu'il désigne à cette fin a autorisé l'aliénation ou la constitution de droits réels, ou lorsque son autorisation est réputée favorable, le nouveau titulaire de droits réels est tenu aux mêmes obligations que l'ancien.

§ 2 - En cas de méconnaissance des obligations découlant du § 1^{er}, toute cession ou constitution de droit réel est annulable à la demande de la Communauté germanophone.

§ 3 - L'officier public qui passe un acte de cession ou de constitution de droit réel sans qu'ait été obtenue au préalable l'autorisation prévue au § 1^{er} est passible d'une amende de 12,50 à 125 euros sans préjudice de dommages et intérêts. »

Art. 43 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.II.57.10 rédigé comme suit :

« *Art. D.II.57.10* - § 1^{er} - À la requête de la Communauté germanophone ou des personnes visées à l'article D.II.57.2, alinéa 1^{er}, 3°, tout propriétaire ou titulaire d'un droit réel immobilier sur les biens compris dans le périmètre d'un site à réaménager peut être tenu de réaliser les études et travaux ayant pour effet de restaurer l'aspect des lieux tant au niveau paysager qu'au niveau environnemental.

À défaut de se conformer à l'alinéa 1^{er}, le propriétaire ou titulaire d'un droit réel peut y être contraint par le tribunal compétent.

À défaut d'exécution dans le délai fixé par le tribunal, les travaux visés à l'alinéa 1^{er} sont exécutés d'office par les soins de la Communauté germanophone ou de la personne visée à l'article D.II.57.2, alinéa 1^{er}, 3°, aux frais du propriétaire ou du titulaire d'un droit réel immobilier.

À défaut de remboursement des frais à sa première demande, la Communauté germanophone procède ou fait procéder, pour le compte de la personne visée à l'article D.II.57.2, alinéa 1^{er}, 3°, à l'expropriation des biens conformément aux articles D.VI.1 et suivants. Dans ce cas, il ne peut être tenu

compte de la plus-value issue des travaux déjà exécutés.

§ 2 - Les travaux de réhabilitation et de rénovation ordonnés par le tribunal en application du § 1^{er}, sont exécutés sans que doive être obtenu de permis. »

Art. 44 - Dans le Livre II, titre III, du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 16 novembre 2017, il est inséré un chapitre V, comportant les articles D.II.69 à D.II.70, intitulé comme suit :

« Chapitre V - Périmètres ».

Art. 45 - Dans le Livre II, titre III, chapitre V, du même Code, il est inséré un article D.II.69 rédigé comme suit :

« Art. D.II.69 - Tout site à réaménager reconnu définitivement a la qualité de site à réaménager arrêté par le Gouvernement en application de l'article D.II.57.4, § 5. »

Art. 46 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.II.70 rédigé comme suit :

« Art. D.II.70 - Tout périmètre de remembrement urbain reconnu définitivement a la qualité de périmètre de remembrement urbain arrêté par le Gouvernement en application de l'article D.II.57.4, § 5. »

Art. 47 – L'article D.III.1 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le guide régional peut être consacré spécifiquement à certains thèmes urbanistiques ».

Art. 48 – L'article D.III.4 du même Code est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le guide communal peut être consacré spécifiquement à certains thèmes urbanistiques ».

Art. 49 - Dans l'article D.III.6, § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Le Gouvernement peut soumettre au conseil communal une proposition de guide communal d'urbanisme. »

Art. 50 - (Concerne le texte allemand).

Art. 51 – À l'article D.IV.1 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018 et le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division »;

2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est abrogé;

3° dans le § 2, alinéa 1, 3°, le mot « obligatoire » est abrogé;

4° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Dans la même nomenclature, le Gouvernement peut fixer la liste des actes et travaux qui seront alors considérés comme étant à effets limités au sens des articles D.IV.15, alinéa 2, 2°, ou D.IV.48, alinéa 1^{er}, 1°, s'ils relèvent du champ d'application d'un guide régional d'urbanisme. »;

5° (Concerne le texte allemand.)

Art. 52 – Dans le Livre IV, titre I^{er} du même Code, l'intitulé du chapitre II est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre II - Actes soumis à permis de viabilisation ou à permis de division ».

Art. 53 - À l'article D.IV.2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis

de viabilisation »;

2° (Concerne le texte allemand.);

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « ou de l'antichrèse » sont abrogés;

4° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Sur la proposition du demandeur ou d'office lorsqu'elle estime qu'il n'y a pas d'intérêt à imposer des prescriptions pour les lots concernés, l'autorité qui délivre le permis de viabilisation peut exclure du périmètre couvert par le permis tous ou certains des lots :

1° non destinés, en tout ou partie, à la construction d'une habitation ou au placement d'une installation fixe ou mobile pouvant être utilisée, en tout ou partie, pour l'habitation, ou inaptes à cette destination pour une raison technique ou juridique;

2° ou qui sont déjà construits;

3° ou qui sont déjà utilisés pour le placement d'une installation fixe ou mobile au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 1°.

La décision mentionnée à l'alinéa 1^{er} peut être prise avant le dépôt de la demande, au cours de la procédure ou simultanément à la décision prise par l'autorité quant à la demande de permis. »;

5° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Par dérogation au § 1^{er} n'est pas soumise à permis de viabilisation, mais à permis de division préalable écrit et exprès, la division d'un bien en au moins trois lots non bâtis, destinés à l'habitation ou utilisables à cette fin, en ce compris la promotion ou la publicité y afférente, si les conditions suivantes sont remplies :

1° le bien est situé à front d'une voirie publique suffisamment équipée en électricité et en eau, pourvue d'un revêtement solide et d'une largeur suffisante;

2° la division n'exige pas l'ouverture ou la modification d'une voirie communale, ce qui n'exclut pas l'imposition d'obligations urbanistiques ayant pour conséquence l'ouverture ou la modification d'une voirie communale;

3° la division tient compte de la situation des lieux;

4° la superficie totale du bien ne dépasse pas deux hectares.

La division susvisée est celle qui est réalisée par tout acte déclaratif, translatif ou constitutif d'un droit réel, à l'exclusion de l'hypothèque. »

Art. 54 - À l'article D.IV.3 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division »;

2° dans le 5°, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« 5° dans le cadre d'un permis d'urbanisme qui a pour objet plusieurs constructions, mitoyennes ou non, mais qui forment un tout, qui sont destinées en tout ou (en) partie à l'habitation ou à une fonction accessoire du logement et qui peuvent faire l'objet d'une seule et même demande, ci-après dénommée « permis d'urbanisme de constructions groupées »;

3° dans le 6°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division »;

4° le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° la division d'un bien sis dans le périmètre d'un site à réaménager visé à l'article D.II.57.1; »;

5° dans le 8°, le mot « D.V.9 » est remplacé par le mot « D.II.57.1 »;

6° le 9° est abrogé.

Art. 55 - À l'article D.IV.4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (Concerne le texte allemand.);

2° dans l'alinéa 1^{er}, le 3° est complété par les mots « à l'exception des démolitions pour raisons de sécurité ordonnées par le bourgmestre dans le cadre de l'exercice de la police administrative générale »;

3° dans l'alinéa 1^{er}, 5°, les mots « d'un bâtiment ou » sont abrogés;

4° l'alinéa 4 est remplacé par ce qui suit :

« À l'exception d'actes et de travaux expressément exonérés d'une obligation de permis, le conseil communal peut décider de soumettre à une obligation de permis les actes et travaux non mentionnés à l'alinéa 1^{er}, sous réserve d'une motivation renvoyant à son guide communal d'urbanisme. »

Art. 56 - À l'article D.IV.5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division »;

2° dans le 1°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 57 - L'article D.IV.6 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.6 - Un permis d'urbanisme ou un certificat d'urbanisme n° 2 peut être octroyé en dérogation au plan de secteur pour les constructions, les installations ou les bâtiments existant légalement ou, selon le cas, pour les ensembles de constructions, d'installations ou de bâtiments formant une unité fonctionnelle, lorsque leur destination actuelle ou future ne répond pas au prescrit du plan de secteur et qu'il s'agit :

1° d'actes ou de travaux de transformation, d'agrandissement ou de reconstruction;

2° d'une modification de destination et de la création de logements, visées à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 6° et 7°.

Les aménagements accessoires et complémentaires aux constructions, installations ou bâtiments ou, selon le cas, ensembles de constructions, d'installations et de bâtiments précités et isolés de ceux-ci peuvent également être autorisés. »

Art. 58 – Dans l'article D.IV.7 du même Code, le mot « , privés » est inséré entre les mots « besoins économiques » et les mots « ou touristiques ».

Art. 59 - À l'article D.IV.8 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° avant l'alinéa 1^{er}, qui devient l'alinéa 2, il est inséré un alinéa rédigé comme suit :

« Aux fins de production d'électricité ou de chaleur peut être octroyé, en dérogation au plan de secteur, un permis d'urbanisme ou un certificat d'urbanisme n° 2 relatif à la production d'énergie destinée partiellement à la collectivité, c'est-à-dire d'énergie partiellement rejetée dans le réseau électrique ou dans le réseau de gaz naturel ou desservant un réseau de chauffage urbain. »;

2° (concerne l'allemand);

3° (concerne l'allemand);

4° dans l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation »;

5° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Un permis d'urbanisme ou un certificat d'urbanisme n° 2 peut être octroyé, en dérogation au plan de secteur, en vue de la protection des habitats naturels ainsi que de la faune et de la flore sauvages. »

Art. 60 - À l'article D.IV.9 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° la phrase introductive de l'alinéa 1^{er} est complétée par le mot « , cumulativement »;

2° (concerne le texte allemand.)

Art. 61 - Dans le Livre IV, titre I^{er}, chapitre IV, section 2, du même Code, modifié par les décrets des 12 décembre 2019 et 10 décembre 2020, il est inséré un article D.IV.9.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.9.1 - Un permis ou un certificat d'urbanisme n° 2 peut être octroyé, en dérogation au plan de secteur, si :

1° le projet a pour conséquence la redensification cohérente au sein de zones propices à la

densification; le Gouvernement arrête les critères déterminant la redensification cohérente au sein de zones propices à la densification;

2° et si les bâtiments prévus sont situés à front d'une voirie publique, suffisamment équipée en eau, électricité et égouttage, pourvue d'un revêtement solide et d'une largeur suffisante, compte tenu de la situation des lieux. »

Art. 62 – (Concerne le texte allemand).

Art. 63 - Dans la même section, modifiée par les décrets des 12 décembre 2019 et 10 décembre 2020, il est inséré un article D.IV.10.1 rédigé comme suit :

« *Art. D.IV.10.1* - Un permis ou un certificat d'urbanisme n° 2 peut être octroyé en dérogation à la destination d'une zone d'activité économique mixte, industrielle ou spécifique, dans la mesure où le projet concerne des actes et travaux conformes à la destination d'une zone d'activité économique mixte, industrielle ou spécifique et si :

1° le terrain est situé à front d'une voirie publique suffisamment équipée en eau, électricité et égouttage, pourvue d'un revêtement solide et d'une largeur suffisante, compte tenu de la situation des lieux;

2° et que le projet est conciliable avec le voisinage. »

Art. 64 – Dans l'article D.IV.11 du même Code, modifié en dernier lieu par le décret du 10 décembre 2020, les mots « équipements destinés » sont remplacés par les mots « installations destinées ».

Art. 65 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 66 – Dans la phrase introductive de l'article D.IV.13 du même Code, les mots « si les dérogations » sont remplacés par les mots « si, de manière cumulative, les dérogations ».

Art. 67 – Dans l'article D.IV.15, alinéa 1^{er}, 3°, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 68 – Dans l'article D.IV.16, alinéa 1^{er}, 2°, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 69 - À l'article D.IV.22 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° situés dans les périmètres de sites à réaménager; »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 7°, les mots « équipements destinés » sont remplacés par les mots « installations destinées »;

3° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les permis qui portent en partie sur des actes et travaux visés à l'alinéa 1^{er}, 2°, ou 7°, a) à j), sont délivrés par le collège communal pour autant qu'ils ne soient pas repris à l'alinéa 1^{er}, 1°, 3° à 6°, et 8° à 11°. Le Gouvernement peut arrêter la liste de ces actes et travaux. »;

4° l'alinéa 4, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement est compétent pour statuer sur les demandes de contrôle de régularisation mentionnées à l'article D.VII.18. »

Art. 70 – Dans le Livre IV, titre II, chapitre I^{er}, du même Code, l'intitulé de la section 3, remplacé par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Section 3 – Commission de recours ».

Art. 71 – L'article D.IV.24 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé

par ce qui suit :

« Art. D.IV.24 - La commission de recours est compétente pour statuer sur les décisions visées à l'article D.I.6, alinéa 1^{er}. »

Art. 72 - À l'article D.IV.26 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 73 - Dans l'article D.IV.27 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 74 - À l'article D.IV.28 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du premier alinéa, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 3°, les mots « le cas échéant, » sont insérés avant les mots « le dossier technique »;

3° dans l'alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 75 - Dans l'article D.IV.29, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 76 - À l'article D.IV.30, § 2, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division »;

2° (Concerne le texte allemand.)

Art. 77 - À l'article D.IV.31 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 4, les mots « non décisionnel » sont abrogés et les mots « et son contenu confirmé » sont insérés *in fine*;

2° le § 4 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le procès-verbal a une validité de deux ans à dater de la réunion de projet. »;

3° dans le § 5, alinéa 1^{er}, 2°, les mots « 15 000 m² » sont remplacés par les mots « 1 500 m² »;

4° dans le § 5, alinéa 1^{er}, 3°, les mots « 150 logements » sont remplacés par les mots « 50 logements »;

5° le § 6 est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Si la réunion se tient entre le 16 juillet et le 15 août ou entre le 24 décembre et le 1^{er} janvier, le délai est prolongé de plein droit de quinze jours. »;

6° l'article est complété par un § 7 rédigé comme suit :

« § 7 - Moyennant l'accord de l'auteur de projet, l'autorité compétente peut tenir la réunion de projet par vidéoconférence. »

Art. 78 - À l'article D.IV.31.1 du même Code, inséré par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « qui n'a pas valeur de décision » sont abrogés et les mots « et son contenu confirmé » sont insérés *in fine*;

2° dans le § 3, alinéa 2, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« Cette mention est contraignante pour le porteur de projet. »;

3° le § 4 est complété par la phrase suivante :

« Si la réunion se tient entre le 16 juillet et le 15 août ou entre le 24 décembre et le 1^{er} janvier, le

délai est prolongé de plein droit de quinze jours. »;

Art. 79 - À l'article D.IV.32 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « récépissé » est remplacé par les mots « avis de dépôt »;

2° dans l'alinéa 2, modifié par le décret du 12 décembre 2019, le mot « récépissé » est remplacé par les mots « avis de dépôt ».

Art. 80 - L'article D.IV.33 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.33 – § 1^{er} - Dans les vingt jours suivant la réception de la demande de permis ou de certificat d'urbanisme n° 2, selon le cas, ou de son avis de dépôt, l'autorité compétente ou la personne qu'elle délègue à cette fin adresse au demandeur :

1° un avis de complétude formelle si la demande est jugée complète et recevable. Une copie est envoyée à l'auteur de projet;

2° si la demande est jugée incomplète, par envoi, un relevé des pièces manquantes, en signalant que la procédure ne sera poursuivie qu'à partir de leur réception. Une copie est envoyée à l'auteur de projet. Le demandeur dispose d'un délai de 180 jours pour compléter la demande. À défaut, la demande est déclarée irrecevable.

§ 2 - Si le collège communal est l'autorité compétente et qu'il n'a transmis, dans le délai mentionné au § 1^{er}, ni l'avis de complétude formelle, ni le relevé des pièces manquantes, la demande est considérée comme recevable et la procédure est poursuivie si le demandeur, dans les dix jours suivant le terme du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, fait parvenir au Gouvernement les documents suivants :

1° une copie du dossier initialement adressé au collège communal;

2° la preuve de l'envoi ou l'avis de dépôt mentionnés à l'article D.IV.32.

Le demandeur en avertit simultanément le collège communal.

Le Gouvernement détermine les avis à solliciter ainsi que le délai dans lequel le collège communal doit prendre la décision relative à la demande, et en avertit le demandeur, l'auteur de projet et le collège communal. Le délai est contraignant pour le collège communal.

Si les documents ne sont pas transmis au Gouvernement conformément au premier alinéa, la demande est irrecevable et la procédure est arrêtée.

Si, dans un délai de vingt jours, le Gouvernement n'a pas envoyé au demandeur l'avis de complétude formelle mentionné au § 1^{er}, 1°, ou le relevé des pièces manquantes visé au § 1^{er}, 2°, la demande est réputée recevable et la procédure est poursuivie. »

Art. 81 - À l'article D.IV.34 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « l'accusé de réception de la demande complète » sont remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle relatif à la demande »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « L'accusé de réception » sont remplacés par les mots « L'avis de complétude formelle »;

3° l'alinéa 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« L'avis de complétude formelle mentionne aussi que le délai visé au 5° peut, moyennant motivation, être prorogé de trente jours par le collège communal ou le Gouvernement. »;

4° l'alinéa 4 est remplacé par ce qui suit :

« L'avis de complétude formelle délivré par le collège communal reprend le libellé de l'article D.IV.47. »;

5° dans l'alinéa 5, les mots « l'accusé de réception » sont remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle ».

Art. 82 - Dans l'article D.IV.35, § 2, alinéa 2, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « le collège communal et le Gouvernement peuvent » et « qu'ils jugent » sont respectivement remplacés par les mots « l'autorité compétente peut » et « qu'elle juge ».

Art. 83 – À l'article D.IV.36 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « Simultanément à l'envoi de l'accusé de réception de la demande complète, selon le cas, le collège communal ou le Gouvernement » sont remplacés par les mots « Simultanément à l'avis de complétude formelle relatif à la demande, l'autorité compétente »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « , dans le même délai, » et « l'accusé de réception » sont respectivement remplacés par les mots « simultanément » et « l'avis de complétude formelle »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « au collège communal, dans le même délai, » et « l'accusé de réception » sont remplacés respectivement par les mots « simultanément au collège communal » et « l'avis de complétude formelle ».

Art. 84 - Dans l'article D.IV.40, alinéa 3, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 85 - À l'article D.IV.41 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « au stade de la complétude de la demande de permis ou de certificat d'urbanisme n° 2 » sont remplacés par les mots « en cas de complétude formelle de la demande »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « au stade de la complétude de la demande de permis ou de certificat d'urbanisme n° 2 » sont remplacés par les mots « en cas de complétude formelle de la demande ».

Art. 86 – L'article D.IV.42 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.IV.42 - § 1^{er}* - Préalablement à la décision prise par l'autorité compétente conformément à l'article D.IV.46, alinéa 1^{er}, ou à l'article D.IV.48, alinéa 1^{er}, le demandeur peut, à la demande de celle-ci ou moyennant son accord, produire des plans modificatifs et un complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences ou d'étude d'incidences.

Si le Gouvernement est l'autorité compétente, l'avis du collège communal est sollicité. Si le collège communal est l'autorité compétente et que l'avis du Gouvernement devait être sollicité ou l'a été, il est à nouveau sollicité.

§ 2 - Les plans modificatifs et le complément de notice d'évaluation préalable peuvent être soumis à de nouvelles mesures de publicité par l'entremise de la commune et à un nouvel avis des services ou commissions qui ont été consultés précédemment au cours de la procédure. Dans ce cas, le demandeur en est informé.

Sauf dans les cas mentionnés au § 3, de nouvelles mesures de publicité doivent être menées par l'entremise de la commune et l'avis des services ou commissions qui ont été consultés précédemment au cours de la procédure doit à nouveau être sollicité, lorsque la demande est soumise à une étude d'incidences. Le demandeur en est informé.

§ 3 - Les mesures de publicité spécifiques et les nouveaux avis ne sont pas requis :

1° lorsque la modification résulte d'une proposition contenue dans les observations faites lors de l'enquête publique ou pendant la période d'annonce de projet ou qui s'y rattache directement;

2° ou lorsque la modification projetée n'a qu'une portée limitée et ne porte pas atteinte à l'objet et à l'économie générale du projet et à ses caractéristiques substantielles.

§ 4 - Sans préjudice du § 3, l'avis conforme relatif au patrimoine est à nouveau demandé pour les demandes mentionnées à l'article D.IV.35, § 1^{er}, alinéa 1^{er}. Le demandeur en est informé.

§ 5 – L'envoi au demandeur de cet accord de l'autorité compétente ou de cette demande a pour effet d'interrompre les délais visés aux articles D.IV.46, D.IV.47 et D.IV.48. Une copie est transmise au Gouvernement ou, selon le cas, au collège communal.

Le demandeur transmet les plans modificatifs et le complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences à l'autorité compétente. Il est transmis autant d'exemplaires de ces pièces que pour la demande initiale.

La procédure recommence, selon les modalités prévues à l'article D.IV.33. Les nouveaux délais de décision sont fixés sur la base des plans modificatifs et du complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences conformément à l'article D.IV.46, alinéa 1^{er}, ou à l'article D.IV.48, alinéa 1^{er}. »

Art. 87 - L'article D.IV.43 du même Code est abrogé.

Art. 88 - Dans le Livre IV, titre II, chapitre VI, du même Code, la section 4, comportant l'article D.IV.44 et abrogée par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est rétablie dans la rédaction suivante :

« Section 4 - Suspension de la procédure en vue de rectifier la demande de permis ».

Art. 89 – L'article D.IV.44 du même Code, abrogé par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est rétabli dans la rédaction suivante :

« *Art. D.IV.44* – Avant de prendre sa décision conformément à l'article D.IV.46, alinéa 1^{er}, ou à l'article D.IV.48, alinéa 1^{er}, l'autorité compétente peut suspendre la procédure pendant un maximum de trente jours afin d'inviter le demandeur à lui fournir toute information supplémentaire nécessaire pour prendre sa décision ou des documents rectificatifs de la demande.

Le demandeur en est informé. Une copie est transmise au Gouvernement ou, selon le cas, au collège communal. »

Art. 90 – Dans l'article D.IV.45, alinéa 2, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 91 – (Concerne le texte allemand)

Art. 92 - À l'article D.IV.46 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « l'accusé de réception » sont chaque fois remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, le 3°, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit : « 3° cent quinze jours dans les autres cas. »;

3° l'alinéa 3 est complété par les mots « , moyennant motivation ».

Art. 93 - À l'article D.IV.47 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « le Gouvernement est saisi de la demande en tant qu'instance de recours » sont remplacés par les mots « la commission de recours est saisie de la demande »;

2° dans le § 2, l'alinéa 2, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est abrogé;

3° dans le § 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « le Gouvernement est saisi de la demande en tant qu'instance de recours » sont remplacés par les mots « la commission de recours

est saisie de la demande ».

Art. 94 - À l'article D.IV.48 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, modifiée par le décret du 12 décembre 2019, est remplacée par ce qui suit :

« La décision du Gouvernement octroyant ou refusant le permis ou le certificat d'urbanisme n° 2 est simultanément envoyée au collège communal et au demandeur dans les délais suivants à dater du jour où le Gouvernement a envoyé l'avis de complétude formelle mentionné à l'article D.IV.33, ou, à défaut, à dater du jour suivant le terme du délai qui lui était imparti pour ce faire : »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, les mots « ou lorsque la demande porte sur un permis de division et » sont insérés entre les mots « sont d'impact limité » et les mots « ne requiert pas » et les mots « et que la demande » sont abrogés;

3° dans l'alinéa 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, la première phrase est complétée par les mots « , moyennant motivation ».

Art. 95 - Dans l'article D.IV.53, alinéa 3, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 96 - À l'article D.IV.54 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le libellé actuel de l'article, modifié par le décret du 12 décembre 2019, devient le § 1^{er};

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Lorsqu'un permis d'urbanisme ou un permis d'urbanisme de constructions groupées est octroyé à une personne autre qu'une société de logement de service public et que ce permis approuve la création de nouvelles unités de logement, l'autorité compétente peut subordonner l'octroi du permis aux conditions suivantes :

1° la mise à disposition, par accord écrit et pour une période de neuf ans, d'une ou de plusieurs unités de logement à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée;

2° ou la vente à un prix déterminé ou la cession à titre gratuit d'une ou de plusieurs unités de logement à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée;

3° ou la vente, à un prix déterminé, d'une ou de plusieurs unités de logement à des personnes de droit privé ou public dont l'accès à la propriété doit être promu.

Le Gouvernement fixe les modalités des conditions, notamment, le cas échéant :

1° la clef de répartition des conditions, entre autres le nombre d'unités de logement;

2° les modalités relatives au calcul des prix;

3° les modalités de mise à disposition ou de vente des unités de logement;

4° les modalités pour déterminer les personnes dont l'accès à la propriété doit être promu. »;

3° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Lorsqu'un permis de viabilisation ou de division est octroyé à une personne autre qu'une société de logement de service public et que ce permis approuve la création de lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, l'autorité compétente peut subordonner l'octroi du permis aux conditions suivantes :

1° la vente à un prix déterminé ou la cession à titre gratuit d'un ou de plusieurs lots à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée;

2° ou la vente, à un prix déterminé, de lots à des personnes de droit privé ou public dont l'accès à la propriété doit être promu.

Le Gouvernement fixe les modalités des conditions, notamment, le cas échéant :

1° la clef de répartition des obligations, entre autres le nombre d'unités de logement;

2° les modalités relatives au calcul des prix;

3° les modalités de vente;

4° les modalités pour déterminer les personnes dont l'accès à la propriété doit être promu. »;

4° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - L'autorité compétente peut subordonner la délivrance du permis à des conditions relatives à l'édification d'unités de logement sans obstacle. »

Art. 97 – Dans l'intitulé du Livre IV titre III, chapitre VII, section 2, sous-section 3, du même Code, le mot « viabilisation » est remplacé par les mots « viabilisation technique ».

Art. 98 - Dans la phrase introductive de l'article D.IV.55 du même Code, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « ou de viabiliser techniquement ».

Art. 99 - À l'article D.IV.60 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « peut subordonner » sont remplacés par le mot « subordonne »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « peut exiger » sont remplacés par le mot « exige »;

3° entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4, il est inséré un alinéa rédigé comme suit :

« Pour le dépôt de plans As-Built conformément à l'article D.IV.73, l'autorité compétente impose des garanties financières. »;

4° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les garanties financières sont soumises au principe de proportionnalité et se basent sur les coûts de la condition, de l'acte, du travail ou de l'obligation à garantir. En vue de fixer le montant de la garantie, l'autorité compétente peut demander des informations ou des devis au demandeur. »

Art. 100 - À l'article D.IV.62 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division »;

3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 12 décembre 2019, la première phrase est complétée par les mots « ainsi qu'à la commission de recours »;

4° dans le § 3, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « ainsi qu'à la commission de recours » sont insérés entre les mots « au Gouvernement » et les mots « dans les vingt jours »;

5° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « le Gouvernement » sont remplacés par les mots « la commission de recours »;

6° dans le § 4, l'alinéa 2, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Dans les quarante jours de la réception de la suspension, la commission de recours envoie la levée de la suspension ou l'annulation du permis ou du certificat d'urbanisme n° 2 au demandeur, au collège communal et au Gouvernement. »;

7° dans le § 4, alinéa 4, les mots « au Gouvernement » sont remplacés par les mots « à la commission de recours ».

Art. 101 - À l'article D.IV.63 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, modifiée par le décret du 12 décembre 2019, les mots « du Gouvernement » et « accusé de réception » sont respectivement remplacés par les mots « de la commission de recours » et « avis de dépôt »;

2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par les 5° et 6° rédigés comme suit :

« 5° soit de la réception de la décision du Gouvernement visée à l'article D.IV.109.11;

6° soit de la réception de la décision du Gouvernement visée à l'article D.VII.18, § 2. »;

3° le § 1^{er}, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le demandeur peut joindre à son recours des plans modificatifs et le complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences s'ils constituent une réponse aux remarques mentionnées en première instance. »;

4° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « l'article D.IV.47, § 1^{er} et § 3 » sont remplacés par les mots « l'article D.IV.47 »;

5° le § 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est abrogé.

Art. 102 - Dans l'article D.IV.64 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « auprès du Gouvernement » sont remplacés par les mots « auprès de la commission de recours ».

Art. 103 – L'article D.IV.66 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.IV.66* - Dans les dix jours à dater de la réception du recours, la commission de recours ou la personne qu'il délègue à cette fin transmet :

1° à la personne qui a introduit le recours ou au demandeur qui souhaite que sa demande soit instruite, un avis qui précise la date à laquelle a lieu l'audition par la commission de recours;

2° aux autres parties une copie du dossier de recours et l'invitation à l'audition précitée.

Dans les soixante jours à dater de la réception du recours, la commission de recours invite le demandeur, le collège communal et l'administration à comparaître à l'audition. S'il s'agit d'un bien visé aux articles D.IV.14.1 ou D.IV.14.2, le ministre compétent en matière de Protection des monuments est invité à l'audition. Celui-ci peut s'y faire représenter.

La commission de recours peut solliciter l'avis des services ou commissions dont elle estime la consultation nécessaire. La commission de recours peut en outre décider de solliciter, auprès d'un expert de son choix, un avis externe à propos du dossier présenté. Elle en informe le demandeur, le collège communal et l'administration. L'auteur de l'avis ou son représentant peut être invité à assister à l'audition.

Au plus tard dix jours avant la tenue de l'audition, la commission de recours envoie aux personnes ou instances invitées une première analyse du recours sur la base des éléments versés au dossier à ce stade de la procédure ainsi que le cadre dans lequel s'inscrit le projet, à savoir :

1° la situation et, le cas échéant, les dérogations ou les écarts au plan de secteur, aux schémas, à la carte d'affectation des sols, aux guides d'urbanisme ou à un permis de viabilisation ou de division;

2° le fait que le bien concerné, en application du décret sur le patrimoine, est en tout ou partie provisoirement ou définitivement classé, se situe dans la zone de protection d'un tel bien ou sur un site archéologique;

3° l'avis externe mentionné à l'alinéa 3, si un tel avis est sollicité.

Lors de l'audition, les personnes ou instances invitées peuvent déposer au dossier, après l'avoir exposée, une note de motivation ou toute pièce complémentaire qu'elles jugent utile.

Le Gouvernement peut arrêter les modalités d'instruction des recours. »

Art. 104 - À l'article D.IV.67 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Dans les nonante-cinq jours suivant la réception du recours, la commission de recours notifie sa décision au demandeur, au collège communal et au Gouvernement. »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « au Gouvernement » sont abrogés.

3° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le délai mentionné à l'alinéa 1^{er} est suspendu du 16 juillet au 15 août inclus et du 24 décembre au 1^{er} janvier inclus. En cas de suspension du délai, les délais mentionnés aux articles D.IV.66, D.IV.68 et D.IV.69 sont prolongés de la durée de la suspension. »

Art. 105 – À l'article D.IV.68 du même Code, modifié par le décret du 10 décembre 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « le Gouvernement » sont remplacés par les mots « la commission de recours »;
2° entre la première et la deuxième phrase, qui devient la troisième, il est inséré une phrase rédigée comme suit :

« Elle peut aussi solliciter l'avis du Gouvernement. »

Art. 106 – L'article D.IV.70 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.IV.70* - Un avis indiquant que le permis a été octroyé ou que les actes et travaux font l'objet d'un des documents suivants, est affiché par le demandeur sur le terrain, à front de voirie, et doit être facilement lisible depuis celle-ci :

- 1° la décision mentionnée à l'article D.IV.73.1, § 2;
- 2° la décision mentionnée à l'article D.IV.73.2;
- 3° le jugement mentionné à l'article D.VII.15 ou D.VII.22;
- 4° la décision mentionnée à l'article D.VII.18, § 2, 1° ou 2°;
- 5° l'ordonnance mentionnée à l'article D.VII.19, § 1^{er}.

S'il s'agit de travaux à exécuter, cet avis doit être affiché sur le chantier avant le début desdits travaux et pendant toute leur durée. Dans les autres cas, l'avis doit déjà être affiché lors des préparatifs, avant que l'acte ou les actes ne soient accomplis et pendant toute leur durée. Durant ce temps, le permis et le dossier annexé ou, selon le cas, une copie de ces documents certifiée conforme par la commune ou le Gouvernement ou encore les documents mentionnés à l'alinéa 1^{er} se trouvent en permanence à la disposition des agents désignés à l'article D.VII.3 à l'endroit où les travaux sont exécutés et les actes accomplis.

Par dérogation à l'alinéa 2, l'avis relatif à un permis de division est affiché dans les dix jours suivant la réception par le demandeur et conservé pendant vingt jours.

Pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, l'annonce comporte une visualisation 3D du projet d'urbanisme. Pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.2, l'annonce comporte une représentation de la répartition des lots et, le cas échéant, l'impression graphique des objectifs poursuivis en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme au niveau de la partie concernée de la zone.

Au plus tard le lendemain de l'affichage, le demandeur fait parvenir à l'autorité compétente une photo prouvant l'affichage, et ce, par courrier électronique ou postal. »

Art. 107 - Dans l'article D.IV.72 du même code, les mots « ou d'un géomètre désigné par lui » sont insérés en fin de première phrase et, dans la deuxième phrase, les mots « ou le géomètre » sont insérés entre les mots « Le collège communal » et les mots « indique l'implantation ».

Art. 108 – Dans le livre IV, titre II, chapitre X, du même Code, l'intitulé de la section 4 est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 - Plans As-Built et déclaration de conformité après l'achèvement des travaux ».

Art. 109 – L'article D.IV.73 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.IV.73* - Au plus tard soixante jours après l'achèvement des travaux pour lesquels il faut faire appel à un architecte ou pour lesquels il a été fait appel à un architecte, le demandeur introduit les documents suivants auprès de l'autorité compétente :

- 1° les plans contresignés par l'architecte qui mentionnent la date d'achèvement des travaux et qui,

au moyen d'un relevé correct des travaux effectués, rendent la situation exacte après l'achèvement des travaux, ci-après dénommés « plans As-Built »;

2° un reportage photographique qui rend compte de l'aspect extérieur de la construction terminée.

Le Gouvernement peut arrêter le contenu des plans As-Built. »

Art. 110 - Dans le livre IV, titre II, chapitre X, section 4, du même Code, modifiée par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré un article D.IV.73.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.73.1 - § 1^{er} - Conformément aux dispositions qui peuvent être adoptées par le Gouvernement, celui-ci délivre, dans un délai de septante-cinq jours à dater de la demande lui adressée par le titulaire du permis ou le propriétaire du bien, une déclaration de conformité si les travaux sont achevés dans le délai imparti et répondent au prescrit du permis octroyé.

Le Gouvernement refuse la déclaration mentionnée au premier alinéa si les travaux ne sont pas achevés au terme du délai imparti ou s'ils n'ont pas été exécutés conformément au prescrit du permis délivré. Dans ce cas, il liste les travaux non encore exécutés et les points non respectés du prescrit du permis délivré.

Si des plans As-Built contresignés par l'architecte existent, mais n'ont pas encore été déposés, ils sont annexés à la demande avec le reportage photographique mentionné à l'article D.IV.73 et, le cas échéant, une motivation relative aux conditions mentionnées au § 2.

Le Gouvernement peut arrêter le contenu de la demande de déclaration de conformité.

§ 2 - Dans le cadre de la déclaration mentionnée au § 1^{er}, le Gouvernement peut, moyennant motivation, déclarer conformes des travaux qui ne respectent pas les prescriptions si :

1° il s'agit de travaux qui sont justifiés par des raisons techniques, n'influencent pas le projet dans ses grandes lignes et n'augmentent pas, directement ou indirectement, les dangers, nuisances ou inconvénients pour l'homme ou l'environnement;

2° il s'agit de travaux au sens de l'article D.IV.1 § 2.

Si les travaux mentionnés au premier alinéa concernent un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant la déclaration.

Si les travaux mentionnés au premier alinéa concernent des conditions mises au permis par le collège communal, l'avis du collège communal est demandé avant la déclaration.

Par dérogation aux articles D.IV.37 à D.IV.39, les avis mentionnés aux alinéas 2 et 3 sont transmis dans les trente jours suivant l'envoi de la demande. Passé ce délai, l'avis est censé être favorable.

Une copie de la déclaration est transmise à toutes les instances ayant rendu un avis à propos du projet. »

Art. 111 - Dans le livre IV, titre II, chapitre X, du même Code, modifiée par le décret du 12 décembre 2019, il est insérée une section 4.1, comportant l'article D.IV.73.2, intitulée comme suit :

« Section 4.1 – Modifications après délivrance du permis, avant ou pendant l'achèvement des travaux ».

Art. 112 - Dans le livre IV, titre II, chapitre X, section 4.1, du même Code, il est inséré un article D.IV.73.2 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.73.2 - Conformément aux dispositions qui peuvent être adoptées par le Gouvernement, le demandeur peut introduire auprès de l'autorité qui a octroyé le permis, le cas échéant en procédure

de recours, une demande simplifiée de modification dudit permis après son octroi, avant ou pendant l'achèvement des travaux modifiant le projet approuvé ou les conditions ou obligations mentionnées dans le permis si :

1° il s'agit de travaux qui sont justifiés par des raisons techniques, n'influencent pas le projet dans ses grandes lignes et n'augmentent pas, directement ou indirectement, les dangers, nuisances ou inconvénients pour l'homme ou l'environnement;

2° ou il s'agit de travaux au sens de l'article D.IV.1, § 2;

3° ou les travaux concernent l'exécution d'obligations.

Le Gouvernement peut arrêter le contenu de la demande de modification du permis.

La demande comprend au moins les plans et documents modifiés, ainsi qu'une motivation des modifications en ce qui concerne les conditions mentionnées au premier alinéa.

L'autorité compétente transmet sa décision au demandeur dans un délai de :

1° trente jours à dater de la demande, si aucun avis n'est nécessaire;

2° soixante jours à dater de la demande, si un ou plusieurs avis sont nécessaires.

À défaut de notification de la décision dans le délai imparti, la demande de modification est censée être rejetée.

Si les travaux mentionnés au premier alinéa concernent un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant le permis.

Si les travaux mentionnés au premier alinéa concernent une disposition mentionnée à l'article D.IV.17 ou des conditions imposées par le Gouvernement, l'avis de ce dernier est demandé. Dans les cas mentionnés à l'article D.IV.17, l'avis du Gouvernement est un avis conforme.

Si les travaux mentionnés au premier alinéa concernent des conditions mises au permis par le collège communal, l'avis de ce dernier est demandé avant le permis.

Par dérogation aux articles D.IV.37 à D.IV.39, les avis mentionnés aux alinéas 6 à 8 sont transmis dans les trente jours suivant l'envoi de la demande. Passé ce délai, l'avis est censé être favorable.

Une copie de la décision est transmise à toutes les instances ayant rendu un avis à propos du projet. »

Art. 113 – Dans l'article D.IV.74, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « d'un permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « d'un permis de viabilisation, d'un permis de division ».

Art. 114 – Dans l'article D.IV.76, du même Code, les mots « à un permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « à un permis de viabilisation, à un permis de division ».

Art. 115 – Dans l'article D.IV.77 du même Code, les mots « et le permis d'urbanisation définitif » sont remplacés par les mots « , le permis de viabilisation et le permis de division définitifs ».

Art. 116 - L'article D.IV.78 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.78 - Sans préjudice des obligations découlant des articles D.IV.53 à D.IV.60, le permis de viabilisation ou de division a valeur indicative. Il s'applique au permis d'urbanisme et au certificat d'urbanisme n° 2 y relatif. »

Art. 117 – Dans l'article D.IV.79 du même Code, les mots « le permis d'urbanisation qui implique

l'ouverture, la modification ou la suppression d'une voirie communale, » sont remplacés par les mots « le permis de viabilisation ou de division ».

Art. 118 - À l'article D.IV.80 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 2, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« L'autorité compétente peut exiger le dépôt de garanties afin que les obligations relatives à la remise en état des lieux soient satisfaites. »

Art. 119 – Dans le livre IV, titre III, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 1^{re} est remplacé par ce qui suit :

« Section 1^{re} - Péremption du permis de viabilisation ou de division ».

Art. 120 - À l'article D.IV.81 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

3° dans l'alinéa 4, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division » et les mots « ou D.IV.103 » sont insérés *in fine*.

Art. 121 - Dans l'article D.IV.82, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 122 - Dans l'article D.IV.83 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 123 - Dans l'article D.IV.88 du même Code, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 124 – Dans l'article D.IV.89 du même Code, le 3°, modifié par le décret de la Région wallonne du 1^{er} mars 2018, est abrogé.

Art. 125 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 126 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 127 – Dans le livre IV, titre III, du même Code, l'intitulé du chapitre VIII est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VIII - Modification ou suspension du permis de viabilisation ».

Art. 128 - À l'article D.IV.94 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis de viabilisation » et les mots « ou abrogation » sont insérés entre les mots « une modification » et les mots « de celui-ci »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation »;

3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation »;

4° dans le § 2, alinéa 2, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 129 - Dans l'article D.IV.95 du même Code, le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Les dispositions réglant le permis de viabilisation sont applicables à sa modification ou suspension. Toutefois, le dossier de demande comporte uniquement les éléments en lien avec la modification ou suspension projetée. »

Art. 130 – Dans l'article D.IV.96 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 131 - Dans le livre IV, titre III, chapitre VIII, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré un article D.IV.96.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.96.1 - La suspension d'un permis de viabilisation ne concerne pas le plan de division. »

Art. 132 - À l'article D.IV.97 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 4°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 6°, le a) est remplacé par ce qui suit :

« a) situé dans le périmètre d'un site à réaménager ou d'un site de réhabilitation urbaine; ».

Art. 133 – Dans l'article D.IV.99, § 1^{er}, du même Code, le 2°, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« 2° de l'existence, de l'objet et de la date des permis de lotir, d'urbanisation, de viabilisation, de division, de bâtir et d'urbanisme ou des décisions de régularisation ainsi que des permis de bâtir ou décisions de régularisation pour des constructions groupées, délivrés après le 1^{er} janvier 1977, ainsi que des certificats d'urbanisme qui datent de moins de deux ans et des permis de patrimoine au sens de l'article 13 du décret sur le patrimoine qui ont été délivrés après le 1^{er} janvier 2009; ».

Art. 134 - Dans l'article D.IV.101, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 135 - Dans l'article D.IV.102, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 136 – Dans le livre IV, titre V, du même Code, l'intitulé du chapitre III est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre III - Acte postérieur à la modification du permis de viabilisation ».

Art. 137 – Dans l'article D.IV.103, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 138 - Dans le Livre IV du même Code, il est inséré un titre VII.1, comportant les articles D.IV.109.1 à D.IV.109.13, intitulé comme suit :

« Titre VII.1 - Procédure d'urgence ».

Art. 139 - Dans le Livre IV, titre VII.1, du même Code, il est inséré un chapitre I^{er}, comportant l'article D.IV.109.1, intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er} - Champ d'application ».

Art. 140 - Dans le Livre IV, titre VII.1, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré un article D.IV.109.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.1 - § 1^{er} - Les actes et travaux concernant la reconstruction de bâtiments et constructions dans des zones concernées par des calamités naturelles reconnues au sens du décret de la Région wallonne du 26 mai 2016 relatif à la réparation de certains dommages causés par des

calamités naturelles publiques peuvent faire l'objet d'une procédure d'urgence en vue de l'octroi d'un permis d'urbanisme conformément aux dispositions du présent titre.

La reconstruction concerne largement une reproduction fidèle à l'original de bâtiments et constructions détruits en tout ou partie par la calamité naturelle et comporte entre autres la démolition, le nettoyage, la remise en état ou le remplacement des éléments de structure et des murs extérieurs, en ce compris la protection par bardage ou hydrofugation et leur isolation ainsi que les menuiseries extérieures, les charpentes, la couverture et l'isolation des toitures, les panneaux solaires lorsqu'ils font partie intégrante de la couverture, les cheminées, les corniches, les gouttières, les descentes d'eau pluviale et les ouvrages permettant leur évacuation.

Les modifications apportées au bâtiment original, en ce compris les modifications de structure, celles qui influencent l'aspect architectural du bâtiment ou des constructions, ou les modifications des plantations peuvent être autorisées si, dans l'ensemble, elles restent insignifiantes, sont motivées de manière détaillée dans la demande et sont compatibles avec le voisinage.

Le Gouvernement peut compléter la liste des actes et travaux concernés.

§ 2 - La procédure d'urgence n'est pas appliquée pour les actes et travaux qui :

- 1° doivent être soumis à une étude d'incidences;
- 2° entraînent la création, la modification ou la suppression d'une voirie communale;
- 3° comportent l'une des modifications suivantes apportées au bâtiment original :
 - a) modification de destination au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 7°;
 - b) augmentation du nombre d'unités de logement;
 - c) augmentation du nombre d'étages. »

Art. 141 - Dans le Livre IV, titre VII.1, du même Code, il est inséré un chapitre II, comportant les article D.IV.109.2 et D.IV.109.3, intitulé comme suit :

« Chapitre II - Exceptions et dérogations ».

Art. 142 - Dans le Livre IV, titre VII.1, chapitre II, il est inséré un article D.IV.109.2 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.2 - Le permis d'urbanisme délivré en urgence peut s'écarter d'un schéma de développement du territoire, s'il est applicable, d'un plan de développement pluricommunal, d'un plan de développement communal, d'un plan d'orientation local, d'une carte d'affectation des sols, du contenu à valeur indicative d'un guide ou d'un permis d'urbanisation lorsque le bâtiment ou la construction avait une existence légale au moment de la destruction complète ou partielle. »

Art. 143 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.3 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.3 - Le permis d'urbanisme délivré en urgence peut être octroyé en dérogation au plan de secteur ou aux normes d'un guide régional d'urbanisme lorsque le bâtiment ou la construction avait une existence légale au moment de la destruction complète ou partielle. »

Art. 144 - Dans le Livre IV, titre VII.1, du même Code, il est inséré un chapitre III, comportant les article D.IV.109.4 à D.IV.109.12, intitulé comme suit :

« Chapitre III - PROCEDURE ».

Art. 145 - Dans le Livre IV, titre VII.1, chapitre III, il est inséré un article D.IV.109.4 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.4 – Le permis d'urbanisme est délivré par le Gouvernement. »

Art. 146 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.5 rédigé comme suit :

« *Art. D.IV.109.5* - Un avis du collège communal accompagne la demande de permis. Dans cet avis, le collège communal confirme notamment que les actes et travaux se déroulent dans une zone touchée, il y a au plus vingt-quatre mois, par une calamité naturelle reconnue.

Pour la demande de permis, le Gouvernement peut fixer la forme et un contenu supplémentaire allant au-delà du contenu fixé en vertu de l'article D.IV.26. »

Art. 147 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.6 rédigé comme suit :

« *Art. D.IV.109.6* - La demande de permis sera envoyée ou remise contre accusé de réception au Gouvernement, et ce, dans les vingt-quatre mois suivant la publication de l'arrêté reconnaissant la calamité naturelle. »

Art. 148 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.7 rédigé comme suit :

« *Art. D.IV.109.7* - Dans les quinze jours suivant la réception de la demande de permis ou l'avis de dépôt, le Gouvernement transmet au demandeur :

1° un avis de complétude formelle si la demande est jugée complète et recevable. Une copie est envoyée à l'auteur de projet;

2° si la demande est jugée incomplète, par envoi, un relevé des pièces manquantes, en signalant que la procédure ne sera poursuivie qu'à partir de leur réception. Une copie est envoyée à l'auteur de projet.

Si, dans un délai de dix jours, le Gouvernement n'a pas envoyé au demandeur l'avis de complétude formelle mentionné à l'alinéa 1^{er}, 1°, ou le relevé des pièces manquantes visé à l'alinéa 1^{er}, 2°, la demande est réputée recevable et la procédure est poursuivie. »

Art. 149 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.8 rédigé comme suit :

« *Art. D.IV.109.8* - Sans préjudice des dispositions mentionnées à l'article D.68 du Code de l'environnement, l'avis de complétude formelle mentionne :

1° les services ou commissions dont l'avis est sollicité et les délais prévus pour ce faire;

2° le délai dans lequel la décision du Gouvernement est transmise. »

Art. 150 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.9 rédigé comme suit :

« *Art. D.IV.109.9* - § 1^{er} - Simultanément à l'avis de complétude formelle, le Gouvernement transmet aux services et commissions mentionnés à l'article D.IV.109.7 une demande d'avis accompagnée d'un exemplaire de la demande de permis.

§ 2 - Les services et commissions mentionnés au § 1^{er} transmettent leur avis dans les vingt jours suivant l'envoi de la demande par l'autorité compétente. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable.

L'avis du service d'incendie est transmis dans les trente jours de l'envoi de la demande par l'autorité compétente. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable. »

Art. 151 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.10 rédigé comme suit :

« *Art. D.IV.109.10* - Lorsque la demande concerne un bien qui, en application du décret sur le patrimoine, est en tout ou partie provisoirement ou définitivement classé ou se situe dans la zone de protection d'un tel bien ou sur un site archéologique, le Gouvernement demande un simple avis relatif au patrimoine au sens de l'article D.IV.2. L'avis est transmis dans les vingt jours de l'envoi de la demande par l'autorité compétente. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable. »

Art. 152 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.11 rédigé comme suit :

« *Art. D.IV.109.11* - La décision du Gouvernement octroyant ou refusant le permis d'urbanisme est simultanément envoyée au collège communal et au demandeur dans les quarante-cinq jours suivant

celui où le Gouvernement a envoyé l'avis de complétude formelle mentionné à l'article D.IV.109.7 ou, à défaut, à dater du jour suivant le terme du délai qui lui était imparti pour ce faire.

Le Gouvernement envoie une copie de la décision à l'auteur de projet.

Moyennant motivation, le délai mentionné au à l'alinéa 1^{er} peut être prolongé de trente jours par le Gouvernement. La décision portant prolongation est transmise dans le délai initial. Le Gouvernement envoie une copie de la décision portant prolongation à l'auteur de projet. »

Art. 153 - Dans le même chapitre, il est inséré un article D.IV.109.12 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.12 - Lorsque la décision du Gouvernement n'est pas transmise au demandeur dans le délai mentionné à l'article D.IV.109.10, le permis est réputé refusé.

Dans ce cas, l'autorité rembourse au demandeur le montant reçu au titre de droit de dossier. »

Art. 154 - Dans le Livre IV, titre VII.1, du même Code, il est inséré un chapitre IV, comportant l'article D.IV.109.13, intitulé comme suit :

« Chapitre IV - Dispositions applicables ».

Art. 155 - Dans le Livre IV, titre VII.1, chapitre IV, il est inséré un article D.IV.109.13 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.109.13 – Les dispositions du présent Livre sont applicables à la procédure d'urgence, pour autant que le présent titre n'y déroge pas.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les articles D.IV.5 à D.IV.23.2, D.IV.27 à D.IV.28, D.IV.30 à D.IV.31.1, D.IV.33 à D.IV.52, D.IV.54, §§ 2 et 3, D.IV.60 à D.IV.62, D.IV.69, D.IV.79, D.IV.81 à D.IV.83, D.IV.90, D.IV.94 à D.IV.98, D.IV.103 et D.IV.106 à D.IV.108 ne s'appliquent pas à la procédure d'urgence. »

Art. 156 - À l'article D.IV.110 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Les demandes de permis de bâtir, de permis d'urbanisme, de permis de lotir, de permis d'urbanisation, de permis de viabilisation ou de permis de division, en ce compris celles qui entrent dans l'une des catégories visées à l'article D.IV.25, dont le dépôt, attesté par un avis de dépôt ou dont la réception de l'envoi, attestée par un accusé de réception postal ou assimilé, est antérieur à l'une des modifications de la législation sur l'aménagement du territoire et l'urbanisme applicable en région de langue allemande, poursuivent leur instruction sur la base des dispositions en vigueur à la date de l'avis de dépôt ou de l'accusé de réception. »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « le récépissé » sont remplacés par les mots « l'avis de dépôt ».

Art. 157 – Dans l'article D.IV.111 du même Code, les mots « ou la personne qu'il délègue à cette fin » sont remplacés par les mots « et la commission de recours ».

Art. 158 - Dans l'article D.IV.117 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbanisation ou de viabilisation ».

Art. 159 - Le livre V du même Code, comportant les articles D.V.1 à D.V.20, est abrogé.

Art. 160 - À l'article D.VI.1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° des périmètres des sites à réaménager; »;

2° le 5° est abrogé;

3° le 6° est abrogé;

4° dans le 8°, les mots « décret du 11 mars 1999 » sont remplacés par les mots « décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement »;
5° le 9° est abrogé.

Art. 161 - Dans l'article D.VI.15, alinéa 3, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , de viabilisation ou de division ».

Art. 162 – À l'article D.VI.17, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 16 novembre 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° un périmètre de site à réaménager; »;

2° le 8° est abrogé;

3° le 9° est abrogé.

4° dans le 11, c), les mots « , un périmètre de remembrement urbain ou une zone d'initiative privilégiée adoptés » sont remplacés par les mots « ou un périmètre de remembrement urbain ».

Art. 163 - Dans l'article D.VI.25, § 1^{er}, alinéa 2, 5°, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , d'urbanisation, de viabilisation ou de division ».

Art. 164 - Dans le livre VI, titre II, chapitre V, du même Code, il est inséré un article D.VI.33.1 rédigé comme suit :

« Art. D.VI.33.1 - Par dérogation à l'article D.VI.17 peut aussi être soumis au droit de préemption tout bien immobilier qui est situé dans les zones ou, selon le cas, les périmètres suivants, dans la mesure où ils ont été adoptés avant le 1^{er} octobre 2022 et sont encore valables :

1° les périmètres de revitalisation urbaine;

2° les périmètres de rénovation urbaine;

3° les périmètres de sites de réhabilitation paysagère et environnementale;

4° les zones d'initiatives privilégiées. »

Art. 165 – Dans l'article D.VI.38, alinéa 1^{er}, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , de viabiliser ou de diviser ».

Art. 166 - À l'article D.VI.39 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , de viabiliser ou de diviser »;

2° dans le 5°, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , de viabiliser ou de diviser »;

3° dans le 6°, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , de viabiliser ou de diviser »;

4° dans le 7°, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , de viabiliser ou de diviser » et les mots « ou d'urbanisation » par les mots « , d'urbanisation, de viabilisation ou de division ».

5° dans le 9°, les mots « ou d'urbaniser » sont remplacés par les mots « , de viabiliser ou de diviser ».

Art. 167 - Dans l'article D.VI.41, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , de viabilisation ou de division ».

Art. 168 - Dans l'article D.VI.42, alinéa 3, 2°, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , de viabilisation ou de division ».

Art. 169 – L'article D.VI.46, alinéa 1^{er}, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 170 – Dans l'article D.VI.48, 2°, 2^e tiret, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « , de viabilisation ou de division ».

Art. 171 - À l'article D.VI.50, § 1^{er}, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans le 4°, les mots « l'article D.V.2 ou D.V.7 » sont remplacés par les mots « l'article D.II.57.4 »;
2° dans le 6°, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ».

Art. 172 - Dans l'article D.VI.58, alinéa 2, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 173 - Dans l'article D.VI.63, du même Code, les mots « ou d'urbanisation » sont remplacés par les mots « d'urbanisation, de viabilisation ou de division ».

Art. 174 - Dans l'article D.VI.64, § 1^{er}, 3°, du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 175 - À l'article D.VII.1 du même Code, modifié par les décrets de la Région wallonne des 16 novembre 2017 et 26 avril 2018 et par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Sont constitutifs d'infraction les faits suivants :

1° l'exécution des actes ou travaux mentionnés à l'article D.IV.4, la viabilisation d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 1^{er}, ou la division d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 3, sans permis préalable, postérieurement à sa péremption ou postérieurement à l'acte ou à la décision suspendant le permis ou encore en cas de non-respect du permis ou de la décision de régularisation au sens de l'article D.VII.18, § 2, 1° et 2°, sauf :

a) les actes qui ont été accomplis en ne respectant pas la répartition des lots prévue par le permis de division lorsqu'ils n'exigent aucune modification dudit permis conformément à l'article D.IV.94, § 2;

b) les actes et travaux qui sont considérés comme conformes au sens de l'article D.IV.73.1;

2° la poursuite des actes et travaux mentionnés à l'article D.IV.4, de la viabilisation d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 1^{er}, ou la division d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 3, sans permis préalable, postérieurement à sa péremption ou postérieurement à l'acte ou à la décision de suspension du permis ou encore en cas de non-respect du permis ou de la décision de régularisation au sens de l'article D.VII.18, § 2, 1° et 2°;

3° sans préjudice de l'article D.VII.1*bis*, le maintien des travaux exécutés sans le permis qui était requis ou en mépris de celui-ci;

4° le non-respect des prescriptions du plan de secteur et des normes du guide régional d'urbanisme, à l'exception des actes et travaux autorisés par dérogation, dispensés de permis ou non soumis à l'obligation de permis;

5° le non-respect des règles d'affichage du permis visées à l'article D.IV.70 ou de publicité visées à l'article D.IV.76. et au livre VIII;

6° l'absence de notification du début des travaux mentionnée à l'article D.IV.71;

7° le défaut de dépôt des plans As-Built conformément à l'article D.IV.73 ou l'établissement de plans As-Built qui ne correspondent pas au bâti;

8° l'exécution des actes ou travaux mentionnés à l'article D.IV.4 ou la viabilisation d'un bien au sens de l'article D.IV.2, § 1^{er}, au mépris des mesures de protection imposées en application du décret sur le patrimoine. »;

2° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est abrogé;

3° le § 2/1 est abrogé;

4° le § 2/2 est abrogé.

Art. 176 - L'article D.VII.1^{erbis} du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 16 novembre 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.VII.1^{erbis} - § 1^{er} - Il est présumé de manière irréfragable que des actes et travaux ont été accomplis conformément au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme en vertu de l'article D.VII.1 lorsqu'ils ont été achevés il y a trente ans au moins.

Cette présomption ne s'applique pas :

1° aux actes et travaux consistant à créer, après le 20 août 1994, un ou plusieurs logements qui ne répondent pas aux critères mis à l'obtention d'un permis de location ou aux critères de salubrité et de sécurité;

2° aux actes et travaux situés dans le périmètre d'un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature ou de ses arrêtés d'exécution;

3° aux actes et travaux menés sur un bien concerné par une mesure de protection imposée en application du décret sur le patrimoine;

4° aux actes et travaux qui, avant le 1^{er} octobre 2022, ont fait l'objet d'une décision de justice constatant la non-conformité d'actes et de travaux au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme, même si la décision de justice est concernée par des procédures d'appel encore en cours.

Sans préjudice de l'alinéa 2, le délai mentionné au premier alinéa pour des actes et travaux conformes à l'affectation de la zone au plan de secteur sur laquelle ils se trouvent est ramené à au moins vingt ans.

Sans préjudice de l'alinéa 2 et par dérogation à l'alinéa 3, le délai mentionné au premier alinéa est ramené à au moins dix ans pour les infractions suivantes :

A. actes et travaux pour autant que toutes les conditions suivantes soient remplies cumulativement :

1° ils sont considérés comme étant d'impact limité conformément à l'article D.IV.1, § 2;

2° leur affectation correspond à celle de la zone au plan de secteur sur laquelle ils se situent;

3° ils répondent aux normes du guide régional.

B. autres actes et travaux que ceux repris sous A pour autant que toutes les conditions suivantes soient remplies cumulativement :

1° l'infraction a été commise :

a) soit dans une zone reprise au plan de secteur en tant que zone destinée à l'urbanisation au sens de l'article D.II.23, alinéa 2;

b) soit dans une zone d'aménagement communal concerté qui a été mise en œuvre et porte sur une ou plusieurs affectations d'urbanisation au sens de l'article D.II.23, alinéa 2;

c) soit sur des constructions, installations ou bâtiments ou, selon le cas, leurs aménagements accessoires ou complémentaires, existant avant l'entrée en vigueur du plan de secteur, ou dont l'affectation est conforme à la zone ou a été autorisée en dérogation au plan de secteur;

2° les actes et travaux en infraction sont conformes aux normes du guide régional;

3° les actes et travaux en infraction rencontrent l'une des hypothèses suivantes :

a) en cas de non-respect du permis d'urbanisme ou de viabilisation délivré, l'ampleur des écarts est inférieure à vingt pour cent :

i) de l'emprise au sol autorisée;

ii) de la hauteur sous corniche et au faite du toit autorisée;

iii) de la profondeur autorisée;

iv) de la volumétrie autorisée;

v) de la superficie de planchers autorisée;

vi) des cotes d'implantation des constructions;

vii) de la dimension minimale ou maximale de la parcelle;

b) en cas de réalisation d'un auvent en extension d'un hangar agricole autorisé, pour autant que :

i) la hauteur du faite de l'auvent soit inférieure à celle sous corniche du hangar;

ii) le hangar présente un tel auvent sur une seule de ses élévations;

iii) l'auvent présente une profondeur maximale de sept mètres, mesurés à partir de l'élévation du hangar;

c) en cas de non-respect des ouvertures autorisées;

d) en cas de non-respect des tonalités autorisées par le permis d'urbanisme.

§ 2 - La charge de la preuve incombe au contrevenant en ce qui concerne le respect des conditions et le moment de l'achèvement des actes et travaux. »

Art. 177 – Dans l'article D.VII.2, 3°, du même Code, les mots « à l'urbanisation » sont remplacés par les mots « à la viabilisation ».

Art. 178 - À l'article D.VII.4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « non visée à l'article D.VII.1, § 2 » sont abrogés;

2° entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, il est inséré un alinéa rédigé comme suit :

« L'avertissement reprend la liste des infractions reprochées avec un renvoi aux dispositions applicables. Il doit également indiquer les services qui peuvent fournir des informations supplémentaires. »

Art. 179 – À l'article D.VII.6 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « ou de l'antichrèse » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 2, les mots « si celui-ci est saisi ou est susceptible d'être saisi d'un recours sur une demande de permis de régularisation relative aux actes et travaux ou à l'urbanisation objets du procès-verbal » sont abrogés.

Art. 180 - Dans le livre VII, chapitre III, du même Code, il est inséré une section 6, comportant l'article D.VII.7.1, intitulée comme suit :

« Section 6 - Effets juridiques ».

Art. 181 - Dans le livre VII, chapitre III, section 6, du même Code, il est inséré un article D.VII.7.1 rédigé comme suit :

Art. D.VII.7.1 - Toute demande relative à des actes ou travaux pour lesquels un procès-verbal de constat a été transmis conformément à l'article D.VII.5 et qui n'a pas été introduite dans le cadre d'un contrôle de régularisation conformément à l'article D.VII.18 est déclarée irrecevable jusqu'à ce que :

1° une décision de régularisation soit coulée en force de chose jugée conformément à l'article D.VII.18, § 2, 1° ou 2°;

2° soit imposée la mise en œuvre de mesures administratives conformément à l'article D.VII.19 ou de mesures compensatoires conformément à l'article D.VII.20, assorties ou non d'une amende administrative conformément à l'article D.VII.21;

3° un jugement exécutoire soit prononcé. »

Art. 182 – Dans l'article D.VII.8, l'alinéa 1^{er} est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Les machines et/ou matériaux de construction peuvent entretemps être évacués du chantier. »

Art. 183 – Dans l'article D.VII.9, alinéa 2, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « ou de l'antichrèse » sont abrogés.

Art. 184 – Dans l'article D.VII.11 du même Code, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« À l'exception de la saisie des machines et/ou matériaux de construction qui peuvent entretemps être évacués du chantier, les agents constatateurs sont habilités à prendre toute mesure, y compris l'apposition de scellés, afin de garantir l'application immédiate de l'ordre d'interruption, de la décision

de confirmation ou, le cas échéant, de l'ordonnance prise par le président du tribunal de première instance dans le ressort duquel les travaux et actes ont été exécutés. »

Art. 185 – Dans l'article D.VII.12, alinéa 2, du même Code, les mots « à l'urbanisation » sont remplacés par les mots « à la viabilisation ».

Art. 186 – À l'article D.VII.13 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit : « Outre la pénalité, le tribunal – à la demande motivée du Gouvernement ou du collège communal – ordonne pour chaque infraction, de manière isolée ou cumulative : »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, les mots « ou l'urbanisation » sont remplacés par les mots « , la division ou viabilisation »;

3° dans l'alinéa 1^{er}, 3°, les mots « ou l'urbanisation » sont remplacés par les mots « , la division ou viabilisation »;

4° l'alinéa 1^{er} est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° et/ou des mesures compensatoires au sens de l'article D.II.20 »;

5° dans l'alinéa 3, la dernière phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le paiement de la somme s'effectue en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.I.12.1. »

Art. 187 – L'intitulé du livre VII, chapitre VI, du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VI - Mesures extrajudiciaires après verbalisation ».

Art. 188 – À l'article D.VII.16 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le mot « nonante » est remplacé par le mot « soixante »;

2° l'article est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« Dans ce cas, le Gouvernement peut décider :

1° d'entamer la procédure de contrôle de régularisation conformément à l'article D.VII.18;

2° ou d'imposer des mesures administratives conformément à l'article D.VII.19 ou des mesures compensatoires conformément à l'article D.VII.20, le cas échéant, assorties ou non d'une amende administrative conformément à l'article D.VII.21. »

Art. 189 – À l'article D.VII.17 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « À défaut pour le procureur du Roi d'avoir marqué son intention de poursuivre dans les nonante jours de la réception du procès-verbal de constat, le » sont remplacés par le mot « Le » et les mots « , dans les trois mois, » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 2, 1°, les mots « permis en régularisation » sont remplacés par les mots « contrôle de régularisation »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « permis de régularisation » sont remplacés par les mots « contrôle de régularisation »;

4° dans l'alinéa 4, les mots « l'article D.VII.12 ou D.VII.22 » sont remplacés par les mots « l'article D.VII.12, D.VII.29, D.VII.20 ou D.VII.22 ».

Art. 190 – Dans le livre VII, chapitre VI, du même Code, l'intitulé de la section 3 est remplacé par ce qui suit :

« Section 3 - Contrôle de régularisation et transaction ».

Art. 191 – Dans le livre VII, chapitre VI, section 3, du même Code, la sous-section 1^{re}, comportant les articles D.VII.18 et D.VII.19, est abrogée.

Art. 192 – L'article D.VII.18 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.VII.18* - § 1^{er} - Fait l'objet de la procédure décrite dans le présent article l'examen permettant de vérifier si les actes et travaux effectués irrégulièrement peuvent être approuvés rétroactivement à certaines conditions, soit sur la base de la règle applicable au moment de leur exécution, soit sur la base de celle applicable lors de l'examen, le cas échéant en application des articles D.IV.5 à D.IV.13.

Si le Gouvernement décide d'entamer la procédure relative au contrôle de régularisation, il invite le contrevenant et, le cas échéant, le propriétaire du bien concerné à introduire, dans un délai qu'il fixe, une demande de contrôle de régularisation. Selon le cas, la demande est traitée conformément à la procédure prévue au livre IV pour les demandes de permis de bâtir, de viabilisation ou de division relevant de la compétence du Gouvernement conformément à l'article D.IV.22.

L'invitation peut comprendre une proposition d'adaptation des actes et des travaux effectués irrégulièrement, proposition dont il est tenu compte dans la demande à introduire.

La demande introduite mentionne qu'il s'agit d'une demande de contrôle de régularisation au sens du présent article.

§ 2 - Dans sa décision relative à la demande de contrôle de régularisation, le Gouvernement peut déterminer que les actes et travaux effectués irrégulièrement :

1° peuvent être approuvés ultérieurement sans modification, le cas échéant moyennant le respect de conditions fixées dans la décision en question;

2° peuvent être approuvés ultérieurement grâce à la réalisation de travaux de modification, le cas échéant moyennant le respect de conditions fixées dans la décision en question;

3° ne peuvent être approuvés ultérieurement.

§ 3 - Dans le cas visé au § 2, 1°, le Gouvernement propose une transaction. La transaction s'opère par le paiement d'une somme dont le montant est établi selon les règles arrêtées par le Gouvernement. Par infraction, le montant ne peut être inférieur à 250 euros ni supérieur à 25 000 euros.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le montant n'est pas plafonné lors d'infractions en lien avec des modifications sensibles du relief du sol.

Le Gouvernement fixe le délai dans lequel le paiement du montant doit intervenir, ce délai ne pouvant être supérieur à douze mois.

Le versement du montant de la transaction se fait :

1° soit auprès de la commune lorsque l'infraction a été constatée par les officiers de police judiciaire et agents constatateurs visés à l'article D.VII.3, 1° et 2°;

2° soit auprès de la Communauté germanophone dans les autres cas.

Dès réception du montant de la transaction, la décision de régularisation devient exécutoire et vaut permis conformément à l'article D.IV.1.

Le versement du montant de la transaction éteint l'action publique et le droit pour les autorités publiques à demander toute autre réparation pour l'infraction concernée.

§ 4 - Dans le cas mentionné au § 2, 2°, le Gouvernement propose une transaction. Cette transaction s'opère moyennant le paiement d'une somme dont le montant est établi selon les règles arrêtées par

le Gouvernement et par l'exécution des travaux modificatifs. Par infraction, le montant de l'amende ne peut être inférieur à 250 euros ni supérieur à 25 000 euros. Le coût de la réalisation des travaux de modification peut être imputé sur le montant de la transaction.

Le Gouvernement fixe le délai dans lequel le paiement du montant doit intervenir, ainsi que le délai pour mener les travaux de modification, celui-ci ne pouvant être supérieur à douze mois.

Le versement du montant de la transaction se fait :

1° soit auprès de la commune lorsque l'infraction a été constatée par les officiers de police judiciaire et agents constatateurs visés à l'article D.VII.3, 1° et 2°;

2° soit, dans des cas particuliers, auprès de la Communauté germanophone en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.I.12.1.

Le demandeur informe le Gouvernement que les travaux de modification à réaliser sont terminés, et ce, dans les trente jours calendrier suivant leur achèvement. Le contrôle des travaux de modification intervient dans les septante-cinq jours calendrier suivant la réception de l'information par le Gouvernement. À défaut de contrôle dans le délai imparti, les travaux de modification sont censés être conformes. Les articles D.IV.73 et D.IV.73.1 sont applicables *mutatis mutandis*.

Dès réception du montant de la transaction et présentation de la déclaration de conformité des travaux de modification à réaliser ou, selon le cas, au terme du délai d'exécution du contrôle, la décision de régularisation est coulée en force de chose jugée et vaut permis au sens de l'article D.IV.1.

Le versement du montant de la transaction et la réalisation conforme des travaux de modification éteignent l'action publique et le droit pour les autorités publiques à demander toute autre réparation pour l'infraction concernée.

§ 5 - Dans le cas mentionné au § 2, 3°, le Gouvernement exige des mesures administratives au sens de l'article D.VII.19, des mesures compensatoire conformément à l'article D.VII.20 et inflige, le cas échéant, une amende administrative conformément à l'article D.VII.21 ou entame une procédure judiciaire conformément à l'article D.VII.22.

§ 6 - La décision relative à la demande de contrôle de régularisation est transmise par recommandé aux personnes et organismes suivants :

1° au demandeur;

2° au propriétaire du bien concerné, s'il ne s'agit pas du demandeur;

3° au procureur du Roi;

4° au collège communal. »

Art. 193 - Dans le livre VII, chapitre VI, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré une section 4, comportant l'article D.VII.19, intitulée comme suit :

« Section 4 – Mesures administratives ».

Art. 194 – L'article D.VII.19 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.VII.19 - § 1^{er} - Sans préjudice des autres mesures prévues dans le présent chapitre, le Gouvernement peut ordonner les mesures administratives suivantes, seules ou combinées :

1° la remise complète ou partielle dans le pristin état ou, selon le cas, la réalisation de mesures de modification dans le délai fixé par lui, celui-ci ne pouvant dépasser douze mois;

2° la mise sous scellés du bien concerné et, si nécessaire, sa fermeture temporaire immédiate;

3° toute autre mesure utile afin d'éliminer ou d'empêcher tout dommage causé au bien ou par le bien.

La décision du Gouvernement vaut permis conformément à l'article D.IV.1.

§ 2 - Si le Gouvernement décide que des mesures administratives doivent être prises, il communique par recommandé au contrevenant :

- 1° les faits et leur qualification;
- 2° que celui-ci a la possibilité, dans un délai de trente jours calendrier à dater de la notification, d'exposer ses moyens de défense par recommandé et qu'il a le droit, à cette occasion, de demander au Gouvernement de pouvoir se défendre oralement;
- 3° que celui-ci a le droit de se faire assister ou représenter par son conseil;
- 4° que celui-ci a le droit de consulter le dossier;
- 5° une copie du procès-verbal de constat.

Le Gouvernement détermine le jour où le contrevenant est invité à se défendre oralement.

§ 3 - Au terme du délai fixé au § 2, 2°, ou avant son échéance si le contrevenant fait savoir qu'il ne conteste pas les faits ou, le cas échéant, après défense orale ou écrite de la cause par le contrevenant ou son conseil, le Gouvernement peut imposer les mesures administratives.

Le Gouvernement peut obliger le contrevenant à déposer une caution ou garantie comme sécurité pour les mesures à exécuter.

§ 4 - La décision du Gouvernement est transmise par recommandé aux personnes et organismes suivants :

- 1° au contrevenant;
- 2° au propriétaire du bien concerné, s'il ne s'agit pas du contrevenant;
- 3° au procureur du Roi;
- 4° au collège communal.

§ 5 - Dans les trente jours calendrier suivant la transmission de la décision, le contrevenant peut introduire un recours en adressant une demande écrite au tribunal correctionnel. La demande mentionne l'identité et l'adresse du contrevenant, la désignation de la décision contestée ainsi que les moyens invoqués.

Le tribunal correctionnel statue sur la régularité des mesures administratives ordonnées.

§ 6 - Si le contrevenant omet de mettre en œuvre les mesures administratives dans le délai prescrit, le Gouvernement peut mettre d'office en œuvre les mesures administratives, et ce, à charge dudit contrevenant. »

Art. 195 - Dans le livre VII, chapitre VI, section 3, du même Code, la sous-section 2, comportant l'article D.VII.20, est abrogée.

Art. 196 - Dans le livre VII, chapitre VI, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré une section 5, comportant l'article D.VII.20, intitulée comme suit :

« Section 5 – Mesures compensatoires ».

Art. 197 – L'article D.VII.20 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.VII.20* - § 1^{er} - Lorsque ni la régularisation ni le retour au pristin état ne sont possibles, le Gouvernement peut imposer des mesures compensatoires qui ne nécessitent pas de permis d'urbanisme, telles que la plantation d'arbres ou de haies, la modification non sensible du relief du sol

ou la démolition de constructions litigieuses et qui peuvent assurer le respect du bon aménagement des lieux. Dans ce cas, le Gouvernement prescrit ces mesures au contrevenant ainsi que le délai d'exécution.

§ 2 - Si les mesures compensatoires concernent :

1° un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant d'imposer la mesure;

2° un bien mentionné à l'article D.IV.14.2, un simple avis relatif au patrimoine est demandé avant d'imposer la mesure.

L'avis relatif aux mesures compensatoires est transmis dans les trente jours de l'envoi par le Gouvernement. À défaut, l'avis est réputé favorable.

§ 3 - Au terme du délai fixé, le Gouvernement acte l'exécution des mesures compensatoires conformes à sa décision, en vertu de l'article D.IV.73.1.

La réalisation conforme des mesures compensatoires éteint l'action publique et le droit pour les autorités publiques à demander toute autre réparation pour l'infraction concernée.

À défaut d'exécution dans le délai et conformément à la décision imposant les mesures compensatoires, la procédure se poursuit en vertu des articles D.VII.12 ou D.VII.22. »

Art. 198 - Dans le Livre VII, chapitre VI, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, il est inséré une section 6, comportant les articles D.VII.21 à D.VII.21.2, intitulée comme suit :

« Section 6 - Amendes administratives ».

Art. 199 – L'article D.VII.21 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.VII.21* – § 1^{er} - Les infractions constatées peuvent être poursuivies au moyen d'amendes administratives, sauf si :

1° dans les soixante jours calendrier suivant la demande qui lui a été adressée, le procureur du Roi a communiqué son intention de poursuivre l'infraction pénalement;

2° une décision de régularisation est coulée en force de chose jugée conformément à l'article D.VII.18, § 2, 1° ou 2°.

Les poursuites pénales, tout comme la transaction, excluent l'imposition d'une amende administrative.

§ 2 – L'amende administrative s'élève à 250 euros au moins et 100 000 euros au plus.

Si une nouvelle infraction est constatée dans les cinq ans suivant l'établissement du procès-verbal de constat, l'amende mentionnée au premier alinéa est doublée.

§ 3 - Le Gouvernement dispose d'un délai de douze mois à dater de la réception du procès-verbal constatant l'infraction ou, selon le cas, au terme du délai visé à l'article D.VII.18, § 1^{er}, § 3, alinéa 3, ou § 4, alinéa 2, pour infliger une amende administrative.

§ 4 - Si le Gouvernement décide qu'une amende administrative doit être infligée, il communique par recommandé au contrevenant :

1° les faits et leur qualification;

2° que celui-ci a la possibilité, dans un délai de trente jours calendrier à dater de la notification, d'exposer ses moyens de défense par recommandé et qu'il a le droit, à cette occasion, de demander au Gouvernement de pouvoir se défendre oralement;

3° que celui-ci a le droit de se faire assister ou représenter par son conseil;

4° que celui-ci a le droit de consulter le dossier;

5° une copie du procès-verbal de constat.

Le Gouvernement détermine le jour où le contrevenant est invité à se défendre oralement.

Si une amende administrative est assortie de mesures administratives, le Gouvernement le mentionne dans sa communication conformément à l'article D.VII.19, § 2, en vue de l'organisation d'une audition commune.

§ 5 - Au terme du délai fixé au § 4, 2°, ou avant son échéance si le contrevenant fait savoir qu'il ne conteste pas les faits ou, le cas échéant, après défense orale ou écrite de la cause par le contrevenant ou son conseil, le Gouvernement peut infliger les amendes administratives.

Le Gouvernement notifie sa décision par recommandé au contrevenant.

Les informations mentionnées aux articles 13 et 15 ainsi que 16 à 19 du Règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données) sont également reprises dans la notification.

§ 6 - La décision infligeant une amende administrative est exécutoire au terme d'un délai de trente jours calendrier suivant le jour de sa notification, à moins qu'un recours ne soit introduit conformément au § 7.

L'amende administrative est recouvrée en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.I.12.1.

Dans les trente jours calendrier suivant celui où la décision est exécutoire, l'amende est acquittée par versement ou virement sur un compte *ad hoc* au moyen d'un formulaire de versement ou de virement.

L'amende administrative infligée n'est pas déductible fiscalement.

§ 7 - Dans les trente jours calendrier suivant la notification de la décision, le contrevenant peut introduire un recours en adressant une demande écrite au tribunal correctionnel. La demande mentionne l'identité et l'adresse du contrevenant, la désignation de la décision contestée ainsi que les moyens invoqués.

Le tribunal correctionnel statue sur la régularité et la proportionnalité de l'amende infligée. Il peut soit confirmer soit modifier la décision du Gouvernement.

Le jugement rendu par le tribunal correctionnel n'est pas susceptible d'appel. »

Art. 200 - Dans le livre VII, chapitre VI, section 6, du même Code, il est inséré un article D.VII.21.1 rédigé comme suit :

« Art. D.VII.21.1 - Le Gouvernement désigne les personnes chargées de recouvrer les amendes administratives dues et non contestées ainsi que les éventuels frais de recouvrement.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont habilitées à :

- 1° délivrer un ordre de paiement;
- 2° viser l'ordre de paiement, le déclarer exécutoire et le notifier au contrevenant, le cas échéant par voie d'huissier;
- 3° accorder un report de paiement ou un échelonnement aux débiteurs qui peuvent prouver une situation particulièrement difficile. »

Art. 201 - Dans la même section du même Code, il est inséré un article D.VII.21.2 rédigé comme suit :

« Art. D.VII.21.2 - Les amendes administratives se prescrivent par cinq ans à partir de la date à laquelle elles doivent être payées.

Ce délai peut être interrompu, soit tel que prévu aux articles 2244 et suivants du Code civil, soit par un renoncement à la prescription. En cas d'interruption de la prescription, une nouvelle prescription, susceptible d'être interrompue de la même manière, est acquise cinq ans après le dernier acte interruptif de la précédente prescription, s'il n'y a instance en justice. »

Art. 202 – À l'article D.VII.22, alinéa 1^{er}, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« À défaut de poursuite pénale lorsque ni la transaction au sens de l'article D.VII.18 ni l'imposition de mesures administratives au sens de l'article D.VV.9 ne sont possibles ou qu'elles ne sont pas exécutées par le contrevenant, le Gouvernement ou le collège communal saisit le tribunal civil pour chaque infraction, seule ou combinée; »

2° dans le 3°, les mots « , en faveur du Fonds pour la durabilité mentionné à l'article D.1.12.1, » sont insérés entre les mots « le paiement » et les mots « d'une somme »;

3° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° et/ou des mesures compensatoires au sens de l'article D.II.20 ».

Art. 203 – Dans l'article D.VII.26 du même Code, l'alinéa 1^{er}, remplacé par le décret du 15 mars 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Les procès-verbaux qui ont été notifiés au Procureur du Roi avant le 1^{er} octobre 2022 sont traités sur la base des dispositions en vigueur au moment de la notification, à moins que de nouvelles dispositions soient plus favorables pour le contrevenant. Les mesures mentionnées aux articles D.VII.1bis, D.VII.11, alinéa 1^{er}, D.VII.12 et D.VII.13, D.VII.16 à D.VII.21.2 ainsi que D.VII.22, dans leur version au 1^{er} octobre 2022, sont, dans tous les cas, considérées comme plus favorables pour le contrevenant. »

Art. 204 - À l'article D.VIII.1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « D.V.2, § 10, et D.V.11, § 4 » sont remplacés par les mots « D.II.57.6, § 2 »;

2° dans le 3°, le e) est remplacé par ce qui suit :

« e) le périmètre d'un site à réaménager; »;

3° dans le 3°, le f) est abrogé;

4° dans le 3°, le h) est remplacé par ce qui suit :

« h) le plan d'expropriation visé à l'article 7, § 1^{er}, du décret de la Région wallonne du 22 novembre 2018 relatif à la procédure d'expropriation lorsqu'il est établi ultérieurement à un plan, un périmètre ou un schéma au sens du présent chapitre; »;

5° dans le 4°, b), les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis de viabilisation ou de division ».

Art. 205 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 206 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 207 - (Concerne le texte allemand.)

Art. 208 - À l'article D.VIII.6 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « de l'accusé de réception visé à l'article D.IV.33 » sont remplacés par les mots « de l'avis de complétude formelle »;

2° l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante :

« Au plus tard le lendemain du jour de l'affichage, il fait parvenir à l'autorité compétente une photo prouvant l'affichage, et ce, par courrier électronique ou postal. »;

3° dans l'alinéa 3, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « l'accusé de réception » sont remplacés par les mots « l'avis de complétude formelle »;

4° dans l'alinéa 4, les mots « s'écarte d'un plan communal d'aménagement adopté avant l'entrée en vigueur du Code et devenu schéma d'orientation local d'un règlement adopté avant l'entrée en vigueur du Code et devenu guide ou d'un permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « s'écarte d'un schéma d'orientation local, d'un guide ou d'un permis de viabilisation »;

5° entre les alinéas 4 et 5, qui devient l'alinéa 6, il est inséré un alinéa rédigé comme suit :

« Pour des projets relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, l'annonce comporte une visualisation 3D du projet d'urbanisme. Pour des projets relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.2, l'annonce comporte une représentation de la répartition des lots et, le cas échéant, l'impression graphique des objectifs poursuivis en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme au niveau de la partie concernée de la zone. »

Art. 209 - À l'article D.VIII.7 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand)

4° dans le § 2, l'alinéa 2 est complété par les 12° et 13° rédigés comme suit :

« 12° pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, une visualisation 3D du projet d'urbanisme;

13° pour des permis relatifs à des actes et travaux conformément à l'article D.IV.2, une représentation de la répartition des lots et, le cas échéant, l'impression graphique des objectifs poursuivis en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme au niveau de la partie concernée de la zone. »

Art. 210 - Dans l'article D.VIII.11, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « de l'accusé de réception de la demande complète » sont remplacés par les mots « de l'avis de complétude formelle ».

Art. 211 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 212 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 213 - À l'article D.VIII.15 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° la copie des observations et suggestions émises dans le cadre de la séance d'information préalable ainsi que le procès-verbal de celle-ci; ».

Art. 214 - À l'article D.VIII.16 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « le caractère complet » sont remplacés par les mots « la complétude

formelle »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « le caractère complet » sont remplacés par les mots « la complétude formelle ».

Art. 215 – À l'article D.VIII.22 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « le périmètre de site à réaménager, le périmètre de réhabilitation paysagère et environnementale » sont remplacés par les mots « le périmètre d'un site à réaménager »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « article D.VI.3 » sont remplacés par les mots « article 7, § 1^{er}, du décret de la Région wallonne du 22 novembre 2018 relatif à la procédure d'expropriation » et les mots « ou lorsqu'il est indépendant d'un plan, périmètre ou schéma visé à l'article D.VI.I » sont abrogés.

Art. 216 – Dans l'article D.VIII.25, alinéa 1^{er}, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « ou un périmètre de site de réhabilitation paysagère et environnementale » sont abrogés.

Art. 217 – Dans le Livre VIII, titre I^{er}, du même Code, l'intitulé du chapitre VI, inséré par le décret du 26 avril 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VI - Réunion d'information par vidéo de présentation ».

Art. 218 – L'article D.VIII.27.1 du même Code, inséré par le décret du 26 avril 2021, est abrogé.

Art. 219 – Dans l'article D.VIII.27.4, § 4, alinéa 2, du même Code, inséré par le décret du 26 avril 2021, les mots « Deux jours avant la publication sur Internet, la personne » sont remplacés par les mots « La personne ».

Art. 220 – À l'article D.VIII.31 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, inséré par le décret du 12 décembre 2019, les mots « de site à réaménager et aux périmètres » sont insérés entre les mots « aux périmètres » et les mots « de remembrement urbain »;

2° (Concerne le texte allemand.);

3° dans le § 3, alinéa 3, les mots « à l'urbanisation » sont remplacés par les mots « à la viabilisation ».

Art. 221 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} octobre 2022.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les articles 4 à 8, 70, 71, 93, 100, 3° à 7°, 101, 1°, 102 à 105 et 157 entrent en vigueur à une date fixée par le Gouvernement et au plus tard le 1^{er} octobre 2023.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS